



# Plenarprotokoll

## 55. Sitzung

Kiel, Freitag, 22. Februar 2002

<b>Schutz und Hilfe für Opfer von Straftaten</b> .....	4113	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss .....	4121
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1579		<b>Tourismuskonzeption</b> .....	4121
Peter Lehnert [CDU] .....	4113, 4119	Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW	
Peter Eichstädt [SPD].....	4114	Drucksache 15/1582	
Günther Hildebrand [FDP].....	4115	Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirt- schaft und Tourismus .....	4121
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4116	Hans-Jörn Arp [CDU].....	4122
Silke Hinrichsen [SSW] .....	4117, 4119	Hermann Benker [SPD].....	4124
Ursula Sassen [CDU] .....	4118	Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] .....	4125
Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie .....	4120		

Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4126	Drucksache 15/1647 an den Agrar-	4155
Lars Harms [SSW].....	4127	ausschuss.....	
Beschluss: Überweisung an den Agrar-		<b>Einführung einer Maut für den Schwer-</b>	
ausschuss zur abschließenden Beratung....	4129	<b>lastverkehr und seine Folgen für die mit-</b>	
<b>Aktuelle Stunde</b> .....	4129	<b>telständische Wirtschaft in Schleswig-</b>	4155
<b>„Zusage der Bundesrepublik Deutsch-</b>		<b>Holstein</b> .....	
<b>land gegenüber dem Rat der Finanzmini-</b>		Antrag der Fraktion der CDU	
<b>ster der Europäischen Union, den Staats-</b>		Drucksache 15/1597	
<b>haushalt im Jahr 2004 nahezu ausgegli-</b>		Roswitha Strauß [CDU] .....	4155, 4159
<b>chen zu gestalten: Auswirkungen auf die</b>		Wolfgang Fuß [SPD].....	4156
<b>Finanzplanung in Schleswig-Holstein</b>		Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] .....	4156
<b>Bericht von der Finanzministerkonferenz</b>		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS	
<b>am 21. Februar 2002“</b>	4129	90/DIE GRÜNEN] .....	4157
Antrag der Fraktion der FDP		Lars Harms [SSW] .....	4158
Claus Möller, Minister für Finanzen und		Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirt-	
Energie.....	4129	schaft, Technologie und Verkehr.....	4159
Dr. Heiner Garg [FDP].....	4132, 4139	Beschluss: Überweisung an den Wirt-	
Günter Neugebauer [SPD].....	4133	schaftsausschuss.....	4160
Martin Kayenburg [CDU] .....	4135, 4145		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS			
90/DIE GRÜNEN] .....	4136		
Anke Spoorendonk [SSW].....	4138		
Ursula Kähler [SPD] .....	4139		
Dr. Johann Wadephul [CDU] .....	4141		
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	4142		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE			
GRÜNEN].....	4146		
<b>Situation der BSE-Testlabore</b> .....	4147		
Antrag der Fraktionen von SPD und			
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der			
Abgeordneten des SSW			
Drucksache 15/1591			
Änderungsantrag der Fraktion der CDU			
Drucksache 15/1647			
Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche			
Räume, Landesplanung, Landwirt-			
schaft und Tourismus .....	4147		
Peter Jensen-Nissen [CDU].....	4148		
Friedrich-Carl Wodarz [SPD] .....	4150		
Dr. Christel Happach-Kasan [FDP] .....	4151		
Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE			
GRÜNEN].....	4153		
Lars Harms [SSW].....	4154		
Beschluss: 1. Überweisung des Berichts der			
Landesregierung an den Agrar-			
ausschuss zur abschließenden Bera-			
tung			
2. Überweisung des Antrages			

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-  
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und  
FamilieUte Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-  
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und  
Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,  
Technologie und VerkehrIngrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume,  
Landesplanung, Landwirtschaft und TourismusHeide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit und Verbraucherschutz

\* \* \* \*

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Guten Morgen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung. Erkrankt sind die Abgeordneten Schlosser-Keichel, Weber, Steincke und Kubicki, denen wir von hier aus gute Besserung wünschen.

(Beifall - Unruhe)

Angesichts der herrschenden Unruhe darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass wir uns in einer Plenarsitzung befinden.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich die Besuchergruppe der Realschule Pönitz.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

**Schutz und Hilfe für Opfer von Straftaten**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1579

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Lehnert.

**Peter Lehnert [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit unserem Antrag, den Opferschutz in Schleswig-Holstein zu verbessern, geht die CDU erneut auf die betroffenen Menschen in unserem Land zu. Wir wollen damit nicht nur die bestehenden Lücken schließen, sondern auch ein Signal für mehr Schutz und Hilfe für Opfer von Straftaten setzen.

(Beifall bei der CDU)

Kern dieser Initiative ist die Gründung einer **Stiftung „Opferschutz“**, wie sie bereits in einigen anderen Bundesländern existiert. Opferschutz setzt Normen und Regeln voraus, die helfen, Straftaten zu vermeiden und - wo dies nicht gelingt - die Opfer möglichst effektiv zu schützen. In diesem Sinne ist in den vergangenen Jahrzehnten auch auf Bundesebene einiges geschehen. Stichworte dazu sind das Opferschutzgesetz, das Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, das Jugendschutzgesetz und die Stärkung des Opferanwalts.

Kein Gesetz verändert allerdings von allein die Situation der **Opfer von Straftaten**. Hinzu kommen muss die praktische Umsetzung, um das Strafverfahren noch stärker an den Bedürfnissen der Opfer auszurichten. Deshalb haben wir zu diesem Punkt bereits im Sommer letzten Jahres einen Antrag gestellt. Leider haben

wir bei der Schlussabstimmung im Landtag trotz vieler freundlicher Worte aus allen Fraktionen nur die FDP auf unserer Seite gehabt.

**Opferschutz und Opferhilfe** haben aber auch eine materielle Seite. Vieles wird dabei vom Opferentschädigungsgesetz abgedeckt, vor allem soweit es um gesundheitliche Folgen der Tat geht. Nicht selten verursachen Gewalttaten aber auch hohe Sach- und Vermögensschäden, für die keine Versicherung eintritt. Häufig kann zudem der Täter nicht belangt werden oder er erweist sich als zahlungsunfähig.

Die Lücken des Opferentschädigungsgesetzes könnten durch die Leistungen einer Stiftung geschlossen werden. Dazu gehören Schmerzensgeld oder Schadensersatz, wenn das Gesetz keinen Anspruch beinhaltet oder der Täter nicht zahlen kann.

Im Beratungsverfahren unseres Antrages wäre auch zu prüfen, ob eine Kostenerstattung für die nicht streitige Regelung des materiellen Tatfolgenausgleichs durch Rechtsanwälte erfolgen könnte. Dies gilt vor allem für die Regelung von erheblichen Schadensersatzzahlungen über längere Zeit, für die eine rechtskundige Unterstützung unerlässlich ist. Gegebenenfalls könnten auch bestehende Lücken bei der Kostenerstattung für Nebenkläger geschlossen werden.

Eine zentrale Opferstiftung - ergänzt durch private Zustiftungen und Spenden - kann die Grundlage für die Maßnahmen zum Schutz, zur Hilfe und zur Betreuung von Opfern bilden. Durch eine derartige Stiftung soll gewährleistet werden, dass Verbrechensopfer in akuten Notlagen auch über die bisher vorhandenen Möglichkeiten hinaus schnell und unbürokratisch materielle Unterstützung erfahren können. Die gemeinnützige Stiftung wird eng mit den bestehenden Opferschutzorganisationen wie dem „Weißen Ring“ zusammenarbeiten.

Neben den individuellen Stiftungsleistungen kann eine derartige Stiftung auch **Opfer-Zeugen-Betreuungsprogramme** unterstützen. So können auch Leistungen an gemeinnützig oder ehrenamtlich tätige Verbände gewährt werden. Dies wären Einrichtungen, Initiativen und Personen, die ein ausschließlich für Opfer von Straftaten offenes Programm bereithalten. Im Rahmen von Strafverfahren könnten so Zeugenberatung und -betreuung gefördert werden.

Das Interesse an einer derartigen Opferschutzstiftung ist die mögliche Vielfalt der Finanzierung. Neben einem Stiftungskapital, das vom Land aufzubringen wäre, könnten vor allem auch private Zustiftungen eingeworben werden.

Über einen Förderverein wäre neben dem Zinserlös aus dem Stiftungskapital auch eine laufende Bezu-

(Peter Lehnert)

schussung der Mittelvergabe durch die Stiftung möglich. Dazu könnte auch ein Teil der Geldstrafen und Geldbußen aus Gerichtsverfahren eingesetzt werden.

Wir werden in den weiteren Beratungen in den Fachausschüssen nach weiteren Finanzierungswegen suchen und auf der Grundlage der bereits existierenden Stiftungen in anderen Bundesländern gemeinsam eine entsprechende Stiftungssatzung erarbeiten.

Ich beantrage Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eichstädt das Wort.

**Peter Eichstädt [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist noch kein Jahr her, dass wir uns mit einem Antrag der CDU fast zum gleichen Thema beschäftigt haben.

(Zurufe von der CDU)

Herr Lehnert, schon damals wurde Ihnen von den Rednern aller Fraktionen berichtet - ich störe Sie ungern, vielleicht hören Sie mir einen Augenblick zu -, in welcher umfassender Weise **Opferschutz** in der Gesetzgebung, in der Rechtspflege und in ehrenamtlichen Diensten entwickelt ist. Die für mich wichtigste Feststellung der damaligen Debatte war: Die wesentlichen Probleme des Opferschutzes sind nicht fehlende rechtliche Voraussetzungen oder Hilfen, das Problem ist, dass nur 12 % der Bevölkerung von solchen Hilfen wissen und es große Hindernisse gibt, diese **Informationen** an die **Betroffenen** heranzubringen.

Natürlich begrüßen wir mit Ihnen die Arbeit zahlreicher freier Träger und Ehrenamtlicher, die Opfern von Straftaten Hilfen gewähren. Ich füge hinzu: Wir wären mit dem Opferschutz und der Opferhilfe heute nicht so weit, wenn nicht vor 25 Jahren der „Weiße Ring“ gegründet worden wäre. Er hat das Thema Opferschutz in das öffentliche Interesse gebracht. Die ehrenamtlich hier und in anderen Organisationen Tätigen sorgen dafür, dass Opfer seitdem zunehmend materielle und psychologische Hilfe erhalten. Dafür sei ihnen an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

(Beifall im ganzen Haus)

Herr Lehnert, aber dann kommen Sie in Ihrem Antrag wieder mit der Forderung, die Landesregierung solle den Schutz und die Hilfe für Opfer von Straftaten zukünftig stärker fördern. Sie vermitteln so den Ein-

druck, als sei hier in der Vergangenheit nichts geschehen. Herr Lehnert, so geht es natürlich nicht.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich wundere mich darüber, dass offensichtlich aus der Beratung Ihres letzten Antrages nichts bei Ihnen in Erinnerung geblieben ist. Ich will deshalb in Erinnerung rufen:

Erstens. Der Opferschutz ist seit langer Zeit Arbeitsschwerpunkt der Landesregierung und das wird auch so bleiben.

Zweitens. In den vier Landesgerichtsbezirken wurde ein Prozessbegleitprogramm für Kinder etabliert. Kindliche Zeugen erhalten so Sicherheit und Stabilität.

Drittens. Die Gerichte wurden mit zeugen- und besonders kindgerechten Vernehmungsräumen ausgestattet.

Viertens. Frauen und Kindern als Gewaltopfern stehen flächendeckend Frauenberatungsstellen, Frauennotrufgruppen, Frauenhäuser und Kinderschutzzentren zur Verfügung.

Fünftens. Das Kooperations- und Interventionskonzept entwickelt zurzeit die Zusammenarbeit von Kommunen, Polizei und Beratungsstellen, auch Justiz, um sie in einem landesweiten Opferschutz zu vernetzen.

Sechstens und last, but not least - Entschuldigung, Herr Greve - leistet die Beratungsstelle „Contra“ für Opfer von Frauenhandel wertvolle Arbeit.

Auch auf Bundesebene hat es zahlreiche **gesetzliche Weiterentwicklungen** gegeben. Opfer von Straftaten haben nun auch Zugriff auf Geld, das Straftäter für Vermarktung ihrer Taten in Medien erhalten. Durch das wichtige Zeugenschutzgesetz kann per Videoaufzeichnung die Wiederholung von Zeugenvernehmungen und die damit verbundene Konfrontation mit dem Täter vermieden werden. Hinzu kommt die Möglichkeit des Adhäsionsverfahrens und die Beordnung eines Rechtsanwalts für Opfer bestimmter Straftaten auf Staatskosten.

Hilfsprogramme und rechtliche Rahmen sind also vorhanden. Aber die entscheidende Frage ist: Wie gelingt es, die Opfer von Straftaten mehr in die Wahrnehmung und Verantwortung unserer Gesellschaft zu führen? Wie erreichen wir, dass Hilfen bei mehr Opfern überhaupt bekannt und wahrgenommen werden?

Ihr Antrag, Herr Lehnert, fordert dann im einzig substanziellen Teil, eine **Landesstiftung** zu gründen, die Opfern eine respektvolle Unterstützung gewährt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und ist das nicht gut?)

**(Peter Eichstädt)**

Ob eine Stiftung dazu notwendig ist, kann meiner Meinung im Ausschuss erörtert werden. Aber Sie müssen den Organisationen, die jetzt diese Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung haben, auch erklären, warum statt ihrer diese in Zukunft eine Stiftung erhalten soll.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben mal wieder nichts verstanden!)

Grundsätzlich unterstützen wir natürlich die hinter Ihrem Antrag erkennbaren Forderungen des Weißen Ringes:

Erstens. Verhängte Geldstrafen sollen nicht einfach im Staatssäckel versickern, was sie heute auch schon nicht tun, sondern die sollen den Opfern von Straftaten zugute kommen.

Zweitens. Aus dem gleichen Topf sollten auch Präventionsprogramme gefördert werden, um Opferwerdung möglichst weitgehend vorher zu verhindern.

Drittens. Die Möglichkeit des Adhäsionsverfahrens im Strafverfahren, das heißt die Möglichkeit, zivilrechtliche Ansprüche der Opfer in Strafverfahren durchzusetzen, ohne ein separates Verfahren vor einem Zivilgericht durchfechten zu müssen, muss an den Gerichten mehr Anwendung finden.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Sie haben Recht: Die rechtlichen Voraussetzungen sind gegeben. Aber Sie wissen, Herr Kayenburg, auch, welche Probleme es dabei gibt.

Meine Damen und Herren, der Antrag wird dann wohl in den Ausschuss gehen. Sie haben das beantragt, wir werden das mittragen. Vielleicht ist diesmal, Herr Lehnert, der Erkenntnisgewinn für die Antragsteller etwas größer als beim letzten Mal.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hildebrand das Wort.

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Bereits im Sommer vergangenen Jahres überraschte uns die CDU-Fraktion mit einem Antrag zum Opferschutz im Strafverfahren. Heute nun stehen Schutz und Hilfe für Opfer von Straftaten mit dem Ziel im Mittelpunkt, eine **Landesstiftung „Opferschutz“** zu gründen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sagen Sie nicht, wir hätten Ihnen ein Thema weggenommen!)

Ein durchaus löbliches Ansinnen. Wir alle sind einer Meinung, dass die Opfer von Straftaten besondere Hilfe brauchen und ihre Interessen angemessen berücksichtigt werden müssen. Das gilt während eines Strafverfahrens, das gilt selbstverständlich auch nach einem Strafverfahren. Dazu bedarf es emotionaler Zuwendung, sozialer Stabilisierung und natürlich auch finanzieller Unterstützung.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Nur, vor dem Hintergrund dieses vorliegenden Antrages: Die finanzielle Unterstützung ist nicht alles. Ich behaupte sogar, diese dritte Säule trägt nicht, wenn die ersten beiden nicht hinzukommen.

(Klaus Schlie [CDU]: Völlig richtig!)

Allerdings kann dies nicht der Staat allein und Gesetze können dies auch nicht leisten, da sind wir insgesamt als Gesellschaft gefordert.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, den vielen amtlich und ehrenamtlich Tätigen zu danken, die sich bereits seit Jahren im Opferschutz engagieren und den Opfern in vielfältiger Weise Hilfe leisten.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich möchte den möglichen Nutzen einer Landesstiftung „Opferschutz“ gar nicht in Abrede stellen. Erst im letzten Jahr hat beispielsweise die vom Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Professor Goll, errichtete Landesstiftung „Opferschutz“ ihre Arbeit aufgenommen, und zwar mit gutem Erfolg,

(Thorsten Geißler [CDU]: Hört, hört!)

wie den bisherigen Pressemitteilungen zu entnehmen ist. Ich weise allerdings darauf hin, dass dieser Stiftung jährlich 2,5 Millionen DM, also ungefähr 1,3 Millionen €, für den Opferschutz im Land zur Verfügung stehen. Auf dieser Basis lässt sich sicherlich etwas bewerkstelligen. Die entsprechenden Internetseiten lesen sich jedenfalls sehr eindrucksvoll.

Darüber hinaus sollte der Kollege Lehnert aber auch bedenken, dass nicht nur die **finanzielle Ausstattung** einer solchen Landesstiftung stimmen muss, auch die **Konzeption** muss stimmen, wenn dies kein Selbstzweck sein soll. Und das ist bestimmt nicht der Fall, wenn Sie - ich zitiere aus Ihrer Pressemitteilung vom 13. Februar - eine Landesstiftung wollen, „die den Opfern Schmerzensgeld oder Schadenersatz gewährt, wenn das Gesetz keinen Anspruch gibt oder der Täter nicht zahlen kann“. Man muss nicht Jurist sein, um dieser Auffassung zu widersprechen. Selbstverständ-

(Günther Hildebrand)

lich bedarf es eines Anspruchs. Nur soll das Opfer auf diesem Anspruch nicht sitzen bleiben müssen, nur weil der Täter beispielsweise nicht zahlen kann oder sich nicht in Deutschland aufhält.

Für den besten Opferschutz halte ich gleichwohl nach wie vor die **Verhinderung von Straftaten**.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei CDU und SPD)

Dabei ist mir durchaus klar, dass ich damit den Bogen weit über eine mögliche Stiftung „Opferschutz“ hinaus spanne; denn das ist die Thematik der Kriminalprävention, die Problematik der Suchtprävention, die Frage, welche Folgen und Probleme aus Arbeitslosigkeit erwachsen, insbesondere bei Jugendlichen, aber auch welche Folgen und Verhaltensweisen aus Armut erwachsen und vieles mehr. Wir sollten uns deshalb wirklich sehr genau überlegen, in welche Bereiche wir insbesondere angesichts knapper Kassen vorrangig investieren. Ein Beitrag zum Opferschutz ist aber auch die Resozialisierung und Therapierung der Täter mit dem Ziel, dass diese nicht rückfällig werden. Insbesondere mit Blick auf Baden-Württemberg, um bei meinem Beispiel zu bleiben, ist dies ein keinesfalls zu vernachlässigender Aspekt. Schließlich lagen in knapp der Hälfte aller Fälle, denen Zuwendung zuteil wurde, Sexualdelikte zugrunde.

Die Palette „Opferschutz“ ist vielfältig. Wir sollten uns im Ausschuss sehr ausführlich darüber unterhalten und gegebenenfalls auch sachkundig beraten lassen, auf welche Weise wir in Schleswig-Holstein einen effektiven Beitrag zu mehr Opferschutz leisten können. Gute Ideen sind dafür immer willkommen. Sie müssen nur durchdacht sein.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Fröhlich.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Opfer von Straftaten brauchen unsere Hilfe und unseren Schutz, das ist keine Frage. Unabhängig davon, ob es sich um Opfer von Einbrüchen oder einer Vergewaltigung, egal, ob es sich um Körperverletzung oder um Abzocken von Jugendlichen in der Schule handelt, die Opfer müssen den Schutz und die Hilfe von Politik, Justiz und der gesamten Bürgergesellschaft genießen. Nicht immer gelingt es, die Straftäter zu finden. Selbst wenn man ihnen die Straftat nachweisen kann, ist den Opfern mit der Bestrafung der Täter oft noch nicht geholfen. Wenn die Täter ihre

Strafe gezahlt oder abgesessen haben, kämpfen die Opfer oft noch immer mit den Folgen der Straftat.

Die Landespolitik steht in der Verantwortung, in den Verfahren den **Opfern** den notwendigen **Schutz** zu gewähren, damit die Verletzungen und Verunsicherungen, die mit Straftaten immer verbunden sind, auch heilen können. Gleiches gilt für die Justiz. Auch sie muss im Rahmen ihrer Arbeit die Opfer schützen.

Opfer sind erster Linie nicht Zeugen, sondern eben Opfer. Hier bedarf es im Einzelfall immer wieder besonderen Fingerspitzengefühls, aber es bedarf auch besonderer Regelungen. Herr Eichstädt hat diese aufgezählt. Wir können dies im Ausschuss gern noch einmal vertiefen. Dem will ich mich durchaus nicht entziehen. Aber wir haben das alles auch vor nicht allzu langer Zeit schon einmal diskutiert und aufgezeichnet. Aber ich möchte auch sagen, Herr Lehnert: Opferschutz fängt da an, wo prügelnde Männer das Haus verlassen müssen und wo sich der Staat um die geschlagenen Frauen kümmert. Opferschutz bieten Frauenhäuser und auch Kinderschutzzentren, die zum Teil - das muss ich leider sagen - gegen massive Widerstände der Konservativen im Lande eingerichtet und finanziell abgesichert worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Opferschutz bedeutet, dass Opfer als Zeugen im Gerichtsprozess nicht allein gelassen werden. Wir machen dafür Programme. Die prozessbegleitenden Programme für Kinder und erwachsene Opfer von Sexualdelikten haben sich im Lande bewährt. Opferschutz ist die **Wiedergutmachung** im Rahmen des **Täter-Opfer-Ausgleiches**. Dies halte ich mit Blick auf die Täter für die wichtigste und produktivste Sache unter dem Stichwort der Resozialisierung, weil das eigentlich der Knotenpunkt ist. So sieht rot-grüne Opferschutzpolitik aus. Wir halten nichts von leeren Versprechungen.

Wichtig ist natürlich die Hilfe im Alltag. Opferschutzverbände und Selbsthilfegruppen bieten hier wichtige Hilfsangebote an. Viele Bürgerinnen und Bürger zeigen ein außerordentlich großes ehrenamtliches Engagement. Wir begrüßen dies sehr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Eines ist allerdings nicht möglich, nämlich dass wir hier eine **Landesstiftung** gründen. Alle reden von Staatsverschuldung und blauen Briefen, aber die CDU will noch eine Landesstiftung errichten. Wie viele sollen es denn noch werden? Meine Damen und Herren von der CDU, ich bitte Sie sehr, hier keine falschen Hoffnungen zu wecken. Mehr finanzielle Unter-

(Irene Fröhlich)

stützung wird - so fürchte ich - nicht möglich sein, obwohl wir alle dies gern wollten.

Ich habe nichts dagegen, eine Stiftungsinitiative anzuregen, aber die sollte dann auf dem eingeschlagenen Weg voranschreiten und eine freie, bürgerschaftliche Stiftung - und keine Landesstiftung - im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Die Grünen im Bundestag haben sich erfolgreich für eine Modernisierung des Stiftungsrechts eingesetzt; das kann für einen solchen Zweck gut genutzt werden. Auf dem Weg könnte man vielleicht weiter fortfahren, weil eine Stiftung sicherlich auch ein verlässliches Instrument zur Finanzierung von Lasten ist, die sonst schwer zu schleppen wären. Insofern könnte man über alles noch einmal ausführlich beraten und auch mit den Menschen, die ehrenamtlich für den Opferschutz tätig sind, ins Gespräch kommen. Vielleicht gibt es auch Möglichkeiten, Mittel zu bündeln. Vielleicht besteht da noch Gesprächsbereitschaft, die mir noch nicht bekannt ist; das will ich nicht ausschließen. Wir werden sehen, was wir im Ausschuss zu diesem Thema erreichen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aus gegebenem Anlass noch einmal sagen: Das Handyverbot im Plenarsaal gilt. In dem Moment, in dem ich es lokalisieren kann, werde ich einen Ordnungsruf erteilen. Ich bitte, dies ernst zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Hinrichsen, Sie haben das Wort.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie meine Kolleginnen und Kollegen schon gesagt haben, stellt uns die CDU erneut eine Initiative zum Thema Opferschutz vor. Es freut uns, dass die CDU gerade in diesem Bereich so aktiv ist und hoffentlich auch bleibt; denn es geht um ein ernstes und wichtiges Thema.

Die **Hilfen für Opfer** in Schleswig-Holstein sind in den letzten Jahren zwar erhöht worden, können aber ohne Zweifel noch ausgeweitet werden. Bereits im letzten Jahr haben wir uns mit einem mangelhaften Antrag der CDU zu diesem Thema beschäftigt. Damals haben die meisten Redner die guten Absichten des Antrages begrüßt, der dann in den Ausschuss überwiesen wurde. Bei den Beratungen wurden viele Anregungen gebracht, wie aus dem unsinnigen Antrag

der CDU ein sinnvoller Beitrag zu diesem Thema werden könnte.

(Beifall bei SPD und SSW)

Leider aber wurde seitens der CDU im Rahmen der Ausschussberatung kein Versuch unternommen, dem eigenen Antrag Taten folgen zu lassen.

(Zuruf von der CDU)

Die CDU unternahm diesbezüglich vielmehr überhaupt nichts mehr, weshalb der Antrag zurückgewiesen werden musste.

(Klaus Schlie [CDU]: Irgendwie ist Ihr Auftritt peinlich!)

Es drängte sich zwischenzeitlich schon der Verdacht auf, dass es der CDU mit diesem Thema doch nicht so ernst war.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Einen Moment bitte, Frau Abgeordnete. - Ich möchte darum bitten, dass die Gespräche im Raum nicht die Rednerin übertönen. Ich bitte um etwas mehr Rücksichtnahme.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Es hat uns sehr gefreut, dass die Unionskollegen jetzt den Beweis angetreten haben, dass sie es wirklich ernst meinen. Neben denselben unverbindlichen Aussagen zum Opferschutz wie im letzten Jahr umfasst der Antrag eine wichtige Neuerung: die **Stiftung zur Opferentschädigung**. Eine derartige Stiftung, wie es sie bereits seit einem Jahr in Baden-Württemberg gibt, ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings hat die CDU auch hier etwas in den falschen Hals gekriegt. Entgegen der Presseverlautbarung der CDU besteht auch bei der Einrichtung einer derartigen Stiftung kein Recht des Opfers auf Schmerzensgeld und Schadensersatz.

(Klaus Schlie [CDU]: Wie wäre es denn, wenn Sie selbst einmal Überlegungen anstellten?)

Eine derartige Stiftung kann in besonderen Fällen helfen, ein Rechtsanspruch aber besteht nicht.

Laut Pressemitteilungen der CDU sollen die Lücken des Opferentschädigungsgesetzes durch diese Stiftung geschlossen werden. Dabei handelt es sich aber um Schmerzensgeld und Schadensersatz, was nicht nach dem Opferentschädigungsgesetz, sondern nach dem Zivilrecht geregelt wird.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen?

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Nein. - Sie reden hier schon genügend dazwischen.

(Beifall bei SSW und SPD - Klaus Schlie [CDU]: Es bleibt einem bei dem Zeug, was Sie da reden, nichts weiter übrig!)

- Herr Schlie, ich wäre Ihnen ausgesprochen dankbar dafür, wenn Sie mir einmal zuhören würden, anstatt dazwischen zu rufen.

(Klaus Schlie [CDU]: Das kann ich nicht; denn da müssten Sie erst einmal etwas Vernünftiges sagen!)

Voraussetzung für derartige Ansprüche nach dem Zivilrecht ist nicht die Zahlungsfähigkeit. Das ist aber Voraussetzung dafür, dass das Opfer Geld bekommt. Auch in Baden-Württemberg macht man grundsätzlich derartige Urteile zur Voraussetzung der eventuellen Zahlung durch die Stiftung. Der Vorteil einer Stiftung besteht also vor allem darin, dass in akuten Notlagen geholfen werden kann. Ob dies wirklich schnell und unbürokratisch möglich ist, müssten wir noch im Ausschuss diskutieren.

Leider ergibt sich aus dem vorliegenden Antrag nicht, warum das **Strafverfahren** stärker an den **Bedürfnissen des Opfers** ausgerichtet werden muss. Dies wurde im Übrigen schon im letzten Jahr gefordert. Damals hat Kollege Kubicki klargestellt, was der Sinn und Zweck eines Strafverfahrens ist. Die vorhandenen Möglichkeiten für Opfer bei der Teilnahme am Strafverfahren sind auf den Sinn und Zweck des Strafverfahrens ausgerichtet und berücksichtigen die Rechte der Verfahrensbeteiligten. Ich hätte mir gewünscht, dass die CDU hier zugehört und sich als lernfähiger erwiesen hätte.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Machen Sie doch einen besseren Vorschlag!)

Dann hätte jetzt nicht der ganze Innen- und Rechtsausschuss nachsitzen müssen.

Wir werden uns im Innen- und Rechtsausschuss noch einmal über den Zusammenhang zwischen Kostenerstattung, also die Regelung des materiellen Tatfolgenausgleichs durch Rechtsanwälte, die Prozesskostenregelung unterhalten müssen. Auch diese Punkte hätte man bereits bei der Beratung des letzten Antrages im Ausschuss ansprechen können.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hoffe, dass die CDU diesmal eine andere Vorgehensweise wählt, als im Landtag große Reden zu schwingen und die Sache dann im Ausschuss nicht ernsthaft weiterzuverfolgen.

(Klaus Schlie [CDU]: Ein Blödsinn, was Sie verbreiten! Es ist doch nicht zu fassen!)

Abschließend möchte ich noch auf folgendes Problem hinweisen. Aus dem Stiftungsgesetz für Baden-Württemberg ergibt sich, dass dieses Gesetz nur dann eintritt, wenn die Opfer in Baden-Württemberg von einer Tat betroffen sind. Das Problem ist also, wie man all das regeln will, wenn jedes Bundesland andere oder gar keine Regelungen hat. Ich bitte Sie, auch dazu etwas zu sagen; denn das habe ich Ihren Zwischenrufen nicht entnehmen können.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Dafür ist doch der Ausschuss da!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen vor. Nach § 56 Abs. 4 erteile ich zunächst der Frau Abgeordneten Sassen das Wort.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin doch einigermaßen überrascht über den Verlauf der Diskussion. Hier wird jetzt - besonders von Ihnen, Frau Hinrichsen - eine Debatte geführt, die wohl eher eine Opferschutzverhinderungsdebatte ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Man kann doch nicht so tun, als würden wir aus lauter Lust und Laune und weil wir nichts Besseres zu tun hätten, jede Woche einen anderen Antrag zum Opferschutz auf den Tisch legen.

(Zuruf vom SSW: Das machen Sie doch!)

Erstens unterscheiden sie sich ganz wesentlich. Zweitens steht der eine Antrag, wo wir uns gerade mit dem Modellprojekt „Contra“ beschäftigt hatten und den Frauen, die unter Zwangsprostitution zu leiden haben, etwas zugute kommen lassen und weitere Schutzmaßnahmen erreichen wollen, noch zur Diskussion. Er ist noch nicht durch alle Ausschüsse gegangen, sondern erst in einem diskutiert worden.

Dass es womöglich schwierig sein wird, Menschen auf den Opferschutz aufmerksam zu machen, sehe ich als eines der am leichtesten zu lösenden Probleme an. Es dürfte nicht schwierig sein, sie auf die entsprechenden Möglichkeiten hinzuweisen. Wenn keine andere Möglichkeit besteht, wird die Landesregierung - das hat sie

(Ursula Sassen)

auch in anderen Fällen schon getan - eine Broschüre herausgeben, in der nachgelesen werden kann, wie man Unterstützung bekommt.

(Klaus Schlie [CDU]: Es gibt schon so viele unsinnige Broschüren!)

Ich möchte noch auf eine andere Tatsache hinweisen. Gerade weil es sich bisher schwierig gestaltet, wirklich einen guten Opferschutz durchzuführen - die Schwierigkeiten sind uns bei der Diskussion im Zusammenhang mit dem anderen Antrag deutlich geworden -, wäre es eine gute Möglichkeit, zum Beispiel auch das **Modellprojekt** „Contra“ über die Stiftung zu unterstützen. Wie sieht denn die Realität aus? Dieses Projekt gäbe es doch schon nicht mehr, wenn nicht die Nordelbische Kirche den Anteil der Landesregierung übernommen hätte. Sie können nicht so tun, als wäre bereits genug getan.

(Silke Hinrichsen [SSW]: Habe ich auch nicht!)

Ich finde, dieser Antrag ist einer ernsthaften Diskussion wert, die wir nicht mit solchen Worten führen sollten, wie Sie es getan haben, Frau Hinrichsen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat der Herr Abgeordnete Lehnert.

**Peter Lehnert [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich musste mich nach dem Wortbeitrag von Kollegin Hinrichsen doch noch einmal zu Wort melden.

Ich halte es für problematisch, in diesem Parlament in Bezug auf den vorliegenden Antrag von Unsinn zu sprechen, zumal - ich hatte das erwähnt - in anderen **Bundesländern** mit der unterschiedlichsten parteipolitischen Ausrichtung ähnliche **Stiftungen** eingeführt worden sind. Ich glaube, im Grundsatz herrscht beim Thema Opferschutz - das ist auch in den Redebeiträgen deutlich geworden - eine parteiübergreifende Übereinstimmung. Besonders danken möchte ich der Kollegin Fröhlich von den Grünen für ihren sehr nachdenkswerten Beitrag, den wir im Ausschuss in jedem Falle vertiefen sollten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Hinrichsen, Sie sind auf unseren Antrag vom Sommer eingegangen, mit dem wir erreichen wollten, dass **Opfer im Strafverfahren** auch staatlicherseits bessere Möglichkeiten der Unterstützung erhalten. Immerhin haben die Ausschussberatungen dazu ge-

führt, dass die FDP-Fraktion ihre Meinung geändert hat.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Ich kann mich noch sehr genau an den Wortbeitrag des Kollegen Kubicki in diesem Hause erinnern, der das sehr kritisch betrachtet hat; das gehört in einem Parlament dazu. Im Rahmen der Ausschussberatungen hat die FDP ihre Auffassung geändert. Sie hat in der Schlussabstimmung mit uns gestimmt, was ich ausdrücklich gewürdigt habe.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich meine also, dass das durchaus seinen Sinn gehabt hat. Das Anliegen wird nun schon durch zwei Fraktionen unterstützt. Vielleicht kommen wir in den Ausschussberatungen noch ein bisschen weiter; ich habe den Beitrag von Frau Fröhlich erwähnt.

Herr Hildebrand, nach meinem Eindruck haben Sie hier so etwas wie einen Drahtseilakt vollzogen. Mir liegt nämlich die Bundestagsdrucksache 14/7832 vor. Dabei handelt es sich um einen Antrag der FDP-Bundestagsfraktion, in dem es unter Punkt 8 heißt:

„Die Bundesregierung wird aufgerufen, auf die Bundesländer dahin gehend einzuwirken, weitere Opferschutzstiftungen zu errichten.“

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! - Klaus Schlie [CDU]: Gezeichnet Koppelin!)

- Ich wollte dazu gerade etwas sagen; denn ich habe mir einmal die Unterschriften angeschaut. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig und Jürgen Koppelin haben beide mit unterschrieben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich glaube, wir sind uns in diesem Punkt sehr viel näher, als es durch die einzelnen Wortbeiträge in der Debatte deutlich wurde. Lassen Sie uns das im Ausschuss gemeinsam vorwärts bringen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Es folgt ein weiterer Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4. Frau Abgeordnete Hinrichsen!

(Zuruf von der CDU: Jetzt entschuldigt sie sich!)

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie scheinen mir überhaupt nicht zugehört zu haben.

(Widerspruch bei der CDU)

(Silke Hinrichsen)

Sinn und Zweck der Initiative, die hinter dem Antrag steht, nämlich die Neuerung hinsichtlich der Opferschutzstiftung, begrüßen wir ausdrücklich. Es wäre schön, wenn Sie mir insoweit zugehört hätten.

Was den Antrag aus dem letzten Jahr angeht, so möchte ich noch darauf hinweisen, dass dieser Antrag im Ausschuss nicht weiterverfolgt wurde.

(Klaus Schlie [CDU]: Selbstverständlich!)

- Nein. Schauen Sie sich die Protokolle über die Beratung einmal an.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Frau Ministerin Lütkes.

**Anne Lütkes**, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Einen Moment! - Frau Ministerin Lütkes hat das Wort.

**Anne Lütkes**, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, Meine Damen und Herren! Des Weiteren danke ich Ihnen dafür, dass Sie die Opferschutzaufgabe letztendlich alle sehr ernst nehmen und sich immer wieder Zeit nehmen, über diese Aufgabe zu diskutieren.

Natürlich ist es richtig: **Prävention** ist der eigentliche und beste **Opferschutz**. Allerdings haben wir uns gemeinsam der Erkenntnis zu stellen, dass Präventionsanstrengungen zwar immer wieder notwendig, aber derzeit nicht geeignet sind, Kriminalität insgesamt zu verhüten.

Opferschutz - das habe ich hier bereits öfter darlegen können - ist eine wichtige und ständige Aufgabe nicht nur der Landesregierung, sondern der Gesamtgesellschaft. Wir begrüßen deshalb die dazu immer wieder geführte Debatte, aber auch das tatsächliche Engagement für den Opferschutz, und zwar nicht nur die professionelle Begleitung von Zeugen und Opfern, sondern auch die ehrenamtliche Aufgabenerfüllung, die in der Gesellschaft - nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit - in vielfältiger Weise geschieht.

In diesem Zusammenhang ein kleiner Hinweis. Die gewünschte Opferfibel ist gerade erschienen und steht Ihnen aktuell zur Verfügung. Sie geht auf die Arbeit einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Schleswig-Holstein zurück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie ist notwendig, weil **Aufklärung** geboten ist. Den Opfern müssen die Möglichkeiten dargelegt werden, die sie nicht nur im Strafverfahren, sondern auch im Zivilverfahren haben. Besonders wichtig ist - das ist bereits gesagt worden - die Möglichkeit der ständigen Begleitung im Alltag. Die Bewältigung der Folgen einer Straftat nicht nur im Prozess, sondern auch im Alltag ist eine wesentliche Aufgabe im Rahmen der Opferbegleitung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe ein wenig den Eindruck, dass hier im Haus mitunter die Meinung vertreten wird, wir stünden bei der **Opferschutzarbeit in Schleswig-Holstein** erst am Beginn. Vorrednerinnen und Vorredner haben dargelegt, dass das nicht der Fall ist. Ich hoffe, wir sind uns darin einig, dass das Land die Arbeit für Opfer nicht nur begleitet; vielmehr geschieht dies meiner Ansicht nach auf vorbildliche Weise auch dadurch, dass - auf Initiative eines Landgerichtspräsidenten hin - Referendarinnen und Referendare während ihrer Ausbildung bei Strafverfahren als Begleiterinnen und Begleiter von Opfern zur Verfügung stehen.

Es gibt immer wieder - auch im Bundesvergleich - neue Initiativen, mit denen wir auf die Opfer zugehen. Darin werden wir natürlich nicht nachlassen. Die Debatte zeigt mir, dass auch Sie darin nicht nachlassen wollen.

Gestatten Sie mir einen Hinweis zur Frage der **Stiftung**. Natürlich ist es richtig und gut, Geld zu sammeln; denn es geht darum, das Stiftungskapital zu finden. Eine Stiftung dient einem guten Zweck. Aber sie hat nur dann Sinn, wenn sie nicht nur Kapital hat, sondern auch Früchte aus dem Kapital erwachsen, sie also handlungsfähig ist.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Das ist das Entscheidende. In Niedersachsen gibt es seit September eine Stiftung mit dem Ziel, landesweit ein Netz von Opferbüros zu installieren. Ich möchte für die Ausschussberatung nur darauf hinweisen, dass wir darauf achten müssen, dass nicht eine weitere Bürokratie entsteht.

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

Bei aller Achtung vor den Opferschutzverbänden möchte ich sagen, dass ein weiterer Strang der Verwaltung von Opferschutz sicherlich nicht das ist, was wir gemeinsam wollen.

(Beifall im ganzen Haus - Klaus Schlie [CDU]: Unbürokratisch!)

**(Ministerin Anne Lütkes)**

- Unbürokratisch schon. Aber Stiftungen haben ganz bestimmte Voraussetzungen.

Wichtig ist mir, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass es eine vielfältige **Begleitung durch Opferorganisationen** gibt. Es gibt den in der Bundesrepublik sehr etablierten Weißen Ring, der auch im Bewusstsein der Menschen verankert ist. Es gibt aber auch - das ist genauso wichtig - eine Vielzahl von freien Trägern und Initiativen, die - wenn ich das einmal persönlich anmerken darf - aus der Frauenbewegung hervorgegangen sind. Die Begleitung in Sexualstrafverfahren ist aufgrund von Initiativen von Anwältinnen entstanden und hat sich etabliert. Es gibt eine Vielzahl von Frauenberatungsstellen, Frauennotrufen und Frauenhäusern - das ist erwähnt worden -, die aus der Opferschutzarbeit nicht hinwegzudenken sind

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt bei der SPD)

und die auch nicht durch eine andere Art der Finanzierung gefährdet werden dürfen.

Die Bundesjustizministerin hat vorgeschlagen, 10 % der Einnahmen aus Geldstrafen unmittelbar in den Opferschutz umzulenken. Das ist vom Grundsatz her ein guter Vorschlag. Allerdings muss auch da die haushaltsrechtliche Relevanz beachtet werden. Man kann das Geld nur einmal ausgeben. Man kann die Einnahmen aus Geldstrafen und auch die Einnahmen aus verhängten Geldbußen nur einmal ausgeben. Deshalb bitte ich Sie dringend, bei der Ausschussberatung darauf zu achten, dass die Vielfalt der Arbeit erhalten bleibt und nicht einer neuen Bürokratisierung zum Opfer fällt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, SSW und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 24 auf:

**Tourismuskonzeption**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1582

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Da mit dem Antrag ein Bericht in dieser Tagung beantragt wird, erteile ich das Wort zunächst

der Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus, Frau Ministerin Franzen.

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke allen Fraktionen für diesen gemeinsamen Berichtsbeitrag zum Entwurf des Tourismuskonzeptes. Ich denke, es ist ein gutes Zeichen, wie Sie den Tourismus einschätzen, nämlich genauso wie wir, als Bereich mit hoher Bedeutung als Wirtschafts-, aber auch als Imagefaktor für Schleswig-Holstein.

Fünf Fraktionen haben mir vier Fragen gestellt, die ich in fünf Minuten beantworten soll. Ich denke, dass ist ein hoher Anspruch. Ich sage es mal auf Englisch: I will do my very best - ich gebe mir alle Mühe. Den Rest müssen wir im Ausschuss machen.

Lassen Sie mich einleitend noch etwas zum **Tourismuskonzept** sagen, das wir heute hier nicht diskutieren wollen. Das haben Sie hoffentlich alle gelesen und auswendig gelernt. Für uns war es wichtig, angesichts der schweren Marktsituation ein Konzept zu machen. Nachdem wir die organisatorischen Entscheidungen mit der TASH optimal getroffen haben, können wir uns jetzt den Inhalten zuwenden - auch mit dem Bewusstsein, dass wir uns hier mit dem Tourismus als einem Großunternehmen mit 80.000 Beschäftigten zu befassen haben.

Ganz kurz noch einmal: Das Tourismuskonzept sollte schlank sein - da waren sich alle einig -, das soll es auch bleiben. Es ist auf strategische Handlungsfelder der Tourismuspolitik angelegt. Völlig neu und bundesweit innovativ ist, dass es jeweils als dynamischen Ansatz daraus zu entwickelnde Umsetzungskonzepte geben wird.

Und nun komme ich zur Beantwortung Ihrer Fragen. Zum **Anhörungsverfahren!** Wir haben insgesamt 41 touristisch relevanten Organisationen die Chance zur Anhörung gegeben. Davon haben 34 Gebrauch gemacht und ihre Stellungnahme abgegeben. Die Stellungnahmen werden Ihnen in einer Synopse - vom N.I.T. sehr gut aufgearbeitet - im Fachausschuss zugehen. Das verspreche ich Ihnen hier schon einmal. Im Beirat für Tourismus werden wir am 27. Februar 2002 darüber diskutieren. Dann schauen wir, was wir davon aufnehmen. Es gibt über 200 Vorschläge. Im Moment sieht das N.I.T. vor, davon ein Drittel in die Konzeption aufzunehmen. Hoch interessant ist, dass ein Drittel der Vorschläge schon in die Umsetzungsphase weisen. Das heißt, diese werden wir nicht in die Konzeption aufnehmen, dann wäre sie nämlich nicht mehr schlank,

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

sondern wir nehmen sie mit in die Umsetzung. Das können wir aber im Einzelnen noch vertiefen.

Die Frage nach der **aktuellen Marktsituation** im Tourismus möchte ich mit dem Aufzeigen zweier Schlaglichter beantworten, die nicht nur einseitig negativ sind. Zweifellos haben sich die Übernachtungszahlen in Schleswig-Holstein nach dem vereinigungsbedingten Boomjahr 1992 - das ist wirklich das Jahr gewesen - nicht mehr weiter nach oben bewegt. Zweifellos - das muss auch eine Ministerin zugeben können - hat sich Mecklenburg-Vorpommern im Marktanteil vor Schleswig-Holstein gesetzt. Das ist aber auch durch die sehr viel besseren Förderungsmöglichkeiten bedingt, das muss man ganz klar so sehen. Aber, wahr ist auch, dass in den letzten drei Jahren die Übernachtungszahlen in Schleswig-Holstein trotz schwieriger Rahmenbedingungen wieder angestiegen sind - sie haben nicht geboomt, aber immerhin: 1999 gab es ein Plus von 0,3 %, im Jahr 2000 ein Plus von 1,6 % und im Jahr 2001 sind wir etwa bei 0,2 oder 0,3 %; wir müssen noch die Zahlen vom Dezember auswerten. Das ist dann zwar immer noch weniger als 5 % im Jahr 1992. Aber wir müssen in größeren Zeitabschnitten als Legislaturperioden denken. Mal in Jahrzehnten gedacht, ist es immerhin so, dass wir 43 % über den Übernachtungszahlen des Jahres 1982 liegen. Das ist schon eine echte Leistung.

Zu den Fragen der **Abgrenzung der Verantwortlichkeiten** im Tourismus sage ich Folgendes. Die TASH ist für das landesweite Themen- und Zielgruppenmarketing verantwortlich. Die Regionalverbände sind für die jeweiligen Regionen und ihre Vermarktung verantwortlich. Sie wissen, dass die Regionalverbände als Gesellschafter das Rückgrat in der TASH sind. Ich glaube, darauf beruht auch die große Akzeptanz. Ich möchte noch einmal mit großer Zufriedenheit feststellen, dass es uns inzwischen gelungen ist, Schleswig-Holstein mit fünf Regionalverbänden ganz abzudecken. Ich hätte nicht gedacht, dass das im Binnenlandsverband klappen würde. Der Tourismusverband - auch das als Kompliment gesagt - hat sich auf seine verbandliche Arbeit zurückgezogen und ist trotzdem sehr aktiv wahrnehmbar. Ich finde, das ist uns gut gelungen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zur **Förderung und Finanzierung** des Tourismus, zur letzten Frage, möchte ich Folgendes sagen. Die Landesregierung hat für den Tourismus in Schleswig-Holstein trotz der schwierigen finanziellen Verhältnisse in den letzten Jahren unverändert 1,9 Millionen € zur Verfügung gestellt. Das ist mit 0,68 € je Einwohner ein Spitzenwert unter den alten Bundesländern - außer den Stadtstaaten. Wir geben zusätzlich 7,2 Mil-

lionen € Infrastrukturförderung - im Durchschnitt der letzten drei Jahre - in den Tourismus. Hinzu kommen 1,2 Millionen € für innovative Tourismusprojekte - das ist mir ganz wichtig - und rund 1 Million € für touristische Betriebe - jeweils im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2001.

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Ich denke, man kann sehen, dass wir eine Menge für den Tourismus tun. Wir begleiten ihn konzeptionell und koordiniert mit dem Tourismuskonzept. Ich bin gern bereit, mit Ihnen weiter im Ausschuss darüber zu diskutieren. Ich bitte allerdings um eine einigermaßen beschleunigte Beratung in den Fraktionen - natürlich unter dem Vorbehalt ihrer Selbstständigkeit -, weil wir das Konzept gern im Frühjahr diesen Jahres abschließen möchten und Ihre Anregungen dabei aufgreifen wollen. Danach möchten wir in die Umsetzung gehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Arp.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Tourismuskonzept ist nichts anderes als ein Sammelsurium von Möglichkeiten, Wünschen und Hoffnungen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Frau Ministerin, wir vermissen klare **Zielvorstellungen** und vor allen Dingen **Visionen**. Aber darüber werden wir - wie Sie richtig sagen - noch diskutieren. Und wenn Sie unsere Vorschläge übernehmen, werden es auch Visionen sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schleswig-Holstein hat große Chancen, an dem boomenden Tourismusmarkt teilzuhaben, wenn Sie klar und deutlich sagen, was Sie wollen. In dieser Konzeption wollen Sie den Trends folgen. Hoffentlich laufen Sie ihnen nicht wieder einmal hinterher.

Wie wollen Sie diese Trends überhaupt erkennen, wenn Sie noch nicht einmal eine **Basisforschung der Zielgruppen** haben? Ihrem Hauptziel, Schleswig-Holstein zum Wellnessland Nummer eins zu machen, sind Sie in zwei Jahren bisher in keiner Weise näher gekommen. Wir müssen den Wellnessbegriff deutlich definieren.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

(Hans-Jörn Arp)

Schleswig-Holstein könnte das erste Land der Bundesrepublik, ja sogar die erste Region weltweit sein, wenn wir diese Begriffe Wellness und Vital stringent klassifizieren. Der Begriff Wellness darf nicht zu einem Begriff der Beliebtheit verkommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir können uns nicht darauf einlassen und tatenlos zusehen, wie Wellness der Mode gehorchend von jedem aufgenommen wird und von der rostigen Badewanne bis zum Luxusangebot ohne jede Differenzierung alles umfasst.

(Beifall bei CDU und FDP)

Unsere Betriebe, die bereits erfolgreich in diesem Segment arbeiten, fordern das zu Recht von uns, Frau Ministerin. Folgen Sie doch einmal dem Rat der Fachleute und nicht dem Ihrer unzähligen Ausschüsse und Arbeitsgruppen. Es liegt nur an Ihnen, Frau Ministerin, die Regionalverbände unter der Mitwirkung der TASH zusammenzuführen und sie nicht wieder einmal auseinander zu dividieren.

(Beifall bei der CDU)

Wie Sie beispielsweise die **Marketingmittel** verteilen, ist allen ein Rätsel. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar - das kam auch in meiner Kleinen Anfrage zum Ausdruck -, nach welchen Kriterien die circa 1,8 Millionen € Regionalmittel oder Marketingmittel verteilt werden. Das führt natürlich zur Unzufriedenheit bei allen Beteiligten. Wenn Sie beispielsweise das Binnenland mit 1.000 € zusätzlich fördern, mag dies politischer Wille sein, aber erreichen werden Sie mit 1.000 € zusätzlich im Land nichts. Was wir hier brauchen, ist mehr Transparenz. Sie wollen Familien ansprechen, sagen aber nicht wie und womit. Ebenso wollen Sie ausländische Zielgruppen erschließen, sagen aber ebenfalls nicht wie und womit. Sie wollen Kurzurlauber nach Schleswig-Holstein holen. Kurzurlaub ist, wie der Name schon sagt, ein kurzer Urlaub. Da wollen die Urlauber nicht viermal auf der Bahnfahrt umsteigen oder stundenlang vor dem Elbtunnel stehen.

(Beifall bei CDU und FDP - Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Sie müssen schon sagen, wie Sie vernünftige **Anfahrtswege** schaffen wollen. Dem Transrapid haben Sie ja - wie wir gestern gehört haben - erfolgreich verhindert. Das wäre übrigens auch eine Möglichkeit, Leute schnell nach Schleswig-Holstein zu holen.

(Lachen bei der SPD)

Die Ministerpräsidentin sollte sich - wenn sie mir einmal zuhören würde - auf Bundesebene mehr für die

Fertigstellung der A 20, den Ausbau der A 7 und der B 5 und ein attraktiveres Bahnangebot einsetzen. Herr Finanzminister, Sie reden hier im Haus vom Ausbau und der Verbesserung des Radwegenetzes, kürzen aber gleichzeitig die Haushaltsmittel in diesem Bereich. Als Tourismuspolitiker kann ich dies nicht dulden.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, besonders schaden uns Ihre jährlich stattfindenden Sommerinterviews. Glauben Sie mir, es kommt bei unseren Gästen unheimlich gut an, wenn Sie ihnen erklären, dass die Kurabgabe eigentlich nicht nötig sei. Unsere Gäste freuen sich, dass sie eine Abgabe zahlen müssen, von der Sie hier im Land sagen, dass sie nicht nötig sei. Sie sagen aber mit keiner Silbe, wie Sie die Finanzierung der Bädereinrichtungen vornehmen wollen. Stattdessen ziehen Sie den Kommunen immer mehr Geld aus der Tasche. Das ist ein Widerspruch in sich.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie loben zu Recht die **volkswirtschaftliche Bedeutung der Tourismuswirtschaft**. Wieder einmal versäumen Sie es in Ihrem Konzept aber nicht, das Preis-Leistungsverhältnis der Gastronomie zu bemängeln. Darüber freuen sich meine Kollegen besonders. Sie sollten sich stattdessen lieber konsequent dafür engagieren, dass wir eine einheitliche Klassifizierung aller Beherbergungsbetriebe - auch der privaten Pensionen - bekommen. Das ist von großer Bedeutung. Auch hier könnten wir führend sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Einerseits fordern Sie die Steigerung der **Attraktivität** der schleswig-holsteinischen **Urlaubsregionen** und wollen auch eine begrenzte Anzahl neuer Indoor- und Outdoor-Angebote möglich machen. Andererseits sagen Sie aber, dass diese nicht gefördert werden.

Zu einer Aussage, wie Sie den **Tagestourismus** im Binnenland und an der Westküste forcieren wollen, fehlt Ihnen einfach jedes Konzept. Wir brauchen eine zwölfmonatige Saison, denn die Betriebe haben ihre Kosten zwölf Monate lang. Sie müssen die Saison also verlängern. Einrichtungen - wie beispielsweise das Hansaland und das Sea-Life an der Ostsee - fehlen an der Westküste gänzlich. Das Multimar Wattforum ist zwar sehr nett, bringt uns aber keine Besucherströme.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss!

**Hans-Jörn Arp** [CDU]:

Frau Präsidentin, erlauben Sie mir noch einen wichtigen Beitrag! Dazu brauche ich noch eine Minute.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nein, ich erlaube Ihnen noch einen Satz. Ansonsten überziehen Sie zwei Minuten. Das geht nicht.

**Hans-Jörn Arp** [CDU]:

Sie heben Public-Private-Partnership positiv hervor, geben aber bei Ihren LSE- und GA-Mitteln im Wesentlichen der institutionellen statt der einzelbetrieblichen Förderung den Vorrang.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das war der zweite Satz!)

- Nein, da war nur ein Komma, mein Lieber. Ich meine, dass wir durch die Gemeindehäuser, die wir gefördert haben, nicht einen neuen Touristen bekommen haben. Darüber sollten Sie einmal nachdenken. Der Rest meiner Rede ist in der Pressemitteilung der CDU nachzulesen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Benker hat das Wort.

**Hermann Benker** [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Arp, wir werden ja feststellen, ob in den 200 Stellungnahmen, die abgegeben worden sind, der Eindruck so wiedergegeben wird, wie Sie ihn unter dem Begriff „Sammelsurium“ dargestellt haben. Ich behaupte, dass überwiegend positive Stellungnahmen zu diesem Konzept abgegeben werden und dass wir nicht eine solche Miesmacherei sehen werden, wie Sie sie hier eben betrieben haben.

(Zurufe von der CDU)

Den Begriff Wellness zu definieren, war der einzig positive Beitrag, zu dem Sie einen eigenen Vorschlag gebracht haben. Sonst haben Sie immer nur gefragt: Wo ist? Wo bleibt?

(Zurufe von der CDU)

Wir werden diesen Bericht an den Ausschuss überweisen und dort abschließend beraten. Wir sehen dann, welche Vorschläge dort einzuarbeiten sind.

(Unruhe)

Die Konzeption ist schließlich als eine Neukonzeption angelegt. Sie ist nicht allein auf den Begriff „sanfter

Tourismus“ angelegt. Dieses Konzept geht weiter in den Bereich Nachhaltigkeit, der den sanften Tourismus einschließt.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Sagen Sie, welche Vorschläge Sie haben!)

- Ich sage es gleich. Die **Konzeption** enthält Leitziele, strategische Handlungsfelder und Umsetzungsmaßnahmen, wobei den letztgenannten Maßnahmen die entscheidende Aufgabe zukommt.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

In den **Leitzielen** werden mehrere Bereiche angeführt. Diese haben Sie nur punktuell angesprochen. Wenn Sie die A 20 erwähnen, dann tun Sie so, als ob Sie an den Gerichten vorbeigehen und morgen die A 20 bauen könnten. Es ist absoluter Unsinn, solche Dinge zu verbreiten. Dies geht seinen geregelten Gang. Wir wollen die A 20, das wissen Sie ganz genau.

(Werner Kalinka [CDU]: Der Wirtschaftsminister sieht das völlig anders!)

Wir haben die Leitziele Umwelt, Verkehr, Kultur und Energie. Das heißt: Tourismuspolitik ist immer eine Querschnittspolitik. Sie ist nicht nur eine Einzelbetrachtung aus der Sicht von Gastwirten und anderen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Was würden Sie ohne Gastwirte machen?)

Aus den ausgeführten Handlungsfeldern ist die **Qualitätsverbesserung** das A und U in der Tourismuspolitik. Von Anreise bis Unterkunft muss eine Ganzheitsbetrachtung Grundlage der Überlegungen sein. Das ist ein entscheidender Bereich des Tourismus. Ziele wie der Ausbau von Kooperationsstrukturen und ein Zielgruppenmarketing für schleswig-holstein-spezifische Marktsegmente werden von uns voll geteilt. Letzteres wird ja von der TASH gut bereedert, wie die Zunahme der Anfragen beweist.

Ohne die Diskussion im Ausschuss vorwegzunehmen, ist mir vieles noch zu abstrakt und zu anonym. Ich gebe Ihnen hier vielleicht Recht, weil wir noch nicht beim Umsetzungskonzept sind. Wir gemeinsam haben in der Frage 3 unseres Tourismusantrags gefragt: „Wie erfolgt die Abgrenzung der Handlungsfelder im Tourismus zwischen TASH, Tourisverband und Landesregierung?“ Dazu wird es erforderlich sein, bei der Festschreibung der Konzeption - und damit auch im Umsetzungskonzept - konkrete Aufträge zu erteilen, nämlich zu lösen, wer wann was macht.

(Werner Kalinka [CDU]: Sagen Sie einen Vorschlag!)

**(Hermann Benker)**

- Sie können mir überhaupt nicht folgen, wenn ich hier eine These vorstelle. Wer was wann macht, muss definiert werden.

(Klaus Schlie [CDU]: Haben Sie denn einen Vorschlag?)

Zu der Beantwortung der Fragen gehört, dass die Aufgaben zu einem bestimmten Zeitpunkt auch erledigt sein müssen.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist Ihr Vorschlag?)

Wenn Sie das Konzept bis zum Ende gelesen hätten, dann wüssten Sie, dass dies ins **Umsetzungskonzept** gehört.

(Lachen bei der CDU)

- Natürlich! Dazu gehört, wie diese Punkte von N.I.T. übernommen werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Herr Benker, Sie haben das Schiff auf Grund gesetzt!)

Auch wenn die Tourismusentwicklung ein fortwährender Prozess ist, so gehört dazu, dass Meilensteine gesetzt werden.

(Lachen bei CDU und FDP)

Ein Konzept ist kein Ausführungsplan. Ich weiß nicht, wo Sie jemals gearbeitet haben, wenn Sie mit einem Konzept allein bereits die Realisierung im Detail verlangen. Dazu gehört ja der Umsetzungsplan. Wir haben festgestellt, dass wir mit der Festsetzung von Fristen guten Erfolg gehabt haben.

(Lachen bei der CDU)

- Ja, von allein passiert in diesem Bereich gar nichts. Das, was Sie völlig übersehen und völlig vernachlässigen, ist dies: Der Tourismus ist in erster Linie ein Wirtschaftsbereich. Dort sind Wirtschaftsunternehmen, die wirtschaftlich tätig zu sein haben. Hier geht es nicht nur um Forderungen in Richtung Landesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe bereits gesagt, dass wir von dem Konkurrenzdenken zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein wegkommen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Hier ist das doch schon wieder aufgetaucht! Stattdessen müssen gegenüber den großen Reiseveranstaltern regionsübergreifende Vermarktungen und Absprachen erfolgen, die auf der Nordseeseite Niedersachsen und auf der Ostseeseite Mecklenburg einbezieht. Wir werden nur dann mit der **Destination Norddeutschland**

einen internationalen Marktanteil erobern können, wenn wir gemeinsam vorgehen. Das ist letztlich das Ziel des Tourismus.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich komme zum Schluss. Ich wünsche uns allen, dass aus dieser Konzeption und der größer werdenden Zahl von Anfragen auch konkrete Buchungen werden, denn das ist letztlich das Ziel unserer Unterhaltung. Dies geschieht im Ausschuss und nicht hier. Das sage ich, weil Sie andauernd fragen, wo der einzelne Vorschlag sei. 200 Vorschläge liegen auf dem Tisch. Lassen Sie uns darüber beraten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Aschmoneit-Lücke das Wort.

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein ist immer noch ein beliebtes Reiseziel und der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig. Aber die Landespolitik hat diesen Wirtschaftszweig in der Vergangenheit leider etwas stiefmütterlich behandelt

(Beifall bei FDP und CDU - Widerspruch bei der SPD - Hermann Benker [SPD]: Mit Ausnahme der Werften kriegt kein anderer Wirtschaftszweig so viel Geld!)

- Herr Benker, jetzt spreche ich bitte -, bis unsere Landesmutter dieses Stiefkind aus der Versenkung geholt hat und mithilfe eines gewissen Herrn Konradieff das Kind Wellness und Gesundheitstourismus entdeckte, zumindest verbal und leider etwas spät, ungefähr zehn Jahre zu spät.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Warum allerdings Frau Simonis bei ihren öffentlichen Auftritten zu diesem Thema andere Teile der **Tourismuswirtschaft** schlecht redet, habe ich auch nicht verstanden, lieber Kollege Arp. Das versteht kein Mensch. Das versteht zumindest nicht die Opposition, der das ansonsten von der Ministerpräsidentin immer vorgeworfen wird, übrigens völlig zu Unrecht.

Ende letzten Jahres hat die Landesregierung einen Entwurf für ein neues Tourismuskonzept vorgestellt. Es wird Zeit, dass sich auch der Landtag dieses Themas annimmt. Schleswig-Holstein fällt im Tourismus

(Christel Aschmoneit-Lücke)

leider zurück. Frau Ministerin Franzen begründet dies mit der steigenden Attraktivität anderer Reiseziele. Das ist nicht von der Hand zu weisen - wir wissen das alles -, kann aber nicht als alleinige Entschuldigung dienen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Jahrelange Querelen auf kommunaler Ebene zwischen unterschiedlichen Verbänden und fehlende Begleitung durch die Landesregierung haben die Wettbewerbsfähigkeit des Reiseziels Schleswig-Holstein sicherlich nicht gestärkt. Auch die Anbindung der **Tourismuspolitik** an das Landwirtschaftsministerium war vielleicht keine so sehr glückliche Entscheidung.

(Heinz Maurus [CDU]: Mit Sicherheit!)

Immerhin stellt Frau Ministerin Franzen selbst fest, dass es das primäre Ziel der Tourismuspolitik ist, den Tourismus als Wirtschaftsfaktor zu stärken. Heute hat sie zu Recht von dem Großunternehmen oder der Industrie Tourismus gesprochen. Wir haben es immer gefordert und fordern es heute von dieser Stelle noch einmal: Wir wollen den Tourismus zurück im Wirtschaftsministerium haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir wollen damit selbstverständlich das Thema Tourismus auch wieder im Wirtschaftsausschuss behandeln, wo dieses Thema - ich glaube, nach Auffassung vieler in diesem Haus - hingehört.

(Beifall bei FDP und CDU)

Diese Erkenntnis hat uns als Antragsteller bewogen, das Thema Tourismus interfraktionell aufzugreifen, um die Tourismuspolitik aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwecken. Einen offiziellen Unterausschuss Tourismus konnten wir zwar nicht durchsetzen, aber das Grundrecht auf Vereinigungsfreiheit gibt uns die Möglichkeit, auch ohne diesen formalen Akt zusammenzuarbeiten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Wir haben eben gehört: Alles Visionäre! Die Zusammenarbeit wird dann ja wohl klappen.

(Hermann Benker [SPD]: Das wollen wir auch!)

Der neue Anlauf der Tourismuspolitik mit der TASH schürt Hoffnungen und Erwartungen bei allen Beteiligten. Wir wollen helfen,

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

diese Hoffnungen und Erwartungen in positive Ergebnisse zu verwandeln. Wir können nur helfen, denn die Attraktivität des Tourismusangebots wird in erster Linie von den touristischen Anbietern bestimmt. Auch da sind wir uns einig. Sie entscheiden über die relative Attraktivität des Reiseziels Schleswig-Holstein. Das Erreichen nahezu aller Leitziele der neuen Konzeption hängt hauptsächlich von den Leistungen der Tourismuswirtschaft ab. Das sollten wir bei allen Initiativen stets bedenken.

Es ist noch viel Arbeit nötig, um die relative Attraktivität des Reiseziels Schleswig-Holstein wieder zu erhöhen. Packen wir unseren Teil dieser Arbeit an, indem wir als Erstes die neue Tourismuskonzeption durcharbeiten und dann selbstverständlich sinnvoll konkretisieren. Nach den etwas lautstarken Auseinandersetzungen hier heute Morgen, die mich überrascht haben,

(Hermann Benker [SPD]: Mich auch!)

finden wir in dieser informellen Arbeitsgruppe wieder gemeinsam dazu zurück, dieses Ziel zu verfolgen.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Steenblock.

**Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Kollegin Aschmoneit-Lücke sehr dankbar, dass sie darauf hingewiesen hat, dass wir im Gegensatz zum bisherigen Verlauf der Debatte unter den Tourismuspolitikern aller Fraktionen ein positives Arbeitsklima und mittlerweile auch eine stringente Diskussion entwickelt haben.

(Renate Gröpel [SPD]: So ist das!)

Deshalb war es vielleicht nicht so ganz der richtige Zungenschlag, als Sie heute mit dieser Schärfe versucht haben, eine Konfrontation hineinzubringen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Ich glaube, dass wir in der Sache sehr viel näher beieinander sind. Das sollten wir im Interesse dieses für unser Land sehr wichtigen Wirtschaftszweiges auch sein.

Ohne unser Verhältnis zu beschädigen, das inhaltlich sehr konstruktiv ist, darf ich Folgendes sagen. Lieber Kollege Arp, mir ist in Ihrer Rede aufgefallen, dass dahinter ein ausgesprochen staatsfixierter Ansatz von **Tourismuspolitik** stand. Diese Staatsfixiertheit, die-

**(Rainer Steenblock)**

ses Glauben, dass man ökonomische Probleme lediglich durch Subventionen des Staates und immer neue Auflagen oder Bevorteilungen durch den Staat regeln kann, geht zumindest am grünen Verständnis vom Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik vorbei.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Günther Hildebrand [FDP]: Das war nur der eine Teil seiner Rede!)

- Das weiß ich wohl. In dem anderen Teil der Rede, die wir gern nachlesen, stehen sicherlich die ganzen positiven Sachen drin. Ich freue mich schon darauf, das nachzulesen.

Die organisatorische Struktur hat uns in den letzten Jahren behindert. Es war nicht die Politik der Landesregierung, sondern es gab Querelen auf einer anderen Ebene der Tourismusorganisation hier im Land, die es ausgesprochen schwer gemacht haben, neue Konzeptionen zu entwickeln. Wir befinden uns mittlerweile auf einem ausgesprochen guten Weg. Die Einrichtung der TASH hat sich - jedenfalls aus meiner Sicht heraus - sehr bewährt. Ich bin Herrn Dellnitz, der sich mit großen Engagement in diese Arbeit hineingekniet hat und der das Profil des Tourismus in Schleswig-Holstein schon ein ganzes Stück vorangebracht hat, für seine Arbeit sehr dankbar. So können wir weitermachen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Schleswig-Holstein hat hervorragende Voraussetzungen. Da bin ich einer Meinung mit dem Kollegen Arp. Auch bezüglich der Zielsetzungen bin ich einer Meinung mit ihm. Daran sollten auch Querschüsse wie die Hinweise auf den Transrapid und die Elbquerung nichts ändern. Als ob das die Voraussetzung für den Tourismus in Schleswig-Holstein wäre!

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Aber natürlich!)

Überlegen Sie sich einmal, was in Norddeutschland mit Tourismus assoziiert wird. Das geht von Usedom über Rügen über Sylt über Borkum bis hin nach Norderney. Es sind nicht Autobahnabfahrten, sondern Regionen, die häufig auch aufgrund der Ferne zu solchen Infrastrukturen von den Touristen gewollt werden - zum Beispiel Amrum. Wir werden mit neuen Verkehrsinfrastrukturen nicht den Tourismus fortentwickeln können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wer das glaubt, weiß nicht, wovon er redet.

Ich werde mit dem Kollegen Lars Harms gern eine Initiative zum Transrapid starten. Ich habe während der gestrigen Debatte wirklich vermisst, dass die For-

derung der Fortführung von Groningen nach Husum nicht diskutiert worden ist. Das halte ich für vernünftig, um die Friesen endlich wieder mit einem Verkehrsmittel von Westfriesland über Ostfriesland nach Nordfriesland zu verbinden.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Wir nennen das dann den Upstalsboom-Transrapid. Das hätte völkerverbindende Wirkung. Das würde die Politik in diesem Land vielleicht fördern.

(Günter Neugebauer [SPD]: Bis nach Grönland!)

Helgoland ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie sich Tourismuspolitik positiv entwickeln kann: weg von dem massentouristischen Fuselfelsen hin zum **Gesundheitstourismus!** Mit dieser Konzeption hat Helgoland ausgesprochen Erfolg gehabt. Diese Art von Tourismus in unserem Land, auf die Schönheiten der Region hinzuweisen, ist richtig. Wir können mit unseren **Naturschönheiten** den Leuten in allen Bereichen hervorragenden Tourismus bieten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ursula Kähler [SPD])

Es gibt Defizite, die wir aufarbeiten müssen. Der Kollege Arp hat auf einige hingewiesen. Wir brauchen neue Konzeptionen dafür, wie man zum Beispiel in Schleswig-Holstein **Kultur** und **Tourismus** miteinander verbindet. Wir haben vieles, was nebeneinander herläuft. Die Potenziale dieses Landes sind nicht ausgeschöpft. Der Bericht, die Konzeption, die die Ministerin vorgelegt hat, zeigen aus meiner Sicht einen hervorragenden Rahmen auf, der konkretisiert werden muss, der Schwerpunkte ausweisen muss, der Zielsetzungen zuspitzen muss. Das muss in diesem Prozess geleistet werden. Dann können wir mit etwas besserem Gewissen als in der Vergangenheit sehen, dass wir tourismuspolitisch in diesem wirtschaftlich sehr zentralen Politikfeld für Schleswig-Holstein neue Erfolge feiern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für den SSW erhält Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Tourismuskonzeption** von 1990 und deren Fortschreibung von 1995 haben in der Tat, wie in der neuen Tourismuskonzeption beschrieben, zu erhebli-

(Lars Harms)

chen positiven Auswirkungen in der Tourismuswirtschaft geführt. Hätte hier nicht seinerzeit das Land eine Vorreiterrolle übernommen, würde es immer noch schlecht um die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Tourismus stehen. Über örtliche und überregionale Informations- und Reservierungssysteme brauchen wir dann heute nicht zu reden, weil es sie in dieser Form bei uns nicht geben würde.

Wir hoffen natürlich, dass auch die neue Tourismuskonzeption, die uns im Entwurf vorliegt, genauso bahnbrechend sein wird. Daher freut es mich umso mehr, dass sich alle Parteien im Landtag einig sind - das sah eben nicht so aus, aber wir sind es tatsächlich -, dass die Tourismuskonzeption hier im Hause behandelt werden muss und sie somit einen entsprechend hohen Stellenwert hat. Trotz der Erfolge, die es auf einzelnen Gebieten zweifelsohne gegeben hat, war auffällig, dass es dem Tourismus in Schleswig-Holstein bis heute nicht so recht gelang, die Akteure in diesem Bereich unter einen Hut zu bekommen. Insbesondere zwischen dem Tourismusverband auf Landesebene und den Regionalverbänden kam es immer wieder zu Spannungen und Irritationen. Alle waren sich einig über das Ziel, aber wenn es um die Umsetzung ging, spielten doch immer wieder regionale und verbandspolitische Egoismen eine tragende Rolle.

Die Tourismuskonzeption geht nun auf einer Seite auf diese Problematik ein und verweist öfter auf ungeklärte Fragen als auf fest konzipierte Lösungsansätze. Damit ich nicht missverstanden werde: Dies ist keine Kritik, sondern eine Feststellung. Es ist mir klar, dass die Akteure im Tourismus schwer zu zivilisieren sind und die Zusammenarbeit in der Vergangenheit nicht zu ihren Stärken zählte.

Aber gerade deshalb ist es wichtig, dass in der endgültig festgeschriebenen Tourismuskonzeption Aussagen enthalten sind, wie die zukünftige Zusammenarbeit konkret aussehen soll. Hierbei ist natürlich auch wichtig, welche Institutionen bisher Stellung genommen haben und was diese Institutionen für die Zukunft vorschlagen. Aus diesen Stellungnahmen heraus wird man dann die Handlungsfelder zwischen den beteiligten Akteuren besser abgrenzen können. Zudem sind dort sicherlich auch Äußerungen zu den Einschätzungen der Landesregierung zur Marktsituation zu erwarten. Erst wenn wir diese Datenbasis haben, können wir zu Strategien kommen, die von allen getragen werden. In diese Richtung zielt auch unser gemeinsamer Antrag.

Ich möchte aber auch inhaltlich zu einigen Aussagen in der Tourismuskonzeption Stellung nehmen. Zwei Kernbereiche der touristischen Infrastruktur werden in der Konzeption nur grob angerissen. Zum einen geht

es da um den Mangel an **hochwertigen Hotel- und Ferienanlagen**. Dieser Mangel ist offensichtlich. Im Vergleich mit anderen Ferienregionen im In- und Ausland wird deutlich, dass dieses Marktsegment in den anderen Regionen wesentlich besser vertreten ist. Aber gerade diese Angebote sind Ausdruck von Qualität zu erschwinglichen Preisen. Dabei geht es nicht um Tourismusbunker à la Mallorca, sondern um Angebote, die in Größe und Umfang in die jeweilige Region eingepasst werden.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

In engem Zusammenhang hiermit stehen die **Indoor-Angebote**. Hier gibt es ebenfalls einen erheblichen Mangel. Das hat Herr Arp für die Westküste gerade noch einmal wunderbar dargelegt; dafür bedanke ich mich ausdrücklich.

Wir leben nun einmal in einer wetterabhängigen Region und müssen uns deshalb darauf einstellen. Wer dies nicht tut, kann nicht mit den Angeboten anderer Regionen mithalten und muss dann eben auf eine weitere touristische Entwicklung verzichten. Ich weiß, dass beides, Hotel- und Ferienanlagen wie auch Indoor-Angebote, umstritten sind, da sie auch große Auswirkungen auf die sie umgebende Natur haben können. Aber wir sollten so ehrlich sein zu erkennen, dass es ohne diese Angebote eben nicht geht, es sei denn, man will den Tourismus auf niedrigerem Niveau. Dann muss man dies politisch so entscheiden und sich auf andere Wirtschaftszweige konzentrieren.

Zu den Erfolgsgeschichten im Tourismus gehört die Einrichtung des **Nationalparks Wattenmeer**. Durch den Nationalpark war es möglich, ein besonderes touristisches Merkmal zu installieren.

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

Ich bin immer noch der Überzeugung, Herr Kollege Feddersen, dass die meisten Urlauber nicht wegen des Nationalparks kommen, aber er zum guten Image beiträgt und er vor Ort dann für den Gast ein besonderes Erlebnis darstellt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliches gilt für den Kulturbereich, der auch kurz in der Tourismuskonzeption angesprochen wird und der sich vorwiegend auf die Museumsarbeit und auf Events konzentriert.

Ein Ansatz, der leider immer noch nicht eine entsprechende Berücksichtigung findet, ist der des **kulturellen Tourismus**. Beim kulturellen Tourismus geht es darum, die regionale Kultur als so genanntes Alleinstellungsmerkmal zu nutzen und zu vermarkten. Ich

(Lars Harms)

habe dieses Thema schon einmal angesprochen und darauf hingewiesen, dass wir mit der dänischen und der friesischen Kultur im Norden unseres Landes wirklich klassische Ausprägungen solcher Alleinstellungsmerkmale haben

(Beifall beim SSW)

- ähnlich wie bei den gerade zitierten Westfriesen in den Niederlanden oder den Walisern in Großbritannien. Nur, wir machen im Gegensatz zu diesen Gruppen viel zu wenig daraus. Ich glaube, dass die dänische und die friesische Kultur im Norden unseres Landes zum guten Image beitragen und vor Ort dann für den Gast ein besonderes Erlebnis darstellen können. Auch auf diese Chance sollte die Landesregierung in ihrem Bericht zur Tourismuskonzeption eingehen und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, wenn wir uns im Ausschuss darüber unterhalten.

Letztlich möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen, dass wir die Konzeption nicht isoliert debattieren, sondern vor allem auch die regionalen Akteure mit einbeziehen sollten, weil es ohne die nicht geht.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Antrag Drucksache 15/1582 an den zuständigen Ausschuss für ländliche Räume, Landesentwicklung, Landwirtschaft, Tourismus und Fischerei überweisen will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag so überwiesen.

Ich darf zum weiteren Verfahren fragen, ob die Überweisung zur abschließenden Beratung sein soll.

(Lothar Hay [SPD]: Abschließende Beratung!  
- Hermann Benker [SPD]: Abschließende Beratung!)

- Wer so entscheiden will, dass die Beratungen im zuständigen Ausschuss abschließend sein sollen, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist auch das vom Haus einstimmig so beschlossen worden.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Aktuelle Stunde**

**„Zusage der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Rat der Finanzminister der Europäischen Union, den Staatshaushalt im Jahr 2004**

**nahezu ausgeglichen zu gestalten: Auswirkungen auf die Finanzplanung in Schleswig-Holstein Bericht von der Finanzministerkonferenz am 21. Februar 2002“**

Antrag der Fraktion der FDP

Zum Verfahren frage ich, ob jetzt in die Debatte eingetreten und anschließend der Bericht des Ministers gegeben werden soll.

(Martin Kayenburg [CDU]: Erst der Bericht!)

- Der Antragsteller hat ja unter anderem einen Bericht über die Finanzministerkonferenz erbeten. Soll zunächst der Bericht gegeben werden?

(Lothar Hay [SPD]: Erst der Bericht! - Unruhe)

- Gut. - Ich darf einmal um Ruhe bitten. Dann haben wir das Verfahren geklärt. Wir beginnen jetzt die Aktuelle Stunde, die ich bereits aufgerufen habe, mit dem Bericht des Finanzministers über die Finanzministerkonferenz am 21. Februar dieses Jahres.

Für die Landesregierung erhält Herr Finanzminister Möller das Wort.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Finanzministerkonferenz war am 14., aber richtig ist, dass am 21. zwei politische Runden stattgefunden haben; an einer hat die Ministerpräsidentin teilgenommen und an einer habe ich gestern Abend teilgenommen.

Meine Damen und Herren, ein klein wenig muss man sich doch über die Aufregung besonders südlich der Mainlinie wundern, was die Diskussion um den Stabilitäts- und Wachstumspakt angeht. Schließlich war es die Kohl/Waigel-Regierung, die 1996 - erstens! - die Maastricht-Kriterien maßgeblich mitbestimmt hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Richtig! - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ja!)

- Freuen Sie sich nicht zu früh! - Herr Waigel wollte das dann - zweitens! - noch mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt toppen, indem er sich seinerzeit verpflichtet hat, bis 2002 das Defizit auf Zero zu fahren. - 2002 war damals die Messlatte!

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Drittens haben sich alle Länder, Bundestag und Bundesrat im Rahmen der Diskussion über das Solidaritätfortsetzungsgesetz und das Haushaltsgrundsatzgesetz verständigt und sich auf die Maastricht- und die Stabilitätskriterien verpflichtet.

(Minister Claus Möller)

Ich darf unter anderem zitieren:

„Bund und Länder kommen ihrer Verantwortung zur Einhaltung der Bestimmungen in Artikel 104 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes nach und streben eine Rückführung der Nettoneuverschuldung mit dem Ziel ausgeglichener Haushalte an.“

Wir haben gesagt, wie das laufen soll, über den Finanzplanungsrat, wer das einhält, wer das nicht einhält, wer berichten muss. Artikel 7 der Änderung des Haushaltsgrundsätzegesetz soll allerdings ab 2005 gelten. Jetzt gibt es im Zusammenhang mit der Entwicklung der Defizite - natürlich auch konjunkturbedingt - die Erklärung des Rates vom 12.02. Das Ergebnis ist, dass man jetzt bis 2004 einen ausgeglichenen Haushalt erwartet, close to balance, nicht mehr Zero, das heißt, es sind etwa 0,5 % erlaubt, etwa 10 Milliarden DM.

Wie ist der Stand seit Maastricht? Das werden Sie nicht gern hören. Herr Waigel, der sich sehr bemüht hat, die Stabilitätskriterien festzusetzen, hat sich mit den Ländern zwei Jahre gestritten: Was machen wir, wenn wir über die 3 % kommen, wie werde ich als Bund den schwarzen Peter los und wie kann ich die Länder daran beteiligen? Die Schuldenpolitik der Regierung Kohl/Waigel ist bekannt. Ich will die Zahlen hier nicht nennen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben doch versagt! Schröder wollte alles besser machen! Gucken Sie sich einmal Ihren Landeshaushalt an! - Anhaltende Zurufe von der CDU)

Anders Herr Eichel, der eine andere Philosophie hat.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er fragt nicht, was wir machen, wenn wir über 3 % liegen, sondern: Was muss getan werden, damit wir in jedem Fall unter 3 % kommen. Das heißt, Haushaltsdefizite abzubauen.

(Zurufe von der CDU)

Er hat gleichzeitig eine Steuersenkung betrieben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben die Steuern erhöht!)

- Herr Kayenburg, Ihre Aufgeregtheit geht einem manchmal wirklich auf den Wecker.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Wenn Sie so einen Blödsinn erzählen!)

Was ist passiert? - Es hat von 1998 bis 2000 sehr wohl Erfolge gegeben, das **Haushaltsdefizit** auf allen Ebenen zu reduzieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie bitte?)

Es waren vor allem die Gemeinden und die Länder, die das Haushaltsdefizit zurückgeführt haben. Es ist überhaupt nicht zu leugnen, dass wir im Jahr 2001 einen Rückschlag haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie kennen nicht einmal Ihre eigenen Zahlen!)

Das sind natürlich die Auswirkungen der Konjunktur, der **Steuerreform**, sodass wir 2001 das Problem haben, dass wir in die Nähe eines blauen Briefes gekommen sind.

Die undifferenzierte Kritik des Bundes an den Ländern ist nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Sie basiert auf vorläufigen Haushaltsabschlüssen, sie differenziert nicht Nettoneuverschuldung, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Das hat das Statistische Amt noch gar nicht gemacht. Ich will noch einmal daran erinnern: Der Bund ist deshalb besser, weil er seine UMTS-Einnahmen hat, während wir mit den Folgen der Steuerreform zu kämpfen haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben doch zugestimmt!)

Es ist nicht zu leugnen, dass die Westländer insgesamt im letzten Jahr eine Ausgabensteigerung von 3,1 % hatten. Das muss man differenziert sehen.

Herr Kayenburg - auch wenn Sie es nicht gern hören -, ich will überhaupt nicht leugnen, dass unser Problem die hohe **Pro-Kopf-Verschuldung** ist. Im schwierigen Jahr 2001 mit der Steuerreform ist Schleswig-Holstein - Sie haben die Veröffentlichung gesehen - jedenfalls nach dem vorläufigen Haushaltsabschluss relativ gut weggekommen.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Sie haben die Verschuldungsgrenze jedes Mal voll ausgeschöpft! Sie hätten mehr Schulden gar nicht machen dürfen!)

Meine Damen und Herren, der Stabilitätspakt ist eine Sache aller Ebenen, Sozialversicherung, Länder und Gemeinden.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**(Minister Claus Möller)**

Wenn man sich die mittelfristige **Finanzplanung** ansieht, dann weiß auch ich, dass der Bund eine Senkung der **Nettoneuverschuldung** auf Null 2006 geplant hat. Ich kenne kein Land, das erklärt, dass man das vor 2006 mit unterschiedlichen Jahreszahlen machen kann. Es bedarf zusätzlicher Anstrengungen, um Maastricht einzuhalten.

Ich komme auf die Finanzministerkonferenz vom 14.02. zurück. Es ist richtig, dass die Finanzminister deutlich gemacht haben, dass die Möglichkeiten, Einnahmen und Ausgaben zu beeinflussen, für Bund, Länder und Gemeinden in unterschiedlichem Umfang gegeben sind. Auch innerhalb der jeweiligen Ebenen bestehen erhebliche Unterschiede. Die Möglichkeit, in bestimmten Zeiträumen zu ausgeglichenen öffentlichen Haushalten zu kommen, sind daher verschieden. Bei Änderungen mit dem Ziel, durch ein abgestimmtes Vorgehen aller Ebenen zu ausgeglichenen Haushalten zu kommen, müssen diese Unterschiede berücksichtigt werden.

Dann noch einmal die Bestätigung Haushaltsgrundsatzegesetz und mit ein Vorschlag Schleswig-Holsteins, dass sich unverzüglich, möglichst noch vor Ostern, der Finanzplanungsrat, in dem alle Ebenen versammelt sind, zusammensetzt und wir natürlich insbesondere vom Bund erste Vorschläge erwarten, wie er sich das vorstellt; denn er ist ja diese Verpflichtung eingegangen.

(Lachen bei CDU und FDP - Martin Kayenburg [CDU]: Das kann nicht wahr sein!)

- Er ist diese Verpflichtung für die Bundesrepublik eingegangen, aber sie gilt für alle Ebenen.

Der Finanzplanungsrat wird vor der Osterpause tagen. Ich erwarte zwei Ergebnisse von der ersten Finanzplanungsratssitzung; wir werden eine weitere Sitzung nach der Mai-Steuerschätzung haben. Erstens sollten alle Länder darüber nachdenken, ob der Passus des Haushaltsgrundsatzgesetzes und der Mechanismus, der dort beschrieben ist, nicht erst im Jahr 2005, sondern vorher gelten soll.

Zweitens vermute ich, dass der Finanzplanungsrat unter diesen Bedingungen die Empfehlung „Ausgaben nicht über 2 %“ reduzieren wird; ich weiß nicht, ob auf 1,5 oder 1 %. Das ist jetzt ein wichtiges Signal, weil alle Länder vor den Haushaltsberatungen stehen.

Wir stehen am Beginn der Haushaltsberatungen. Ich möchte ein paar Punkte dazu sagen, was jetzt erforderlich ist. Die Rufe, auch von Herrn Stoiber, nach Konjunkturprogrammen und Steuersenkungen - auch hier im Hause zu hören - sind unter diesen Gesichtspunkten ruhiger geworden. Das ist richtig. Die großen Zeiten für Wahlversprechungen wird es auch nicht

geben. Alle Ebenen müssen sich zusammensetzen, um für alle Ebenen herauszufinden, wie wir dort hinkommen, dass wir möglichst frühzeitig close to balance schaffen.

Die Steuerreform und die Rentenreform sind zwei wichtige Reformvorhaben, die den Reformstau aufgelöst haben.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Was?)

Was die Sozialversicherungssysteme angeht, stehen sowohl Gesundheits- als auch Arbeitsverwaltung und Arbeitslosenversicherung - darauf hat die Ministerpräsidentin wiederholt hingewiesen - auf der Tagesordnung. Trotz Wahlkampf muss man sich auch über Subventionsabbau unterhalten. Wir müssen dabei ehrlicherweise sagen: Wer den Abbau der Steinkohlesubventionen fordert wie die FDP, muss auch wissen, dass die Werftenhilfen auf der Tagesordnung stehen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Uwe Eichelberg [CDU]: Und die Windenergie!)

Bei solchen Reformen darf es nicht dazu kommen - dieser Versuchung unterlagen alle Bundesregierungen -, eine Lastenverschiebung nach unten vorzunehmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben die Verantwortung für die Kommunen und der Bund darf Kosten nicht auf die Länder abwälzen. Die Kommission zur Gemeindefinanzreform wird im März zusammentreten. Sie wird in diesem Jahr sicherlich keine Ergebnisse mehr zeitigen. Sie ist wichtig, aber sie ist nicht ausreichend. Wichtig ist, was auch im Landtag diskutiert worden ist: Wir brauchen eine gesamte **Finanzreform**, eine sachgerechte Aufteilung der Aufgaben und Finanzzuweisungen zwischen allen Ebenen.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD], Ursula Kähler [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Die Ministerpräsidenten sind da dran, zum Beispiel das Thema Mischfinanzierung zu diskutieren.

Das ist mit erforderlich, damit es hier nicht zu unterschiedlichen Schuldzuweisungen kommt. Das alles - machen wir uns nichts vor - wird nicht sonderlich stark für den Haushalt 2003 greifen. Deshalb meine ich jedenfalls, was den Haushalt 2002 angeht, sind wir im Soll weit unter der 2-%-Grenze, bei 0,6. Wir werden

**(Minister Claus Möller)**

unseren Haushalt 2003 deutlich unter einer Ausgabensteigerung von 2 % halten müssen.

(Zuruf von der CDU: Es gibt doch keine Konnexität im Bund!)

Es gibt, auch wenn ich skeptisch bin, einige Signale, die andeuten, dass wir in diesem Jahr vielleicht doch 1 % Wirtschaftswachstum - das ist wenig - erreichen können. Die EU geht davon aus, dass im Jahr 2003 2,8 % möglich sind. Das sind Hoffnungsschimmer, aber man weiß immer noch nicht, ob das Wirtschaftswachstum auch mehr **Steuereinnahmen** bedeutet. Das ist die große Frage. Ich meine, für die Konjunktur wäre in dieser Lage ein zusätzliches Zinssignal der EZB richtig. Auf diesem Gebiet sind die amerikanischen Notenbanker mutiger als die Europäer.

Wir werden sehr sorgfältig die Folgen der Steuerreform beobachten: Ist das, was mit der Körperschaftsteuer passiert ist, einmalig oder wiederholt es sich? Müssen wir gegebenenfalls Steuergestaltungsmöglichkeiten jedenfalls für die Großindustrie einschränken? Und - es wird gerade ein Vorschlag der Wirtschaft vorgelegt - können wir zu einer Vereinfachung im Umsatzsteuerrecht kommen und für bestimmte Ebenen den Vorsteuerabzug ganz abschaffen? Damit sind automatisch auch die Steuerhinterziehungsmöglichkeiten geringer. Das sind Punkte, auf die wir auf der Einnahmenseite achten müssen.

Gleichwohl führt überhaupt nichts daran vorbei, dass wir in den folgenden Jahren, Wahlkampf hin oder her, auf allen Ebenen einen harten **Konsolidierungskurs** werden fahren müssen. Ich sage unumwunden, was gestern auch viele Finanzministerkollegen gesagt haben: Ohne durchgreifende Reformen - Gesundheitswesen, Arbeitslosen- und Sozialversicherung oder andere Sparmöglichkeiten, die nur auf Bundesebene angepackt werden können - sind die Länder weitgehend am Ende der Fahnenstange. Der Bund hat seine Mehrkosten für innere Sicherheit durch Steuererhöhungen finanziert. Wir mussten unser Sicherheitspaket zusätzlich aus unserem Haushalt finanzieren und wir haben die großen Ausgabenblöcke Sicherheit, Bildung und so weiter.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne das Greifen solcher nur bundesweit möglicher Strukturveränderungen ist ein **ausgeglichener Haushalt** oder ein Haushalt ohne Nettokreditaufnahme in Schleswig-Holstein 2004 nicht machbar. Ich halte dies selbst 2008, wenn wir nicht ein deutlich besseres Wirtschaftswachstum haben, für ein ehrgeiziges Ziel. Aber dem haben wir uns verschrieben und daran werden wir festhalten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich möchte nur geschäftsleitend für das Präsidium zum Ablauf der Aktuellen Stunde, weil ich den einen oder anderen Hinweis bekommen habe, kurz die Kommentierung zu § 32 wiedergeben. § 32 Abs. 8 bestimmt, dass die Redezeit jedes Abgeordneten bis zu fünf Minuten beträgt. Überschreitet der Redner diese Redezeit, muss ihm der Präsident nach einmaliger Mahnung das Wort entziehen. Die Mitglieder der Landesregierung sind der 5-Minuten-Regelung nicht unterworfen, da Artikel 21 Abs. 2 der Landesverfassung eine Beschränkung der Redezeit von Regierungsmitgliedern ausschließt. Die Landesregierung hat sich aber grundsätzlich bereit erklärt, sich im Interesse der Durchführung der Aktuellen Stunde zu bemühen, sich bei der Abgabe von Erklärungen und Diskussionsbeiträgen ebenfalls an die Redezeit von fünf Minuten zu halten:

(Zurufe von der CDU)

Sitzung des Landtages am 22. April 1968, Plenarprotokoll Seite 883. Juristen wissen, „grundsätzlich“ heißt „Ausnahmen“. Aber es ist die Regel. Insofern war dieser 15-Minuten-Beitrag eine Ausnahme, so möchte ich einmal vermuten. Es war ja ein Bericht. Aber wir sind in der Aktuellen Stunde. Deswegen muss ich sagen: Abgeordneten steht jetzt nicht, wie es nach der normalen Geschäftsordnung wäre, eine längere Redezeit zu. Es bleibt bei den fünf Minuten für die Beiträge der Abgeordneten, die reden wollen. Nur damit wir das wissen und sich die Redner bitte auch darauf einstellen.

Die erste Wortmeldung liegt von der antragstellenden Fraktion vor. Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Minister Möller! Herzlichen Dank für den Bericht, den Sie hier abgegeben haben. Ich bin zwar der Meinung, dafür hätten Sie nicht 15 Minuten, auch keine fünf, sondern allenfalls eine halbe Minute gebraucht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Was Sie hier zum Besten gegeben haben, finde ich mit „peinlich“ noch sehr freundlich formuliert. Sie haben nämlich schlicht und ergreifend um den heißen Brei herumgeredet.

Aber Sie haben auch zwei oder drei ganz interessante Dinge angesprochen, auf die ich eingehen möchte.

**(Dr. Heiner Garg)**

Erstens haben Sie sich darüber beklagt, dass die Länder nicht an den Erlösen aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen beteiligt seien. Wunderbar! Ich kann mich daran erinnern, dass die FDP-Fraktion, namentlich Herr Dr. Klug, einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht hat, der mit den Stimmen von Rot-Grün abgelehnt wurde. Also sollten Sie vielleicht das Gejammere lassen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zweitens. Herr Minister Möller, Sie haben zu Recht, wie ich meine, sehr nachdrücklich vor einer Lastenverschiebung von oben nach unten gewarnt. Ja, ganz wunderbar. Dann frage ich mich nur, warum wir eigentlich in diesem Haus eine Diskussion darüber führen, dass Sie den Kommunen ständig in die Tasche greifen,

(Beifall bei FDP und CDU)

dass Sie die Kommunen mit immer neuen Aufgaben überziehen, aber nicht sagen, wie sie sie bezahlen sollen. Wer hier solche Sprüche klopft, der sollte sich zuerst einmal an die eigene Nase fassen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Und, sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es die Regierung Kohl/Waigel war, im Übrigen vor allem der Finanzminister Theodor Waigel, die sich nicht nur für die Einführung der **Maastricht-Kriterien**, sondern auch für deren Strenge und für deren Einhaltung stark gemacht hat.

(Beifall bei der FDP)

Es war die Regierung Schröder - und wie heißt der Finanzminister? Eichel -, die zum ersten Mal knapp davor war, genau diese Kriterien nicht einzuhalten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Weil wir zurzeit im Fernsehen von der Olympiade in Salt Lake City jeden Abend gute Gewinner und gute Verlierer präsentiert bekommen: Ich finde, es sind schlechte Verlierer, die so beleidigt sind, vom Hans im Glück zur beleidigten Leberwurst, dass sie, wenn sie die Spielregeln nicht mehr einhalten können, sich einfach selber neue Spielregeln machen wollen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Finanzminister, auch Ihr Rührstück zur **mittelfristigen Finanzplanung** hat mich zutiefst beeindruckt. Wer selber diesem Haus seit Regierungsantritt im Übrigen, also seit 1988, mittelfristige Finanzplanungen vorlegt, die über den Gehalt eines Märchenbuches nicht hinauskommen, der sollte vielleicht auch da etwas zaghafter, etwas vorsichtiger sein.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie sich die Mühe machen und das geometrische Mittel der realen Wachstumsraten des Landes Schleswig-Holstein von 1991 bis 2001 einmal ausrechnen, kommen Sie auf einen exakten Wert von 0,92. Ich hätte eigentlich von Ihnen erwartet, dass Sie zumindest diese Frage heute hier im Rahmen Ihres 15-minütigen Berichtes beantworten, wieso Sie denn davon ausgehen, dass sich bei einem Zehnjahresdurchschnitt, der bei 0,92 liegt, in den nächsten drei Jahren auf einmal das Wachstum mehr als verdoppelt und wir zu einem realen Wachstum in diesem Land von über 2,25 % kommen sollen,

(Beifall bei der FDP)

damit überhaupt irgendetwas von dem eintritt, was Finanzminister Eichel im Rat der europäischen Finanzminister versprochen hat.

Ich ziehe also - und dazu brauche ich noch nicht einmal fünf Minuten - das Fazit Ihres heutigen Vortrages: Sie haben keine einzige konkrete Aussage darüber gemacht, wie der Bund gedenkt, dieses voluminös abgegebene Versprechen einzuhalten. Sie haben nicht einen einzigen Ton darüber gesagt, was Sie als Finanzminister dieses Landes dazu beitragen wollen. Ganz im Gegenteil, Sie haben sich hingestellt und gesagt: Ich warte einmal, was da der Bund vorschlägt. Sie haben außerdem, um die Reformnotwendigkeit im Rahmen der parafiskalischen Sozialversicherungssysteme noch einmal vehement zu bekräftigen, auch hier keinen einzigen Vorschlag gemacht.

Da befinden Sie sich allerdings in bester Gesellschaft mit Ihrer Landtagsfraktion; die verweigert sich nämlich auch jeder Reformdiskussion auf diesem Gebiet. - Ich schenke Ihnen jetzt 15 Sekunden, Herr Minister.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Dann darf ich jetzt für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer das Wort erteilen.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wünsche Herrn Kubicki von dieser Stelle aus baldige Genesung;

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

denn wenn wir schon um eine solche Debatte nicht herumkommen, hätten wir doch lieber die erste Wahl und nicht den Ersatzspieler, Herrn Dr. Garg, gehört.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Günter Neugebauer)

Im Gegensatz zur FDP unterstützen wir im Übrigen die Absicht von Finanzminister Eichel, den Kurs der **Haushaltskonsolidierung**, den er 1998 nach dem Regierungswechsel eingeschlagen hat, fortzusetzen. Ich füge aber hinzu: Die in Brüssel gegebene Zusage, den Gesamthaushalt des Staates bis zum Jahre 2004 nahezu ohne neue Schulden zu finanzieren, ist ehrgeizig, mutig, aber - ich vermute - nicht realisierbar. Natürlich gehören in Schleswig-Holstein alle Subventionen und Ausgaben auf den Prüfstand,

(Zuruf von der CDU: Schon seit zehn Jahren!)

wie auch die Verschlankung der öffentlichen Verwaltung auf den Prüfstand gehört.

(Zuruf von der FDP: Wir warten!)

Kaputtsparen ist für Sozialdemokraten kein Leitmotiv,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch deshalb nicht, weil wir den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung nicht gefährden wollen; denn wie der Finanzminister zu Recht gesagt hat: Wenn wir die **Steuereinnahmen** wieder erhöhen wollen, brauchen wir mehr wirtschaftliches Wachstum.

Wir in Schleswig-Holstein haben in den letzten Jahren bewiesen, dass Sparen mit Augenmaß möglich ist,

(Lachen bei FDP und CDU)

dass aber nicht unbegrenzt gespart werden kann. Natürlich legen wir Wert darauf, dass der Bund seine Sparanstrengungen nicht zulasten von Ländern und Kommunen finanziert.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das macht er doch!)

Wir fordern - und da unterstützen wir den Finanzminister - Reformen auf allen Ebenen, das heißt, auch wir fordern die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Insbesondere, was die Finanzausstattung der Kommunen angeht, die durch den Niedergang der Gewerbesteuer im letzten Jahr in besonderer Weise betroffen gewesen sind, fordern wir eine Überprüfung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Wenn ich Ihre Zwischenrufe, Herr Wadephul, höre, muss ich schon sagen: Sie sollten da schweigen. Bei dieser Diskussion sind Sie von der CDU doch die falschen Ratgeber. Im Land haben Sie - das haben wir zuletzt bei den Haushaltsberatungen erlebt - jede konkrete Einsparung verweigert.

(Zurufe von der CDU)

Im Bund haben Sie Finanzminister Eichel die gigantische Schuldensumme von 1.500 Milliarden DM hinterlassen. Eichel könnte in Brüssel die Spenderhose anziehen, müsste er nicht diese Schulden abtragen und jährlich eine Zinslast von mehr als 40 Milliarden Euro finanzieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun sagen Sie uns doch heute an dieser Stelle: Wollen Sie nun die **Steuerreform** 2004 zulasten weiterer Schulden, wie es Ihr Bundeskanzlerkandidat angekündigt hat, vorziehen oder nicht? Sie machen ständig neue Wahlversprechungen zur Bundestagswahl. Aber wenn Sie die Versprechungen finanzieren wollen, brauchen Sie einen Goldesel, wenn Sie nicht eine weitere Verschuldung verursachen wollen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Sie brechen Ihre Versprechen sowieso!)

Ich will hier deutlich sagen: Wer mit uns über die Zeitspanne der staatlichen Entschuldungspolitik diskutieren will - dazu fordern wir ja jeden auf -, der muss auch eine Debatte darüber führen, was wir an staatlichen Leistungen wollen und wer welche Steuern dafür aufbringen soll. Mehr staatliches Geld für mehr Bildung, mehr Gesundheit, Verkehr und Sicherheit bei weniger Steuern, wie es Herr Stoiber verspricht, mag ja schön klingen, wird aber nicht realisierbar sein.

(Zurufe von CDU und FDP)

Nun hat, Herr Dr. Garg, die Situation der öffentlichen Kassen mehrere Ursachen. Eine ist die Konjunktur, eine andere die Steuerreform. Was nicht mehr in der Kasse des Finanzministers ist, sondern in der Kasse von Haushalt und Unternehmen - allein im letzten Jahr waren es 45 Milliarden DM -, wird natürlich, wenn die Konjunktur eingebrochen ist, wie geschehen, nicht automatisch dazu führen, dass wir mehr Steuern in der Kasse haben.

Angesichts der Entwicklung der **Körperschaftsteuer** - auch das will ich hier nicht verhehlen - stellen wir mit Sorge fest, dass das, was für die Konzerne, für die großen Kapitalgesellschaften vermutlich gut gemeint war, sich als das Falsche erwiesen hat. Angesichts dessen, dass das Aufkommen im Jahre 2000 noch 46 Milliarden DM betragen hat und im letzten Jahr im Saldo minus 1 Milliarde DM eingenommen worden ist, sage ich: Für die Sozialdemokraten besteht hier Korrekturbedarf. Die Stichworte sind Ihnen bekannt. Ich denke, dass wir nicht akzeptieren können, dass mehr Dividenden an Aktionäre ausgeschüttet werden, Arbeitsplätze versprochen, in Wirklichkeit aber bei die-

(Günter Neugebauer)

sen großen Kapitalgesellschaften Arbeitsplätze abgebaut worden sind. Das haben wir nicht gewollt.

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Bitte kommen Sie zum Schluss.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Ich komme zum Schluss, indem ich feststelle: Wir sagen Ja zur Fortsetzung der Politik der Konsolidierung auf allen Ebenen; dazu gibt es keine Alternative. Aber wir sagen auch Ja zu einem starken Staat, der die elementaren Ansprüche der Menschen an eine intakte Infrastruktur bei Bildung, Sicherheit, Gesundheit und Verkehr garantieren kann.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort erteile ich jetzt dem Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Herrn Abgeordneten Martin Kayenburg.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion mit Herrn Dr. Garg sind erste Wahl. Bei der SPD hingegen ist geistige Windstille ausgebrochen, sonst hätte sie Herrn Neugebauer nicht hierher geschickt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister, das war der hilflose Versuch, von der Verantwortung abzulenken, die Sie hier im Lande haben, und Probleme auf den Bund abzuwälzen. Die Probleme des Bundes sind da, nur haben Sie diese mit zu verantworten.

(Beifall bei CDU und FDP - Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Wer hat denn der **Steuerreform** zugestimmt, wer hat denn der Rentenreform zugestimmt? Wenn Sie jetzt stöhnen, der Bund mache Politik zulasten der Länder, so muss ich Ihnen sagen: Sie haben dies sehenden Auges in Kauf genommen. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben doch hier im Lande hinreichend bewiesen, dass Sie nicht in der Lage sind, eine vernünftige Finanzpolitik zu gestalten, dass Sie nichts von **Haushaltskonsolidierung** verstehen. Sie steckten nicht in diesen Problemen, wenn Sie die Zusagen aus der 14. Legislaturperiode bei jedem Haushalt eingehalten, wenn Sie die **Neuverschuldung** auf Null zurückgefah-

ren hätten. Das Gegenteil ist hier der Fall, Herr Möller, und das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei CDU und FDP)

Von jemandem, der keine geordneten Finanzen im Lande gestalten kann, war aber nicht mehr zu erwarten. Vor allem war keine handfeste Kritik an dem zu erwarten, was Herr Eichel und Herr Schröder zu verantworten haben. Warum gibt es denn diese Zusage? Weil Herr Schröder Angst davor hatte, einen blauen Brief zu bekommen, hat man sich in die Peinlichkeit begeben, Zusagen zu machen, die nach Aussage der Finanzminister der Bundesländer nicht einzuhalten sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und, Herr Möller, blauäugig Antwortschreiben zu verfassen, bevor der blaue Brief da ist, deutet doch darauf hin, dass das ein Kotau vor der EU war, dass das zur Beruhigung der Bürger gedacht war, aber keineswegs dafür zu sorgen geeignet ist, dass wir die Kriterien von Maastricht einhalten.

(Beifall bei CDU und FDP - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie nun sparen oder nicht?)

Da Sie heute hinter einem Stabilitätspakt herjammern und versuchen, südlich der Mainlinie Kritik abzuladen, frage ich Sie, Herr Möller: Wo waren Sie denn, als Herr Waigel 1996 und 1997 Vorschläge für einen Stabilitätspakt unterbreitete? Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Schröder und Eichel, die heute die Verantwortung tragen, die Hauptredner gegen den Stabilitätspakt gewesen wären.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Möller, dass Sie nun noch versuchen, falsche Zahlen auf den Tisch zu legen, grenzt an Peinlichkeit. Sie haben gesagt, der Bund stehe schlechter da als die Gemeinden und das Land. Das Gegenteil ist der Fall. Für den Fall, dass Sie das nicht glauben, will ich Ihnen die Zahlen nennen: Im Jahre 2000 betrug die Verschuldung im Bund knapp 60 %, nämlich 59,7 %, und bei den Ländern 27,8 %. Im Jahre 2001 betrug die Verschuldung im Bund 57,5 % - das ist ein Minus, Herr Minister - und bei den Ländern 30 %. Das heißt, wir haben bei den Ländern eine Zunahme und nicht etwa eine Abnahme. Schleswig-Holstein mag relativ gut dastehen. Aber wir haben bei den Ländern eine Zunahme und nicht das, was Sie erzählt haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister, warum machen Sie denn eigentlich keine Konzepte? Sie sagen, Sie hätten das ehrgeizige Ziel, daran mitzuarbeiten. Sagen Sie doch einmal in

(Martin Kayenburg)

aller Deutlichkeit, was die anderen Länder gesagt haben, nämlich dass das, was Herr Eichel zugesagt hat, nicht erreichbar ist.

Was heißt eigentlich „close to balance“? Werden Ihre Zusagen von Herrn Eichel unterschrieben oder bedeutet „close to balance“ statt 2,7 oder 2,8 dann 2,3? Sie lügen sich hier aus der Verantwortung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie mir nicht glauben, dann glauben Sie vielleicht Ihrer Ministerpräsidentin. Sie nämlich hat in den „KN“ am 19. Februar immerhin gesagt, mehr Spielraum sei nicht vorhanden. Einen solchen haben Sie auch nicht. Die Umverteilung ist doch vorprogrammiert. Wie sieht es denn mit der Gewerbesteuer aus? Wir werden bis 2004 mehr an den Bund abführen müssen. Es ist also eine zusätzliche Belastung da. Sie werden wieder einmal nicht in der Lage sein, den Haushalt so zu gestalten, dass wir zu keiner Nettoneuverschuldung kommen. Im Gegenteil, Sie werden, wie Sie auch angekündigt haben, das Land erneut in die Verschuldung hineinführen. Herr Minister, dies ist kein belastungsfähiges Konzept, sondern das ist die Fortsetzung Ihres Versagens, das wir schon seit Jahren beklagen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, neue Gäste auf der Tribüne zu begrüßen, nämlich die Damen und Herren von der Fritz-Reuter-Schule in Tornesch und vom Weber-Gymnasium in Eutin. Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich erteile jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihre Rede hat mich schon etwas erstaunt, Herr Kayenburg. Deshalb werde ich von meinem Manuskript abweichen.

Zunächst einmal zeigt die Steuerpolitik der Union eine Konzeptionslosigkeit, die wirklich Rätsel aufgibt. Der eine will Schritte der **Steuerreform** vorziehen, was bekanntlich zu höherer Verschuldung führt. Ein anderer will eine höhere **Neuverschuldung** in Kauf nehmen. Wieder andere fordern zusätzliche Konjunkturprogramme. Auch dies führt nicht zu Einnahmesteigerungen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Herr Hentschel, bei Ihnen lohnt es sowieso nicht!)

Ein anderer will die Neuverschuldung per Grundgesetz verbieten. Auch das ist eine klasse Maßnahme.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das war Herr Bartels zusammen mit Herrn Lohmann! - Heiterkeit)

Dann kommt der Kanzlerkandidat Stoiber. Der Kanzlerkandidat Stoiber räumt das erst einmal alles ab und erklärt, dass er die Steuerreform zwar vorziehen möchte, sie ansonsten aber gut findet. Die Ökosteuern soll so bleiben und die Senkung der Lohnnebenkosten ist auch richtig. Da staunt natürlich die gesamte Union. Ich schlage vor, dass Sie sich einmal mit Ihrem Kanzlerkandidaten auseinander setzen, bevor Sie hier Reden halten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Als Höhepunkt kommt dann der Fraktionsvorsitzende der CDU im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Herr Kayenburg, und erklärt uns, dass an der hohen Neuverschuldung nicht der Bund schuld sei, sondern dass es die Länder seien; Schleswig-Holstein sei es aber nicht. Wer ist es denn nun? Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Berlin stehen an der Spitze. Sie aber machen unserem Finanzminister Vorwürfe. Wissen Sie eigentlich, wer in diesen Ländern regiert?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich bin allerdings auch etwas erstaunt darüber gewesen, dass Finanzminister Eichel bei der EU versprochen hat, Bund, Länder und Kommunen würden bis 2004 **ausgeglichen Haushalte** vorlegen. Ich teile die Auffassung des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück, und des Finanzministers von Schleswig-Holstein, Claus Möller, die übereinstimmend festgestellt haben, dass das ein sehr ehrgeiziges Ziel sei.

(Heiterkeit bei der CDU - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das ist Realsatire!)

Das Ziel, die öffentlichen Haushalte ins Lot zu bringen, ist sicherlich richtig. Ich sage aber auch deutlich - dies ist, glaube ich, etwas, was wir alle gemeinsam sagen müssen -: Dies überwiegend den Ländern aufzubürden, ist abenteuerlich. Es ist jetzt überall zu lesen, die Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfe sollten zusammengelegt werden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Arbeitslosenhilfe!)

**(Karl-Martin Hentschel)**

Den möglicherweise dahinter stehenden Glauben, man könnte das über die Kommunen finanzieren, halte ich nicht für realistisch, wenn man sich die Situation der kommunalen Finanzen vor Augen führt.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen, der mir in diesem Zusammenhang besonders am Herzen liegt. Wir haben in dieser Republik nämlich nicht nur überschuldete Haushalte, sondern auch noch andere Probleme.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee! - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wer regiert hier eigentlich?)

Ich möchte an dieser Stelle nur zwei nennen. Das eine betrifft die **Polizei**. Wir haben im letzten Jahr zusätzliche Mittel für die Polizei bewilligt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wollen Sie die wieder kürzen?)

Ich glaube, nach dem 11. September und nach Schill wird keine Fraktion in diesem Landtag auftreten und ernsthaft relevante Kürzungen bei der Polizei fordern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer hat das denn gefordert? - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hören Sie doch einmal zu, damit Sie die Logik begreifen!)

Das zweite Problem ist Folgendes: Es ist eine Studie vorgelegt worden, die PISA heißt. Auch wenn Sie es noch nicht gemerkt haben, Herr Kayenburg: Sie wird von uns erhebliche Anstrengungen sowohl im Schul- als auch im Hochschulbereich erfordern, die kaum kostenneutral zu bewältigen sein werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben nicht mitgemacht! Sie haben versagt! - Konrad Nabel [SPD]: Achten Sie auf Ihren Blutdruck, Herr Kayenburg!)

Ich glaube, Finanzminister Möller hat Recht. Wir werden in den nächsten Jahren zu dramatischen Strukturentscheidungen in Bezug auf unser Steuer- und Sozialsystem durch den Bund kommen müssen, wenn die Finanzausgleiche gelingen sollen. Darüber hinaus werden wir zusätzliche Finanzquellen zur Finanzierung von Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik erschließen müssen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Welche denn?)

Meiner Auffassung nach werden wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Jugend und Bildung“ brauchen. Darum kommen wir nicht herum.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wollen Sie eine neue Steuer, oder was?)

Wer sich ernsthaft mit der Situation beschäftigt, die wir in den letzten Monaten diskutiert haben, wird mir zustimmen. Wer das will, der muss auch darüber reden, wie das gelingen kann. Es nützt überhaupt nichts, dass wir uns gegenseitig Vorwürfe machen oder die Augen davor verschließen. Wir werden um eine Finanzierung der Aufgaben, die uns im Rahmen der **Jugend- und Bildungspolitik** gestellt worden sind, nicht herumkommen. Die Aufgaben werden überwiegend bei den Kommunen und den Ländern anfallen. Wir werden mit dem Bund darüber reden müssen, wie das finanziert werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In Richtung derjenigen, die glauben, wir könnten von einer Steuersenkung zur nächsten marschieren - diese Auffassung ist zum Teil bei der CDU, überwiegend aber auch bei der FDP vorhanden -, sage ich: Die Gesellschaft steht vor einer grundlegenden Wertentscheidung. Diese lautet: Will diese Gesellschaft überhaupt noch Kinder oder nicht?

Wir haben alle wesentlichen Lasten der Vorsorgerisiken sozialisiert. Das gilt für das Alter und für die Altenpflege. Das gilt auch für Krankheiten. Was wir aber nicht sozialisiert haben, sind die mit Kindern verbundenen Lasten. Kinder sind das Privatvergnügen einiger Spinner geblieben, die es sich noch leisten, Kinder zu haben.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Unser Kollege Harms ist da als fünffacher Spinner besonders zu bewundern.

(Heiterkeit)

Wenn die Mehrheit unserer Wählerinnen und Wähler aus Yuppies, Dinks, reiselustigen Rentnerinnen und Rentnern und Workaholics besteht,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Rentner würde ich da rauslassen!)

die Kinder für überflüssig halten, dann stellt sich die Frage, wer in Zukunft überhaupt noch unsere Renten bezahlen soll.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Herr Wadephul, ich kann eine Zwischenfrage nicht mehr zulassen, weil ich meine Redezeit bereits überschritten habe.

Angesichts dessen bin ich der Meinung, dass wir eine solche Grundsatzentscheidung treffen müssen, und zwar alle gemeinsam. Wir werden die Kraft für eine solche Entscheidung aufbringen müssen.

**(Karl-Martin Hentschel)**

Ich glaube, da sind wir alle gefordert. Ich kann Sie nur aufrufen, diese Debatte ernsthaft zu führen und nicht mit den Schattenkämpfen der Art, die Sie immer führen, Herr Kayenburg, weiter zu machen. Das hilft niemandem und das führt vor allen Dingen nicht zur Lösung der Probleme.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt der Sprecherin, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet Deutschland, das ja 1996 als Preis für die Einführung des Euro den Stabilitätspakt gefordert hatte, jetzt zusammen mit Portugal das erste EU-Land ist, das in Gefahr war, die vorgeschriebene Abmahnung von der EU-Kommission zu bekommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist nicht Ironie, das ist die Konsequenz aus der sozialdemokratischen Regierung!)

- Ich denke, das ist schon eine gewisse Ironie. Aber es lässt sich darüber streiten - ich denke, auch das muss einmal gesagt werden -, ob die Kriterien des Stabilitätspaktes in Zeiten wirtschaftlicher Probleme auch wirklich sinnvoll sind.

(Beifall beim SSW - Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

- Lassen Sie mich einmal meinen Gedanken zu Ende führen. Es gibt durchaus anerkannte Experten, die der Meinung sind, dass zum Beispiel das Kriterium von maximal 3 % Haushaltsdefizit in einer Schwächephase der Wirtschaft kontraproduktiv ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Welche Experten waren das?)

Ich kann es auch genau wie der niedersächsische Ministerpräsident Gabriel formulieren, der in einem Interview gesagt hat: Schon im ersten Semester der Volkswirtschaftsstudiums lernt man: Wenn durch einen Konjunkturerinbruch Steuereinnahmen wegbrechen, darf man nicht auch noch die Ausgaben kürzen, sondern muss in Kauf nehmen, dass das Senken der Neuverschuldung eben etwas länger dauert. Ich fasse zusammen: Der Stabilitätspakt ist in dieser Frage nicht der ökonomischen Realität angepasst.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Ich kann noch ein weiteres Zitat bringen. Ich las einen ganz interessanten Artikel in einer großen dänischen Zeitung - das ist der Vorteil, wenn man zweisprachig ist -,

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

in dem problematisiert wurde, warum man bei dem EU-Stabilitätspakt nicht von der gleichen Berechnungsgrundlage ausgegangen ist wie zum Beispiel bei dem Internationalen Währungsfonds oder bei der OECD, wo man von krisenbereinigten Zahlen ausgeht. Ich sage das nicht, um die Diskussion irgendwo anders hinzuführen, aber man muss in dieser Diskussion auch sachlich bleiben können.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Bundesminister Eichel - das sollte eigentlich meine Pointe sein - -

(Heiterkeit bei SSW, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Was habe ich gesagt? Bundesfinanzminister Eichel hätte eigentlich genügend Argumente gehabt, um diesen so genannten blauen Brief abzuwehren.

(Klaus Schlie [CDU]: Abzufangen?)

- Abzuwehren! Von daher ist seine Zusage, das Haushaltsdefizit der Bundesrepublik bis zum Jahr 2004 nahezu auf Null zu bringen, abenteuerlich und töricht;

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] und vereinzelt bei der CDU)

denn er kann nicht vorhersagen, wie sich die Konjunktur weiter entwickeln wird, er kann nur hoffen.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist wie bei Minister Möller!)

Man muss sich deshalb fragen, was er mit seiner Aussage in Brüssel bezweckt hat. Es mag sein, dass er Recht hat - wie der Finanzminister hier heute gesagt hat -, dass er keine neue Zusage gemacht hat, dass nichts von dem, was er behauptet hat, unbekannt ist, sondern dass das seit Jahren vertraglich feststeht. Schlimm ist aber, dass er die Zusage vor der EU-Kommission abgegeben hat, ohne die Bundesländer und ohne die Kommunen vorher gefragt, beziehungsweise sich mit ihnen beraten zu haben. Denn die Haushalte der Kommunen und der Länder werden in diesem **gesamstaatlichen Defizit** mitgerechnet. Jeder, der sich mit der aktuellen Haushaltsplanung von

(Anke Spoorendonk)

Bund, Ländern und Kommunen befasst, kann sehen, dass diese Zusage unmöglich eingehalten werden kann. In der letzten Finanzplanung des Bundes, die im Dezember 2001 herausgegeben wurde, spricht der Bundesfinanzminister, spricht sein Ministerium davon, einen ausgeglichenen Haushalt bis zum Jahr 2006 erreichen zu können. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn es zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und zu einem rapiden Abbau der Arbeitslosigkeit kommt. Gestern Abend in der Talkshow „Berlin Mitte“ sagte der Bundesfinanzminister: Vorausgesetzt, man bekäme ein Wirtschaftswachstum von 2,5 % in den Jahren 2003 und 2004, sei das Ziel realistisch. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung spricht sogar von einem Wachstum von 3,2 %, das erforderlich ist, um weiterzukommen.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Aus der Sicht des SSW muss angeführt werden, dass die Steuerreform des Jahres 2000 die Hauptverantwortung dafür trägt, dass die aktuellen Haushalte in vielen Bundesländern und in den Kommunen durch die großen Defizite und höhere Nettoneuverschuldung in Schwierigkeiten geraten sind. Dass Schleswig-Holstein Milliardenbeträge verloren hat, wissen wir. Wir können dem Finanzminister nur empfehlen, in der Verhandlung um einen anzustrebenden nationalen Stabilitätspakt hart zu bleiben. Denn ein nationaler Stabilitätspakt darf auf keinen Fall auf Kosten der Länder oder der Kommunen beschlossen werden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Als Nächster erhält Herr Abgeordneter Dr. Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich brauche dafür auch keine fünf Minuten. Herr Kollege Hentschel, ich finde, wir können uns wunderbar darüber unterhalten und meinetwegen auch darüber streiten, welche finanzpolitischen Schwerpunkte in Zukunft auf uns zukommen werden. Frau Kollegin Heinold hat gestern hier sehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass wir, zumindest was die Reform der **Sozialversicherungssysteme** anbelangt, gar nicht so weit auseinander sind. Ich möchte Sie nur sehr herzlich bitten - ich spreche den letzten Teil Ihrer Rede an -, doch einmal zu überlegen, ob Sie nicht von folgender Formulierung Abstand nehmen wollen. Wenn Sie das Kinderbekommen und das Kinderaufziehen mittlerweile

als Risiko bezeichnen, ist da durchaus etwas dran. Ich möchte Sie aber bitten, von der Formulierung Abstand zu nehmen, dass reisende Rentnerinnen und Rentner Spinnerinnen oder Spinner sind. Ich finde, das haben Menschen in dem Alter, die sich dann etwas gönnen, wirklich nicht verdient.

(Beifall bei FDP und CDU und des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Falsch zitiert, Sie haben nicht zugehört!)

- Sie haben von Yuppies gesprochen. Sie können das ja noch richtig stellen. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie von den Wählern, die uns wählen, gesprochen und gesagt haben: Wenn das nur noch Yuppies und reisende Rentnerinnen und Rentner sind, dann müssten wir uns Gedanken machen. Ich habe das so verstanden. Wenn das falsch ist, dann können Sie das korrigieren. Ich glaube aber nicht, dass ich Sie falsch verstanden habe.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade diese Menschen sind es nämlich, die die Kinder aufgezogen haben.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten!

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident, ich finde es ganz interessant, dass sich ausgerechnet diese Seite des Hauses, auch Herr Nabel, darüber entrüstet, dass ich darum bitte, dass Herr Hentschel möglicherweise von dieser Formulierung Abstand nimmt. Das entlarvt Sie dermaßen - gerade auch Sie, Herr Nabel -,

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass ich Sie bitte, sich in Zukunft Ihre moralische Empörung an jedweder Stelle zu ersparen.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Kähler das Wort.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn sich ein Thema überhaupt nicht dazu eignet, um darüber

(Ursula Kähler)

eine aufgeregte Debatte zu führen, dann ist es das Thema, was die FDP-Fraktion hier heute als Aktuelle Stunde angemeldet hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das soll uns nicht aufregen!)

- Einen kleinen Augenblick, lassen Sie mich doch einfach erst einmal beginnen. Möglicherweise nicken Sie mir sogar nachher zustimmend zu, Herr Kayenburg.

(Martin Kayenburg [CDU]: Es ist doch schon klar, was Sie versuchen!)

Es steht außer Frage, dass wir zur Forderung, die Staatsverschuldung abzubauen, alle hier in unserem Parlament nur Ja sagen können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen es auch tun! - Weitere Zurufe von der CDU)

Das enttäuscht mich ein wenig. Ich hätte zumindest angenommen, dass einige von Ihnen die Chance ergriffen hätten, sich an die Debatte zu erinnern, die wir im September vergangenen Jahres zum Thema Förderalismus gehabt haben. Viele dieser Debattenbeiträge hatten Themenkomplexe zum Inhalt, die sehr wohl in Richtung Bund gingen und aufgegriffen haben, wie wir für die Zukunft auch die **Finanzsituation** zwischen Bund, Ländern und Kommunen verbessern können.

Daher erinnere ich an dieser Stelle noch einmal daran, was wir im vergangenen Jahr einvernehmlich festgestellt haben: Die **Balance** zwischen den einzelnen Ebenen muss neu bestimmt werden Sie muss autonomieschonend und trotzdem gemeinschaftsverträglich sein. Dann können wir durchaus die Forderung des Bundeskanzlers unterstützen, ein gesamtstaatlich abgestimmtes Verhalten im Kampf gegen den Schuldenberg einzufordern. Keine Ebene kann das Problem allein lösen. Das wissen wir alle. Lassen Sie uns an dieser Stelle keine Schuldzuweisungen in die eine oder andere Richtung machen. Herr Kollege Kayenburg, auch das ist Realität: Durch die alte Bundesregierung sind Mitte der 90er-Jahre gegenüber Brüssel Fakten geschaffen worden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die Entwicklung war positiv!)

Insbesondere aus diesem Parlament heraus sind in Richtung Berlin Forderungen gestellt worden. Ich nenne das Zauberwort „schlankere Verwaltung“. Das ist für uns keine neue Erkenntnis.

(Zuruf von der CDU)

- Ich gehe nur noch einmal auf das ein, was wir im vergangenen Jahr gemeinschaftlich unter Beteiligung der Landesparlamente an Umsetzungen gefordert ha-

ben. Im Bereich des Städtebaus, bei der Wirtschaftsförderung, bei der Forschungsförderung oder in der Verkehrspolitik gab es Mischfinanzierungen. Allein dadurch, dass auf verschiedenen staatlichen Ebenen die gleichen Aufgaben abgearbeitet werden, haben wir einen zu großen Verwaltungsapparat. Das können wir feststellen.

(Beifall bei der FDP)

Der Finanzplanungsrat tagt im März. Die Forderungen aus ihrem heutigen Antrag, die sich aus unseren gemeinsamen Zielen ergeben, können wir dann einbringen.

Ich komme nun zu meiner kaiserlichen Werft. Wer steigende Ausgaben für politische Schwerpunkte in der Bildungspolitik, in der Sicherheitspolitik - sowohl in der Innen- als auch in der Außensicherheitspolitik - und in der Arbeitsmarktpolitik bejaht, der muss auch bereit sein, über eine veränderte Verteilung der Einnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln,

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

ohne nur die einfallslosesten aller Vorschläge zu machen, nämlich Steuererhöhungen zu fordern. Das ist der Punkt. Hier sollten wir uns zusammentun und uns nicht gegenseitig irgendwelche wadenbeißerische Dinge um die Ohren hauen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Ursula Kähler [SPD]:**

Nein. Herr Garg, Sie haben solch einen netten Dackel. Wenn ich Ihren ersten Wortbeitrag bedenke: Mussten Sie ihn hier nachmachen? Lassen Sie uns doch gemeinsam irgendetwas für die **Konsolidierung** des Gesamthaushalts machen, und zwar sowohl für Bund, Länder und Kommunen. Heute rächt sich doch die Verweigerungshaltung der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung, nämlich unserer Forderung nachzukommen, zeitlich mit der Änderung des Grundgesetzes auch die Reform der Finanzverwaltung einzuleiten.

(Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Schluss.

Im Juli muss der Bundeshaushalt 2003 durchs Kabi-

(Ursula Kähler)

nett. Viel Zeit bleibt also nicht mehr für grundlegende strukturelle Veränderungen.

(Glocke des Präsidenten)

Gute Vorschläge gibt es genug. Man muss sie nur umsetzen. Wir sollten uns nicht gegenseitig anschreiben, sondern gemeinsam dafür sorgen, dass gegenüber dem Bund auch unsere Position deutlich gemacht wird. Das bedeutet auch, über Konnexität auf Bundesebene zu sprechen.

(Beifall bei SPD und FDP - Klaus Schlie [CDU]: Sehr gut!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul das Wort.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Kähler, es geht uns nicht um Aufgeregtheiten. Es ist Aufgabe, Pflicht, Recht und Freude der Opposition, die Regierung daran zu messen, was sie tut. Unsere Aufgabe ist, diese Regierung daran zu messen, was sie finanzpolitisch zu verantworten hat und darüber zu diskutieren, was auf **Bundesebene** finanzpolitisch zu verantworten ist. Das tun wir hier und heute. Nur darum geht es. Ich möchte fünf Punkte festhalten:

Erstens. Frau Kollegin Spoorendonk, es ist nicht ironisch, wenn wir feststellen, dass die Kriterien von Maastricht von allen gefordert sind und dass es in der deutschen Bevölkerung eine große Sorge darüber gab, dass wir eine stabile DM verlieren und einen unsicheren Euro bekommen.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ich sprach von der Ironie der Geschichte!)

- Nein, das finde ich nicht ironisch. Es ist eine bittere Realität,

(Beifall bei CDU und FDP)

dass der jetzige Bundeskanzler Gerhard Schröder den Euro als eine schwächelnde Fehlgeburt bezeichnet hat, gegen die **Maastrichtkriterien** gearbeitet hat - die eine Stärkung des Euro sicherstellen - und jetzt mit seinem Finanzminister Eichel derjenige ist, der den Euro in seiner Stabilität erschüttert. Er macht ihn faktisch zu einer schwächelnden Fehlgeburt. Das sollten Sie einmal nachlesen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Ich halte es für einen ganz schönen Skandal, dass man sich auf Bundesebene offenbar daran ge-

wöhnt, jedenfalls auf europäischer Ebene Verpflichtungen einzugehen, die in Deutschland nicht einzuhalten sind. Ob es nun Herr Eichel in Bezug auf die Finanzen oder Herr Scharping in Bezug auf den berühmten Militärtransporter ist; ich finde es eine Ungeheuerlichkeit, auf europäischer Ebene Verpflichtungen einzugehen, die man in Deutschland schlicht und ergreifend überhaupt nicht einhalten kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Drittens. Wenn wir vorhin darauf hingewiesen worden sind, was der Kollege Gabriel an volkswirtschaftlichen Weisheiten verkündet hat, dann muss ich in diesem Haus daran erinnern, dass von dieser Landesregierung und von dieser Bundesregierung eins ums andere Mal gegen diese volkswirtschaftlichen Grundregeln verstoßen wurde und wird. Es ist nun mal ein Fehler, in Zeiten **konjunktureller Schwäche** ständig Steuern zu erhöhen. Das ist geschehen. Die Ökosteuer ist mehrfach angesprochen worden. Ich nenne auch die Tabak- und die Versicherungssteuer. Hier im Land rühmt man sich damit, dass man auch die Grundwasserentnahme noch besteuert. Wir brauchen in Sachen Steuererhöhung überhaupt keine Nachhilfe. Sie von Rot und Grün waren es, die in der berühmten Lafontaine-Blockade eine Steuerreform der schwarz-gelben Kohl-Regierung verhindert haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir die gehabt hätten, hätten wir heute nicht die wirtschaftlichen Probleme, mit denen wir zu kämpfen haben. Ich hoffe, dass die Frau Ministerpräsidentin heute noch Mut fasst, sich zu Wort zu melden und dass sie in dieser Debatte nicht kneift? - Sie tut es. Das kann ich nur begrüßen. Wer sich die Finanzpolitik der Sozialdemokraten hier im Lande seit 1988 und auf Bundesebene Herr Eichel mit seinen Sprechblasen anguckt, der kann nur sagen: Wer die Finanzpolitik Sozialdemokraten wie Heide Simonis, Claus Möller und Hans Eichel anvertraut, der kann auch gleich die Frösche mit dem Trockenlegen des Sumpfes beauftragen. Das ist auf ganzer Linie - auf Landes- und Bundesebene - gescheitert.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie gleich reden, erwarte ich vor diesem Haus konkrete Aussagen zu dem, was Sie wortreich in den „Lübecker Nachrichten“ angekündigt haben. Sie haben gesagt: Wir brauchten grundsätzliche Strukturreformen im öffentlichen Dienst, die Beamtenversorgung müsse auf den Prüfstand, die Arbeitslosenversicherung, die Krankenversicherung, alles müsse überprüft werden. - Ihre Reformrhetorik zum Thema öffentlicher Dienst hören wir

**(Dr. Johann Wadephul)**

uns in diesem Land seit 14 Jahren an und nichts ist geschehen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Geben Sie endlich einmal Butter bei die Fische!

Wenn Sie nun auch einen Reformbedarf im Bereich der Rentenversicherung und der Krankenversicherung feststellen, muss ich an dieser Stelle festhalten: Die **Steuer- und Abgabenlast** hat unter der Verantwortung der rot-grünen Bundesregierung eine Höhe erreicht, die wir in Deutschland noch nicht hatten. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht!)

Den Bürgerinnen und Bürgern wird das Geld aus der Tasche gezogen. Sie sollten die Zahlen zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn man in diesen Tagen, im Vorwahlkampf über Wahlversprechen redet - Herr Präsident, ich komme zum Schluss -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man muss sich an Fakten halten!)

und uns vorgehalten wird, wir gäben Wahlversprechen ab, die nicht einhaltbar seien, muss ich sagen: Sie haben gerade im Bereich der Rentenpolitik, im Bereich der Krankenversicherung mit Kindern, die ohne Zähne auf Plakaten abgebildet worden sind, den Eindruck erweckt, als leiteten Sie eine Reform der Renten- und Krankenversicherung ein, die den Bürgerinnen und Bürgern mehr Leistungen verspricht. - Sie stehen im Bereich der Sozialversicherungsträger vor einem Scherbenhaufen. Sie haben in dem Bereich überhaupt keine Reformen durchgesetzt, sondern nur dafür gesorgt, dass es mehr und mehr Abgaben gegeben hat. In dem Bereich sind Sie - wie im Bereich der Finanzpolitik - auf ganzer Linie gescheitert.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Ministerpräsidentin das Wort.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Oppositionsführer soll nicht ohne Antwort ins Wochenende gehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Ruf hier in den Saal hinein; Wer hat denn die Steuerreform und die Rentenreform gemacht und ihr zugestimmt? - Rot-Grün! Wer hat sie nicht gemacht? - Schwarz-Gelb!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Weil Sie sie verhindert haben! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wer hat dauernd gefordert, die zweite Stufe der Steuerreform vorzuziehen? - Sie, nicht wir!

Wer beklagt heute die Folgen der Steuerreform? - Sie, nicht wir!

(Beifall bei der SPD)

Wer hat versprochen, die Ökosteuer abzubauen? - Sie, nicht wir!

(Uwe Eichelberg [CDU]: Wer hat sie eingeführt?)

Wer hat sich die größten Steuer- und Schuldenlasten in der Geschichte dieser Republik überhaupt geleistet? - Sie, nicht wir!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wer hatte je die höchste Staatsquote in diesem Land? - Sie, nicht wir!

Wer hatte die höchste Zahl an Arbeitslosen zu verantworten? - Sie, nicht wir!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

Wer ist beispielsweise bei der Gesundheitspolitik und bei der Rentenpolitik mit dauernd steigenden Gebühren auf die Bürger zugekommen? - Sie und nicht wir!

Jetzt haben Sie Ihre Antwort.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Eckehard Klug [FDP])

Der Kollege Stoiber ist zum Kandidaten Ihrer Partei geworden,

(Caroline Schwarz [CDU]: Das waren wir und nicht Sie!)

weil er noch stärker als Frau Merkel - die einem Zeitungsartikel in Januar zufolge noch gesagt hat, 8 Millionen € mehr Schulden mache doch fast gar nichts - den Bürgern versprochen hat, er nehme die Ökosteuer zurück, er ziehe die zweite Stufe der Steu-

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

erreform vor und und und. Er hat das hinterher klammheimlich alles einkassiert nach dem Motto

(Klaus Schlie [CDU]: Das haben Sie alles schon mal erzählt!)

von Herrn Gloos: „Wir wissen nicht, ob wir zu diesen Vorschlägen Ja oder Nein sagen sollen“. Da muss ich Sie ehrlich fragen: Wo ist denn da ein roter Faden außer dass Sie Chaos produziert haben? Das allerdings ist ein roter Faden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun Ihr Klagelied, die Länder, insbesondere Schleswig-Holstein, beteiligten sich nicht am Sparen! Sollen wir es so machen wie in Hessen? Die haben eine **Neuverschuldung** mit rund 142 Millionen über die **Verfassungsgrenze** hinausgezogen, also über die Investitionsquote hinaus. Der Finanzminister in Hessen musste innerhalb eine Woche zweimal antreten, um dem erstaunten Parlament zu erklären, wo 700 Millionen DM in Hessen flöten gegangen sind. So etwas kann uns überhaupt nicht passieren, muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer so großzügig mit dem Geld umgeht - wie übrigens auch der alte Berliner Senat-, wer so großzügig in die Berliner Bank hineingreift und sie dazu zwingt, den Landeshaushalt mit 30 Milliarden € zu belasten, hat doch wirklich keinen Grund, uns zu erzählen, wie man es besser machen soll.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Ehe ich das so wie in Hessen mache, ehe ich das so wie in Berlin mache, ehe ich das so wie in Baden-Württemberg mache,

(Klaus Schlie [CDU]: Bringen Sie Ihren eigenen Laden in Ordnung, bevor Sie sich um andere kümmern!)

ehe ich das so wie in Bayern mache, wo die Nettokreditaufnahme überall enorm gestiegen ist, mache ich das so wie in Schleswig-Holstein, in dem kleinen, bescheidenen, sparenden Schleswig-Holstein,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei CDU und FDP)

das in der Zwischenzeit auf dem fünften Platz bei der Pro-Kopf-Verschuldung eines Jahres gelandet ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Aschermittwoch ist doch schon vorbei!)

Ich finde es immer interessant, dass Sie vom Sparen reden. Ich höre nie einen Vorschlag, wie in dieser Gesellschaft der Kitt gestaltet werden kann, dass uns diese Gesellschaft nicht um die Ohren fliegt. Was machen wir mit PISA? Was machen wir zur Aufrechterhaltung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit in den Schulen und in den Hochschulen?

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Neue Konzepte!)

Dazu haben Sie Anträge gestellt: Mehr, mehr, mehr! Wer waren denn diejenigen, die sich beim Beamtenrecht überhaupt nicht bewegen können? Wer hat mir denn erzählt, ich würde Geld zum Fenster hinaus-schmeißen,

(Klaus Schlie [CDU]: Haben Sie doch!)

wenn ich für ein modernes Dienstrecht,

(Klaus Schlie [CDU]: Das war doch so!)

nicht mehr für Beamte, nicht mehr für steigende Pensionen eingetreten bin? Das waren doch Sie.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war doch die Opposition. Das waren Sie.

(Klaus Schlie [CDU]: Wir? Sie waren das doch immer! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Ministerpräsidentin! - Zwischenrufe sind eine gute parlamentarische Gepflogenheit, aber sie müssen noch zuzuordnen sein.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Das habe ich bei Herrn Schlie schon lange aufgegeben, seine Zwischenrufe zuzuordnen. Entschuldigen Sie bitte! - Jetzt habe ich leider den Faden verloren. Schade drum! Ich wollte gerade zuschlagen. Nun muss ich darauf verzichten.

Wissen Sie, was mich bei Ihrer Politik zum öffentlichen Dienst stört? - Jeden Vorschlag, den wir gemacht haben, aber auch jeden Vorschlag, den wir gemacht haben, haben Sie, angefangen vom Leitbild bis hin zu der Frage der Beförderung auf Zeit,

(Klaus Schlie [CDU]: Das war alles lächerlich!)

haben Sie abgelehnt, durch den Kakao gezogen und

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

sich als die besten Beamenschützer dargestellt, die es in dieser Republik überhaupt geben kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Ihre Politik ist ein Haufen Scheiße!)

Sie haben es allerdings - das muss ich Ihnen zugestehen - mit Ihren falschen Aussagen, mit Ihrem Kriegsgeschrei geschafft, die linke Seite des Hauses wuschig zu machen,

(Lachen bei CDU und FDP)

sodass ich noch ein bisschen - es hat ja keinen Zweck, darüber hinwegzureden - warten muss, bis wir insgesamt den Durchbruch zur Modernisierung im öffentlichen Dienst geschafft haben.

Mancher Ton, der hier zur Einführung der **Kosten und Leistungsrechnung** gefallen ist, war auch nicht unbedingt ein Beweis dafür, dass Sie für die Modernisierung im öffentlichen Dienst sind.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Darüber werden wir noch lange reden müssen!)

Erlauben Sie mir, bei allem Willen und Mut zu sparen, auf zwei, drei Dinge hinzuweisen, von denen ich glaube, dass wir uns gemeinsam Gedanken über Sie machen müssten.

Natürlich bin ich dafür, Versicherungsleistungen auch im Krankenwesen zu überprüfen, ob es nicht zu einer Grundversorgung kommen muss mit allem - -

(Zurufe von CDU und FDP: Aha!)

- Das habe ich doch immer gesagt. Wenn Sie sich ein bisschen Mühe geben, unsere Pressemitteilungen zu lesen, hätten Sie das schon längst lesen können, beispielsweise anlässlich der Gesundheitsinitiative in Lübeck. Das ist ein ziemlich alter Zopf.

Was machen wir? Wo nehmen wir die notwendigen Mittel her, um beispielsweise eine Familienpolitik zu formulieren, die den Bedürfnissen der jungen Familien nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf entgegenkommt?

Machen Sie mit bei der Absenkung des Ehegattensplittings - Sie haben es einmal gesagt -, machen Sie mit bei den heißen Tönen, die jetzt in der Wahlkampfzeit kommen, beispielsweise bei der Deckelung des Ehegattensplittings.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Können wir da auf Ihre Hilfe rechnen? Sind Sie bereit, mit uns eine Diskussion darüber zu führen, in die Schulen nicht einfach mehr Geld und Lehrer hineinzutun, sondern die Effizienz zu steigern, uns Gedanken darüber zu machen, welche alten Zöpfe wir abschneiden müssen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Wer hat denn eigentlich in den letzten Jahren regiert?)

Sind Sie bereit, sich mit uns darüber zu unterhalten, ob die Kommunen bereit sind, unter Umständen auf einiges zu verzichten und mit uns gemeinsam Ganztagsangebote zu formulieren?

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Was haben Sie bisher gemacht?)

Das kriegen Sie nicht zum Nulltarif hin. Das wird noch Geld kosten. Das darf nicht durch **Schulden** erbracht werden, sondern das Geld muss an anderer Stelle weggenommen werden.

Jeder Antrag, den Sie hier gestellt haben,

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Haben Sie abgelehnt!)

kommt am Ende locker auf ein Gesamtdefizit 5 Milliarden €, weil Sie nie sagen, wie Sie das finanzieren wollen. Das haben Sie in keinem einzigen Haushaltsjahr getan. Sie haben keine detaillierte Liste vorgelegt, wie Sie Ihre Vorschläge finanzieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Meinen Sie, man kann rechnen, wenn man einfach nur Anträge stellt? Das ist kein Beweis dafür, dass man rechnen kann, sondern nur für Wunschdenken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehöre zu den Leuten, die sagen: Nichts ist so schlecht, als dass nicht auch etwas Gutes daran ist. Der blaue Brief wäre ärgerlich gewesen. Er ist im Moment durch ein Versprechen abgewendet worden, das mehr als schwierig einzulösen ist, das bedeutet, dass wir Diskussionen mit den Kommunen zu führen haben, dass wir Diskussionen mit allen möglichen, mit den Krankenhäusern zu führen haben.

Wer hat übrigens im Bundesrat bei der Frage der Fallpauschale für Krankenhäuser den Deckel angehoben? - Das waren auch Sie, nicht wir!

Ich könnte Ihnen eine ganze Menge Sünden vorwerfen, die es uns ausgesprochen schwierig machen, unserem Ziel zu sparen nahe zu kommen.

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Ich bin dafür, dass wir Herrn Eichel so gut, wie wir können, helfen, sein Sparziel zu erreichen. Ich bin allerdings absolut dagegen, heute einen Wechsel auf die Zeit zu ziehen, der beispielsweise beinhaltet, sämtliche gesellschaftlich gewünschten und notwendigen Strukturveränderungen auf die Dauer heute schon zu begraben.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall beim SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile dem Herrn Oppositionsführer das Wort.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenigstens klatschen können die Wuschis. Das ist ja auch schon etwas.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Aber, Frau Simonis, zur Sache! Sie müssen ein bisschen unter Wahrnehmungsstörungen leiden. Die Steuerreform ist doch von Ihnen blockiert worden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung hatte eine Steuerreform auf den Weg gebracht, die Ergebnisse gebracht hätte. Dass die Politik sinnvoll war - das wissen Sie als gelernte Volkswirtin doch mindestens so gut wie die Finanzpolitiker in ihrer Partei -, wirkt sukzessive nach. Sie können nicht ad hoc abschalten. Das heißt, der positive Einfluss zu Beginn der Regierungszeit Schröder ist ein Nachwirken der früheren CDU/CSU/FDP-Bundesregierung.

(Beifall bei CDU und FDP - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann ging es ständig abwärts bis zu dem angedrohten blauen Brief.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir sind es doch nicht allein, die darauf hingewiesen haben, dass der Finanzminister bei UMTS und bei seiner Steuerreform Fehler gemacht hat. Sie selber haben es beklagt und ich kann Ihnen zum Beispiel auch den Finanzminister des Landes Brandenburg zitieren. Herr Ziegler sagt, dass das Problem aufgetaucht ist, weil die erste Stufe der Steuerreform von Eichel dazu geführt hat. - Das ist der eigentliche Fehler, der in diesem Lande gemacht worden ist.

Frau Simonis, wenn Sie hier dieses Land kleinreden - das haben Sie eben wörtlich getan -

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und lediglich Fragen stellen und keine Antworten geben, dann will ich Ihnen sagen, was uns fehlt: Wir brauchen eine Budgetpolitik, die weniger Geld in den Verwaltungsapparat steckt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir brauchen eine Politik, die mit der Subventionsmentalität bricht.

(Zurufe von der SPD)

Wir brauchen eine Politik - das hat Frau Simonis ja Gott sei Dank angedeutet -, die beim Gesundheitswesen effizienter ist. Nur, ich frage Sie: Wer hat dieses Gesundheitswesen zu verantworten? Wer hat denn in Berlin die Politik gemacht? Warum sind wir denn dazu gekommen, dass wir nicht mehr finanzieren können? - Das ist doch alles deswegen, weil in Berlin die Politik versagt hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben längst vor PISA darauf aufmerksam gemacht, welche Probleme mit der Bildung hier im Land bestehen. Wir sind bereit zu ändern, wir haben Vorschläge vorgelegt und Anträge gestellt. Nur, Sie haben diese Anträge abgelehnt. Sie sind den Weg nicht mitgegangen, der Ihnen sachlicherweise von uns vorgeschlagen worden ist.

(Zurufe des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Ach, Herr Neugebauer!

Wenn hier davon geredet wird, dass Schleswig-Holstein seine Schularbeiten gemacht hat, dann frage ich Sie: Wie kommt es denn eigentlich, dass wir die rote Laterne vom Saarland übernommen haben?

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wie kommt es denn eigentlich, dass wir im Wachstum die Schlechtesten sind und nur bei der Verschuldung an der Spitze stehen? Wer hat es denn zu verantworten, dass wir eine Investitionsquote von nur 9,3 % haben? Wir werden auch in Zukunft nicht besser werden, weil die Lasten, die auf uns aus Berlin zukommen, überhaupt nicht mehr finanzierbar sein werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vor dem Hintergrund, Frau Simonis, hilft Ihnen Geschichtsklitterung überhaupt nichts. Das, was Herr Eichel in Brüssel verbrochen hat, ist ein Pyrrhussieg, der uns alle - Land und Kommunen und jeden Bürger -

(Martin Kayenburg)

noch teuer zu stehen kommen wird. Sie haben dies sehenden Auges in Kauf genommen, indem Sie die Steuerreform aus Berlin mitgetragen haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Simonis, das war ein sehr wohl tuender Beitrag. Wenn ich das mit den Reden derjenigen vergleiche, die hier im Land auch noch etwas werden wollen oder schon etwas sind auf Seiten der CDU, dann bin ich doch immer wieder darüber erschüttert, vor allem bei Ihnen, Herr Kayenburg, dass Sie Ihre Textbausteine zwar immer anders aneinander reihen, dass es dadurch aber nicht besser wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In jeder Rede bauen Sie den Satz ein: „Sie haben versagt

die Ministerpräsidentin hat versagt

der Finanzminister Möller hat versagt“.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was wahr ist, muss wahr bleiben! Sie sagen immer nur „ja, ja“!)

Sie vergessen dabei leider, sich mit dem Thema, um das es geht, auseinander zu setzen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das müssen ausgerechnet die Grünen erzählen!)

Da hilft es uns auch nicht weiter, wenn Herr Wadephul hier behauptet, unter Rot-Grün seien **Steuern** und **Abgaben** und alles Mögliche gestiegen, wohl wissend, dass das so nicht ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Recht hat er! - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das sind sie doch auch!)

Ich möchte noch einmal zu der Sache ein paar Dinge sagen. Erstens: Der Stabilitätspakt ist politisch gewollt, ist jetzt schwierig in der Umsetzung. Ich sage aber auch sehr deutlich: Er ist eine Riesenchance für die künftige Generation, dass wir tatsächlich damit beginnen, Schulden ernsthaft abzubauen. Das ist richtig so.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das predigen wir Ihnen seit Semestern!)

Zweitens: Die Verschuldung in den **Kommunen**, in den Ländern und im Bund ist nicht Alleinverantwortung einer Partei, sondern alle Parteien, alle Fraktionen haben dazu beigetragen, dass wir diesen Schuldenberg haben. Insofern, weil wir alle miteinander in den letzten Jahren ein Stück unverantwortlich gehandelt haben, hätte ich es besser gefunden, wir hätten den blauen Brief im Interesse des Stabilitätspaktes akzeptiert und hätten uns dann gemeinsam mit Herrn Eichel darauf verständigt - -

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU] - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul?

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein. Ich hätte es besser gefunden, wir hätten uns, gemeinsam mit Herrn Eichel darauf verständigt, ein realistisches Jahr zu finden, indem wir die Nettoneverschuldung auf Null reduzieren können.

Dass hier auch im Landtag jede Partei natürlich glaubt, dass sie die besten Finanzkonzepte hat, ist völlig logisch. Da sage ich, die grüne Finanzpolitik ist die beste und die nachhaltigste. Das geht dann nicht gegen den Finanzminister, sondern dafür bin ich in der grünen Partei.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was mir in der Debatte wichtig ist, ist, dass wir gemeinsam sagen, dass es nicht sein kann, dass die Länder jetzt den Schwarzen Peter bekommen und dass die Länder jetzt in der Verantwortung stehen, Schulden in einer Höhe abzubauen, in der es realistischerweise nicht gehen kann. Wir müssen vom Bund erneut fordern, die **Mischfinanzierung** vor allem dort aufzubrechen, abzulösen, wo wir sie schon heute aufgrund der Kofinanzierungsprobleme überhaupt nicht mehr nutzen können.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Das gilt dann auch in Schleswig-Holstein!)

Wir müssen - hier waren wir uns im Land ja auch schon einig - bei der Reform des Ehegattensplittings weiterkommen. Wir haben die Diskussion ja schon einmal geführt und alle Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag haben gesagt, ja, wir wollen eine Reform des Ehegattensplittings. Wir müssen dem Bund auch sehr deutlich sagen, dieses Geld gehört in die Kinderbetreuung - aus meiner Sicht in den Vor-

(Monika Heinold)

schulbereich - und dieses Geld muss für diese Maßnahmen in den Ländern ankommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wünsche ich mir eine sehr laute Stimme der Länder.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das haben wir doch beantragt! Sie haben doch dagegen gestimmt!)

Weiter müssen wir dem Bund sehr deutlich sagen, dass die Länder sehr schwierige Aufgaben haben, die bezahlt werden müssen. Die Bereiche sind heute genannt worden: innere Sicherheit direkt spürbar für die Bürgerinnen und Bürger, der ganze Bereich Bildung - ein Bereich, der in seinen Kosten eher steigen wird - in Kombination mit der notwendigen Kinderbetreuung.

Das gilt auch für die Arbeitsmarktpolitik in den Ländern. Hier werden wir in Verantwortung für die künftige Generation immer versuchen müssen, die Waage zwischen einer Verschuldungshöhe, die möglichst gering sein muss, und einer Aufgabengestaltung für unsere Gesellschaft zu halten.

Was mit Sicherheit nicht funktionieren wird - das sage ich auch sehr deutlich vor allem an die Abgeordneten der CDU -, ist, dass Sie uns mit Einsparzielen derart treiben, dass wir anschließend anfangen, unter anderem im Bildungsbereich abzubauen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir haben mehr und nicht weniger gefordert!)

und Sie dann vor Ort und vor dem Landeshaus wieder zu Demonstrationen aufrufen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben doch gekürzt, nicht wir!)

weil wir zu sehr sparen.

Ich sage Ihnen: Jede Mark, die im Land gespart wird, wird bei Ihnen keine Zustimmung finden. Wir werden trotzdem weiterhin dazu beitragen, das im Land politische Schwerpunkte gesetzt werden und dass es eine Ausgewogenheit zwischen Sachpolitik und Finanzpolitik gibt. Das gehört einfach zusammen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

### **Situation der BSE-Testlabore**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1591

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1647

(Unruhe)

- Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

Ich will zur Begründung dem Antragsteller das Wort geben. - Herr Abgeordneter Wodarz! - Er ist nicht da. Dann steigen wir in die Beratung ein. Zur Berichterstattung erteile ich der Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus, Frau Franzen, das Wort.

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin davon ausgegangen, dass Herr Wodarz vortragen würden, dass es nicht zu schaffen ist, hier zu BSE und BHV-1 in fünf Minuten vorzutragen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, ich habe der Frau Ministerin das Wort zum Bericht gegeben. Da sollten wir zuhören.

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

BSE ist eine Tierkrankheit, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zu tödlichen Erkrankungen beim Menschen führen kann. BHV-1 ist Rinderschnupfen, Rinder Grippe, keinerlei Gefahr für Menschen, trotzdem ein Problem, dem wir uns stellen. Ich beantworte heute die Ursprungsfrage, denn beide Themen zusammen sind in fünf Minuten einfach nicht zu schaffen. Wir werden das Thema Donnerstag im Ausschuss besprechen.

(Unruhe)

„BSE und kein Ende“ muss man leider sagen. Ende Januar dieses Jahres wurden die Amtschefs der Länder von Frau Künast von folgendem Sachverhalt informiert: In Bayern wurden in einem nicht für die Durchführung von **BSE-Tests** zugelassenen Labor der Firma Milan von Juli bis Dezember 2001 zirka 39.5000 Tests durchgeführt, zwei Drittel der von uns amtlich vorgeschriebenen Tests davon bei Tieren über 24 Monaten.

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

Frau Künast hat zwei Sonderkonferenzen einberufen, eine Telefonkonferenz. Brüssel hat sich eingeschaltet und hat uns auffordern müssen, das Fleisch und die Fleischerzeugnisse für die über 30 Monate alten Rinder, die hier getestet wurden, aus Drittstaaten, Mitgliedstaaten und vom nationalen Markt zurückzurufen. Erst daraufhin war Bayern bereit, dieses Fleisch in Gänze auch ab 24 Monaten für ernährungsuntauglich zu erklären. Wir mussten Bayern - das muss man sagen dürfen und müssen, das hat nichts mit der aktuellen Kanzlerkandidatur zu tun, sondern ist Fakt - zum Jagen, tragen und zum Aufklären jagen. Die Folge war, dass das Fleisch längst im Verzehr, im Handel und einfach nicht mehr auftreibbar war. Das ist für meine Begriffe ein großes Drama einschließlich dessen, dass es sich zum Teil in der Koreahilfe wiederfindet.

Das ist ein **Vertrauensbruch** der Verbraucherinnen und Verbraucher, die wir uns gerade so mühsam zurückerobert haben. Wir waren ja erfolgreich. Das ist für uns in Deutschland auch ein finanzielles Problem - ich werde mich als schleswig-holsteinische Landwirtschaftsministerin nachhaltig weigern, auch nur einen Pfennig an die EU zurückzuzahlen - und es gefährdet unseren Export in Schleswig-Holstein, auf den wir extrem angewiesen sind.

Es hat in der Folge auch in anderen Bundesländern - das möchte ich genauso offen bekennen -, in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bremen und zuletzt auch in Nordrhein-Westfalen, Mängel gegeben, allerdings bei der Überprüfung zugelassener Labore. Das ist ein Grad besser, in der Auswirkung ist es nicht viel besser.

Wie ist es in Schleswig-Holstein? - Wir haben - das wissen Sie, das ist von Ihnen zum Teil kritisiert, zum Teil hingenommen worden - eine Menge Geld, nämlich 3,72 Millionen €, in die Hand genommen, um in Sicherheit zu investieren, in unser Landeslabor. Wir sind in der Lage, ab 1.12. letzten Jahres 300.000 BSE-Proben dort vorzunehmen; ab 1. Dezember 2001 führen wir alle amtlichen Tests dort durch.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Wir hatten keine großen Probleme mit **privaten Laboren**. Wir haben insgesamt nur vier gehabt. Diese vier haben im Jahr 2001 etwa 2.300 Tests durchgeführt. Drei haben ihre Lizenz zurückgegeben; das eine, das wir noch haben, testet kaum noch. Es testen also auch Hamburger Privatlabore und das überprüft Hamburg.

Wir haben die Labore trotzdem überprüft; wir haben nichts gefunden. Damit ich nicht missverstanden werde

- ich leide nicht an der Blindheit zu sagen: Öffentlich gut und fehlerfrei, privat schlecht und schlampig. Das ist es wirklich nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir haben uns für diesen Weg entschieden. Damit stehen wir unmittelbar in der Verantwortung. Es trifft uns sofort. Man kann auch sicher sein, dass einen auch die Information sofort trifft. Und das ist schwierig, wenn Sie mit Privaten zusammenarbeiten.

Wir haben eine Selbstzertifizierung durchgeführt. Ich bin mit dem Aufsicht führenden Minister Müller einig, dass wir gern Externe draufschauen lassen wollen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Ich bedaure die Vorkommnisse sehr. Das Thema ist noch nicht durch, ob wir Rückforderungen von der EU bekommen, wissen wir noch nicht. Ich habe an einer eineinhalbstündigen Rundfunksendung zu dem Thema teilgenommen. Da war für mich sehr beruhigend, dass die Verbraucherschaft anscheinend doch gelassener reagiert, als wir befürchten mussten. Aber wir müssen aufpassen, dass wir die Standards, die wir nach der Krise eingezogen haben, halten können.

Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich zu dem anderen Thema erst Donnerstag berichte.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Ministerin für den Bericht und eröffne die Aussprache. Ich habe die Einlassungen der Fraktionen richtig verstanden, dass wir jetzt den Bericht diskutieren und den Änderungsantrag an den Ausschuss überweisen? - Okay!

Als Erster hat Herr Abgeordneter Jensen-Nissen das Wort.

**Peter Jensen-Nissen [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Frau Ministerin, dass Sie zu BHV-1 jetzt nichts sagen, nehme ich einfach einmal so hin. Ich werde gleich in meinen Ausführungen darauf eingehen, weil auch dies die komplizierte Frage amtliche Labore/private Labore im Grundsatz berührt. Deshalb müssen wir schon darüber reden. Aber wir können hier natürlich nicht in der Kürze der Zeit wesentliche Problemstellungen erörtern. Deshalb sind wir uns einig darin, dass wir die weitere Beratung im Ausschuss führen. Ich bin den Kollegen dankbar dafür, dass wir diesen Weg gehen können. Hier sind wir auf einem gemeinsamen Weg.

(Peter Jensen-Nissen)

Frau Ministerin, im vergangenen Jahr sind ungefähr 2,8 Millionen BSE-Tests durchgeführt worden. Dies war objektiv betrachtet nur im Zusammenwirken - darauf lege ich großen Wert - mit privaten Laboren möglich. Die Zahl der **Tests** kann sich jedoch nicht allein nach den **Testkapazitäten** richten, sondern Verbrauchersicherheit, Verbrauchervertrauen ist wichtig, aber auch die Schlachtzahlen und die Kapazitäten der Wirtschaft, die daran hängen, waren und sind wichtig. Darüber haben wir im vergangenen Jahr eine intensive Diskussion geführt.

Deshalb war es notwendig, in kurzer Zeit hohe Kapazitäten zu schaffen. Dies ist im Wesentlichen mit Hilfe privater Labore geschehen. Nicht alle Länder standen zufälligerweise vor der Aufgabe, ein Landeslaborkonzept umzusetzen. Auch dies war eher eine Zufälligkeit.

In der aktuellen Diskussion wird klar, dass etwas zwölf private Labore die Testvorgaben offensichtlich nicht eingehalten und damit Sinn und Zweck der BSE-Tests konterkariert haben.

(Beifall)

Land- und Fleischwirtschaft haben alles getan, das Vertrauen der Verbraucher zurückzugewinnen. Die bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten laufen diesen Bemühungen zuwider. Das verurteilen wir nachhaltig.

(Beifall)

Die Tatsache, dass staatliche Labore erst später geprüft werden, beunruhigt mich nicht. Ich gehe davon aus, dass in Neumünster bei den BSE-Tests ordentlich gearbeitet wurde und wird. Es stellt sich aber die Frage, ob private Labore ein Risiko darstellen.

Ich sage deutlich: Grundsätzlich sind private Laborleistungen nicht schlechter als staatliche Laborleistungen. Jeder hat in seinem Leben, in der Regel mehrmals, von seinem Arzt Blut oder Gewebeprobe zur Untersuchung abnehmen lassen. Diese Untersuchungen sind in einigen Fällen lebensnotwendig. Hierbei verlassen wir uns vertrauensvoll im Wesentlichen auf private Labore.

Auch aus diesem Grunde halte ich es nicht für angehten, private Labore pauschal abzuqualifizieren. Aber klare Vorgaben in allen Bundesländern - das sage ich bewusst in Richtung von Frau Künast - und gleiche Standards bei den BSE-Tests hätten frühzeitig erlassen werden sollen. Dies war und ist notwendig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich warne die Kollegen, zu sehr mit dem Finger auf Bayern zu zeigen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist Frau Künast schuld, wenn in Bayern geschlampt wird?)

Frau Ministerin, Sie haben deutlich gesagt, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bremen und einige andere Länder haben die **Kontrollen** auch erst sehr viel später in Gang gesetzt. Bayern hat zumindest eine andere Qualität. Eine Summe will ich auch hier nicht so stehen lassen. Es gibt 46 Fälle, die zurzeit noch strittig sind. Alle anderen sind inzwischen untersucht. Das Bundesministerium ist immer frühzeitig einbezogen gewesen. Insofern gibt es hier unterschiedliche Qualitäten der Handlungsweise.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es war notwendig, flächendeckend BSE-Tests in kurzer Zeit einzuführen. Wenn uns die privaten Labore hierfür nicht zur Verfügung gestanden hätten, hätten wir zumindest in Deutschland testfreie Zonen gehabt.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Ihnen liegt ein Änderungsantrag meiner Fraktion vor, der sich auf BHV-1-Tests bezieht. Diese Tests, Frau Ministerin, sind in landeseigenen amtlichen Labore durchgeführt worden. Sie haben Recht, hier hat das eine andere Qualität; aber gleichfalls betrifft es wirtschaftliches Handeln und auch die Verantwortung gegenüber Menschen, die mit Tieren umgehen. Die Konsequenzen daraus sind, dass Tiere erneut einem Stressfaktor unterworfen werden müssen und dass erneut Menschen diese Arbeit machen müssen. Wer bezahlt ihnen den Schaden? Wer bezahlt ihnen ihre Mühe? Das sind Dinge, die geklärt werden müssen. Die in Schleswig-Holstein verwendeten BHV-1-Testverfahren haben in anderen Bundesländern bereits vorher - und das wussten Sie - Probleme aufgezeigt. Dennoch hat das Land Schleswig-Holstein diese Verfahren übernommen und damit die bekannten Schwierigkeiten ins Land geholt. Das liegt in Ihrer Verantwortung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Kürze der Zeit möchte ich nicht auf Einzelheiten eingehen. Aber die beiden Komplexe BSE und BHV-1 zeigen, dass auch in staatlichen Labore einmal gut und einmal nicht fehlerfrei gearbeitet wird, wie dies auch in privaten Laboren geschehen ist. Dies ist eine Tatsache, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Wir haben dies zu überprüfen und die Standards zu kontrollieren.

Ich möchte auch deutlich sagen, dass es nicht eine Frage der Trägerschaft ist, wie die Arbeit erledigt wird, sondern wie die Einhaltung der Vorschriften und Standards überprüft wird. Das ist die Kernfrage.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, wir sind nicht losgelöst von Zeit und Raum.

**Peter Jensen-Nissen [CDU]:**

Nein, Herr Präsident, ich gebe Ihnen Recht.

Frau Ministerin, nur noch so viel: Sie haben im Ausschuss versucht, dem Betriebsleiter möglicherweise eine Mitschuld an der BHV-1-Problematik in die Schuhe zu schieben. Sie sollten sich Ihre eigene Infobroschüre zur BHV-1-IBR-Bekämpfung von 1998 einmal selbst durchlesen. Ihr Haus empfiehlt darin die Impfung als einen Weg der Sanierung. Bitte denken Sie auch einmal darüber nach.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nun erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wodarz das Wort.

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch der Kollege Jensen-Nissen hat von sich aus darauf hingewiesen, warum wir über BHV-1 hier nicht reden. Wir sind damit einverstanden, wenn das im Ausschuss geschieht. Wir haben schon darüber gesprochen, es ist also nichts Neues. Ich meine, wir werden auch in Zukunft leider noch länger darüber sprechen müssen.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute über die Situation der BSE-Testlabore sprechen, können wir die Lage etwas besser überschauen. Die Ministerin hat uns einen Bericht gegeben. Wir können sie wesentlich besser überschauen als beim ersten Aufkommen von Berichten über die bayerischen Testschlampereien. Es besteht weiterhin Anlass zur Sorge, aber - und das möchte ich ausdrücklich betonen - kein Anlass zu Panik. Gleichwohl ist es schon ein Skandal, wenn in einem Bundesland - das sollte man bei dieser Sache einmal bedenken - mit rund der Hälfte aller bundesweiten **BSE-Fälle**, wo man meinte, hier sei wirklich Alarm angebracht, ein völliges Versagen der staatlichen Organe und der Politik zutage tritt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Frau Ministerin hat den Ablauf beschrieben. Diesen könnte man so zusammenfassen: einen Monat lang tarnen, täuschen und vertuschen.

Es waren insgesamt 39.500 Schlachtkörper betroffen, doch der so genannte bayerische Verbraucherminister - er verdient wirklich diesen Namen nicht - wollte nur 46 Tiere aus dem Verkehr ziehen. Kollege Jensen-

Nissen bezieht sich auf diese Zahl. Herr Kollege, damit wurde nicht bewiesen, dass die anderen Tests einwandfrei waren - das ist ja das Problem -, weil wir nicht die entsprechenden Labore hatten. Es bedurfte also auch an dieser Stelle erst des massiven Eingreifens von Frau Künast, um diesem Drama ein Ende zu setzen und nicht so zu tun, als wäre das alles nur eine Show.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich wiederholen sich die Nachrichten über unzureichende Tests in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen und auch in einem Labor in Nordrhein-Westfalen. Auch darauf hat die Ministerin hingewiesen. Wie der Ablauf da war, das hat eine andere Qualität. Da brauchen wir auch nicht danach zu unterscheiden, wer dort regiert. Man muss zur Ehrenrettung der dortigen Verantwortlichen sagen, dass sie sofort nach Bekanntwerden der Fälle gehandelt haben. Das unterscheidet sie von den Bayern, die erst einmal einen Monat lang getäuscht haben. Aber das ist nichts Neues, das kennen wir von dem Skandal mit dem seinerzeit verunreinigten Rinderfutter. Ich wiederhole es: Der bayerische Verbraucherminister hat sich eher als Verbrauchertäuscher ausgewiesen.

(Holger Astrup [SPD]: Mein Freund Eberhard!)

- Herr Kollege Astrup, ich meine, wir sollten keine Schadenfreude über das offensichtliche Versagen des neuen Hoffnungsträgers der Union äußern.

(Holger Astrup [SPD]: Das mag sein, aber wieso bin ich Hoffnungsträger der Union?)

- Jetzt muss ich irgendetwas gesagt haben, was missverständlich war. Aber das kriegen wir nachher noch hin.

Meine Damen und Herren, Verärgerung über den angerichteten materiellen Schaden und den Imageschaden vor allen Dingen darüber hinaus muss aber angesagt werden. Wenn die Landeszeitung titelt: „26.000 Rinder sind nicht genusstauglich“, liest das der Verbraucher ja, und wenn sich mittlerweile selbst Mc Donald's nicht mehr traut, seinen Kunden ohne Weiteres Rindfleisch anzubieten, ist das etwas, was nicht quantifizierbar ist.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Nein, Kollege Hay, Sie werden mich dort nicht finden - damit kein Verdacht aufkommt.

Also nicht nur die bayerischen Kunden sind verunsichert. Die bayerischen Verhältnisse haben natürlich bundesweite Auswirkungen. Unter den neuen Testskandalen leiden die Landwirte in Schleswig-

**(Friedrich-Carl Wodarz)**

Holstein genauso. Die osteuropäischen Länder haben mittlerweile ihre Märkte wieder einmal dicht gemacht. Und die EU überlegt riesige **Rückzahlungsforderungen**, denn sie subventioniert jeden Test mit mittlerweile 15 €. Ich stimme Frau Franzen voll zu, wenn sie in dieser Frage das Verursacherprinzip einfordert. Es ist überhaupt nicht einzusehen, auch wenn der Kollege Ehlers und der Kollege Hopp ganz gerne immer wieder den Steuerzahler heranziehen, dass der Steuerzahler für bayerische Speziwirtschaft zu zahlen hat.

(Zuruf von der CDU: Aber wenn Stoiber Kanzlerkandidat ist, ist das ein bayerisches Problem!)

- Klaus, das Problem habt ihr, glaube ich, ihr habt ein größeres mit dem großen „Stotterkommunikator“.

Ich erinnere mich noch sehr gut an die Diskussion über die Höhe der Testgebühren in Schleswig-Holstein. Jeder Pfennig war den CDU-Agrariern zu viel. Es gab immer wieder den Hinweis auf die bayerischen Supermänner.

Meine Damen und Herren, Sie sollten die CDU-Anfrage öfter einmal lesen. Warum packen Sie das Ding weg? Die CDU-Anfrage brachte es doch an den Tag: In Bayern wurde nur privat getestet. Es gab überhaupt keine staatlichen Einrichtungen. Der Witz dabei ist: Die Preise für BSE-Tests in Bayern waren bundesweit mit die höchsten und sie wurden vom Land subventioniert. Was heißt „vom Land subventioniert“? Die Steuerzahler haben wieder einmal gezahlt. Der Skandal an der Geschichte ist: alles ohne wirksame Kontrolle.

Da die Lampe aufblinkt, möchte ich an dieser Stelle nur noch etwas klarstellen. Auch ich lasse mich nicht auf die Diskussion ein, dass staatliche Labore besser seien als private. Hier bedarf es einer entsprechenden Aufsicht. Wenn der Kollege Jensen-Nissen die Ministerin Künast anmahnt, doch bundeseinheitliche Teststandards einzuführen, weiß er doch, dass das Ländersache ist. Dann wollen wir erst einmal die Bayern unter einen Hut bekommen. Das ist wahrscheinlich sehr schwierig.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, ich habe überzogen. Ich bitte um Entschuldigung. Ich bin jetzt auch am Schluss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nun erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Wodarz! Ich glaube, wir sollten uns doch daran erinnern: Wir sind hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag und haben die Politik des Landes Schleswig-Holstein zu beurteilen und nicht die von Bayern. Wenn man dort Fehler macht, ist das deren Problem, nicht unseres.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Ministerin hat die Situation bei den Laboren, denen Fehler nachgewiesen worden sind, dargestellt. Es waren zwölf Labore, eines davon war nicht zugelassen. In Bayern wurden 39.500 Tests durchgeführt. Hinzu kommen 18.000 Tests in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Bremen.

BSE-Tests - auch das ist hier gesagt worden - werden durchgeführt, um insbesondere bei als gesund geschlachteten und für den menschlichen Verzehr bestimmten Tieren das Vorliegen der Krankheit aufzuspüren.

Wir wollen verhindern, dass sich Menschen durch den Genuss von Fleisch BSE-kranker Tiere infizieren und in der Folge an der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit erkranken. Wir wollen, dass das Rindfleisch, das bei uns gegessen wird, sicher ist.

BSE-Tests machen nur Sinn, wenn die Ergebnisse belastbar sind. Dafür müssen die Tests mit großer Sorgfalt durchgeführt werden. Bei der Forderung nach bundeseinheitlichen Standards wird vergessen, dass der Hersteller von Tests für diese genaue und exakte Vorgaben macht, die eingehalten werden müssen; denn nur dann sind die Tests valid. Nur so kann das Vertrauen der Verbraucher von Rindfleisch zurückgewonnen werden.

Ich will an Folgendes erinnern: Bis jetzt sind in Deutschland 3,2 Millionen Rinder auf BSE getestet waren. Davon waren 2,85 Millionen gesund geschlachtete beziehungsweise Kohortentiere. Insgesamt wurden 158 **BSE-Fälle** aufgedeckt, davon 46 Fälle bei gesund geschlachteten beziehungsweise bei Kohortentieren. Auf knapp 62.000 als gesund geschlachtete Tiere

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was heißt „gesund geschlachtete“?)

- lesen Sie bitte bei Frau Künast nach, dort wird es Ihnen ausführlich erklärt, Herr Kollege Hentschel - kam ein an BSE erkranktes Tier. Von den 3,2 Millionen Tests sind 57.000 aufgrund der Durchführung der Dokumentation oder wegen fehlender Zulassung des

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Labors beanstandet worden. Das entspricht einer Beanstandungsquote von 2 %. Ich will deutlich sagen: Das ist zuviel.

(Beifall bei CDU und FDP)

Damit ist aber nicht gesagt, dass alle Testergebnisse falsch waren. Das Problem ist: Wir wissen es nicht, aufgrund der Fehler in der Durchführung können wir es nicht beurteilen. Der Aufdeckung von fehlerhaft durchgeführten Tests folgte sogleich die Forderung, BSE-Tests nur noch in staatlichen Laboren zuzulassen. Ich bin froh, dass wir in diesem Hause die Diskussion „privat kontra staatlich“ nicht führen. Eine solche Forderung ist nicht nur vorschnell, sondern würde auch zu einer dramatischen Fehlentwicklung führen.

Wir wollen uns doch an Folgendes erinnern: Der BSE-Test wurde von einem privaten Labor entwickelt. Die ersten Tests wurden alle in privaten Laboren durchgeführt. Staatliche Labore haben BSE-Tests zunächst nicht angeboten. Das heißt doch, wir brauchen den Unternehmergeist, wir brauchen die Kreativität privater Labore.

Es wurden bisher nur **private Labore** kontrolliert. Wir wissen nicht, wie in den einzelnen staatlichen Laboren gearbeitet wird. Kollege Jensen-Nissen hat hervorgehoben, dass er annimmt, dass in Neumünster ordentlich gearbeitet wird. Aber es bleibt die Forderung - die Ministerin hat dies auch gesagt -, auch **staatliche Labore** zu zertifizieren und die Durchführung der Tests zu kontrollieren.

(Beifall bei der CDU)

Dass auch staatliche Labore Fehler machen, haben wir erst kürzlich in Schleswig-Holstein erfahren. Mehr als 46.000 Proben, die auf den Rinderherpesvirus getestet wurden, müssen erneut untersucht werden, weil das Testergebnis unsicher ist.

Vom **Veterinäruntersuchungsamt** in Neumünster ist ein falsches Testverfahren gewählt worden - Kosten nach Berechnung des Bauernverbandes dafür 368.000 €. Diese Kosten hat das Land zu tragen; denn es hat den Schaden verursacht. Die Ministerin hat schon zugesagt, sich dafür einzusetzen - was noch nicht heißt, dass auch gezahlt wird. Das Beispiel zeigt aber: Es kommen überall Fehler vor, wir müssen eine Strategie entwickeln, die zur Verminderung von Fehlern beiträgt.

Es ist völlig verfehlt, aus der **Beanstandung** von BSE-Tests in einzelnen privaten Laboren darauf zu schließen, dass nur staatliche Labore geeignet sind, ordentliche Tests durchzuführen.

Um die Sicherheit von BSE-Tests zu erhöhen, schlage ich vor, es nicht beim verbalen Schlagabtausch zu belassen, sondern einen Ringversuch vom **Referenzlabor in Tübingen** durchführen zu lassen. Dafür müsste bekanntes Material in anonymisierten Proben von verschiedenen staatlichen wie privaten Laboren untersucht und befundet werden. Die Ergebnisse müssten dann jeweils mit denen des staatlichen Referenzlabors in Tübingen verglichen werden. Auf diese Weise ließe sich die Verlässlichkeit staatlicher und privater Labore objektiv feststellen.

Dass private Labore ordentlich arbeiten, wissen wir alle aus der Humanmedizin. Dort ist es üblich, Proben fast ausschließlich an private Testlabore zu geben. Insgesamt stellt sich aber doch die Frage, ob das Problem nicht vielmehr in dem Nebeneinander von staatlichen und privaten Laboren bei der Durchführung von Massentests liegt. Es muss zu einem ruinösen Preiskampf kommen, wenn mit öffentlichen Mitteln finanzierte staatliche Labore Tests anbieten,

(Glocke des Präsidenten)

mit deren subventionierten Preisen dann private Anbieter konkurrieren müssen, wenn in dem einen Bundesland die Tests vom Land bezahlt werden, in dem anderen aber nicht. Die staatlichen Labore sollten sich aus diesem Massengeschäft zurückziehen und sich auf die Kontrolle der Labore beschränken. Bei der Erledigung von Routineaufgaben haben staatliche Labore nichts zu suchen.

Was wird denn mit der kürzlich errichteten Anlage zur Durchführung von BSE-Tests in Neumünster werden, wenn in ein bis zwei Jahren ein Lebendtest auf dem Markt ist, der in dieser Anlage nicht mehr durchgeführt werden kann?

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, formulieren Sie bitte einen Schlusssatz.

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

In Schleswig-Holstein wurde die BSE-Krise genutzt, um in Neumünster ein staatliches Labor aus dem Boden zu stampfen. Auch wenn das Labor aufgrund seiner Monopolstellung BSE-Tests zu einem guten Preis durchführen kann, halte ich diese Entscheidung langfristig für falsch.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Jetzt erteile ich dem Herrn Abgeordneten Steenblock das Wort.

**Rainder Steenblock** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lassen sie mich drei Bemerkungen zu dieser Diskussion machen.

Die erste: Der Kollege Jensen-Nissen, glaube ich, sagte, dass wir zufrieden seien, dass es ob dieser Erkenntnisse keine so große Aufregung gegeben habe.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das war ich nicht! - Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Erst richtig einordnen!)

Die Ministerin war es, Entschuldigung. Das ist ja auch richtig so.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich glaube, das hat etwas damit zu tun, dass, seit Renate Künast Verbraucherschutzministerin auf Bundesebene ist, das Vertrauen in die Politik sehr gewachsen ist. Dieses Vertrauen, das daher rührt, dass wir auf Bundesebene eine starke Ministerin haben, die sich auch durchsetzt, hat viel dazu beigetragen, dass es in dieser Situation nicht zu Panikreaktionen gekommen ist. Das hat die Europäische Kommission am Montag dieser Woche bestätigt, indem sie - ich zitiere da aus der AFP der EU-Kommission - die schnelle und entschlossene Reaktion Deutschlands nach der Entdeckung fehlerhafter BSE-Tests würdigte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Vorgehensweise hat wesentlich dazu beigetragen, um den Verbrauchern zu versichern, dass ihre Gesundheit nicht in Gefahr ist. So reagierte auch Verbraucherschutzkommissar David Byrnes auf den Bericht, den Renate Künast im Agrarausschuss der EU Anfang dieser Woche gegeben hat. Wir können nur Vertrauen herstellen, indem wir sehr entschlossen und schnell diskutieren und hier nicht eine Diskussion anfangen, wie das einige Rednerinnen und Redner der Opposition getan haben, die eine Art Verteidigungslinie der Privatisierung staatlicher Leistungen errichten wollten.

Ich glaube, dass wir - das ist meine zweite Bemerkung - genau überlegen müssen, in welchen Bereichen eine Privatisierung staatlicher Leistungen möglich ist und in welchen nicht.

Frau Happach-Kasan, die Entscheidung darüber ist an dieser Stelle nicht so leicht, wie Sie es dargestellt haben. Ich glaube schon, dass wir darüber einmal fachlich diskutieren sollten, welche Aufgaben zum Beispiel im **Kontrollbereich** staatlicherseits zu erledigen sind und wo auch das operative Geschäft staatlicherseits zu erledigen ist und wo nicht. Ich bin sehr offen für diese

Diskussion und nicht darauf festgelegt, dass die private Erledigung dieser Aufgaben immer die bessere ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt Bereiche, in denen die staatliche Durchführung vernünftiger ist, weil sie das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher sichert.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Steenblock, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Happach-Kasan?

**Rainder Steenblock** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich erlaube keine Zwischenfrage, bin aber gern bereit, das nachher privat mit Frau Happach-Kasan zu erörtern. Wir wollen doch schnell zum Schluss kommen.

Ich möchte als dritte Bemerkung noch auf eine Entwicklung zu sprechen kommen, die mich in diesem Zusammenhang ausgesprochen beunruhigt und für die ich keine Erklärung habe. Wenn wir uns - Frau Happach-Kasan, Sie haben ja auf die BSE-Tests und auch auf die Entwicklung von BSE in der Bundesrepublik abgehoben - auf der Zeitschiene ansehen, was da geschehen ist, bin ich ausgesprochen beunruhigt.

Wir haben vor einem Jahr, als die Tests begannen, im Januar 19 und im Februar 16 **BSE-Fälle** gehabt. Danach ging die Anzahl, obwohl immer mehr getestet wurde, im Laufe des Jahres - merkwürdigerweise im Zusammenhang mit der nachlassenden Aufmerksamkeit - immer weiter zurück, sodass wir am Ende des Jahres 2001 - im November, Dezember - in Deutschland nur noch fünf beziehungsweise sechs Fälle hatten. Im Januar gab es dann die - in Anführungsstrichen - Skandale und sofort schnellte auch die Anzahl der positiv getesteten Tiere nach oben, sodass wir im Januar eine Verdreifachung der Fälle gegenüber dem Ende des Jahres 2001 zu verzeichnen hatten.

Allein in der ersten Hälfte des Monats Februar gab es wieder zehn Fälle. Das, was dort passiert, ist zumindest auffällig. Es verunsichert mich ausgesprochen stark. Daher hätte ich gerne irgendwann einmal eine Erklärung dafür. Es kann nicht sein, dass die Anzahl der BSE-positiv getesteten Tiere mit der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für diese Testverfahren korreliert. Das stimmt mich nachdenklich. Daher besteht an dieser Stelle weiterer Diskussions-, Handlungs- und Aufklärungsbedarf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade einmal ein paar Monate ist es her, da standen die Rinderhalter vor dem Ruin. Glücklicherweise beruhigte sich der Markt wieder und man sah schon Licht am Ende des Tunnels.

Nun aber, stehen wir wieder vor neuen Unsicherheiten. In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im agrarischen Musterland Bayern sind Schlampereien bei BSE-Tests in Privatlaboren aufgedeckt worden. Meldungen von dieser Woche sprechen auch von Unregelmäßigkeiten in Bremen und Nordrhein-Westfalen. Insgesamt zwölf von knapp 100 Laboren mussten inzwischen geschlossen werden. Nun sind wir wieder da, wo wir schon einmal waren. Die Landwirte müssen wieder einmal leiden; denn die EU wird möglicherweise Zahlungen für die BSE-

Tests in Millionenhöhe zurückfordern. Das Problem droht dann wieder nach unten durchgereicht zu werden.

In Bayern hüllt man sich in Schweigen. Das ist vielleicht auch besser so, wenn man daran denkt, dass der letzte Antibiotikaskandal erst knapp ein Jahr her ist. In Baden-Württemberg geht man da schon viel lockerer mit dem Problem um. Der dortige Agrarminister sagte, die Privatlabore seien tipptopp. Man dürfe sie nur nicht alleine lassen. Na toll! Dann sind wir alle wieder beruhigt - oder auch nicht.

Die Skandale, die jetzt hochkommen, zeigen vor allem eines: Wir haben uns schon wieder viel zu schnell selbstzufrieden zurückgelehnt und dachten, es sei alles wieder in Ordnung. Im Gegenteil: Nichts ist in Ordnung. Die BSE-Test-Skandale beweisen, dass falsch verstandener Agrarlobbyismus der falsche Weg ist. Natürlich müssen die Kosten für die Landwirte im Vergleich zu ihren Kollegen anderenorts so niedrig wie möglich gehalten werden. Dafür gibt es auch Möglichkeiten. Aber die Frage der BSE-Tests zeigt wirklich klassisch, wie undifferenzierte Forderungen nach Kostenreduzierungen nach hinten losgehen können.

Als die BSE-Pflichttests ausgeweitet wurden und die einzelnen Bundesländer nach Strategien dafür suchten, wie man die riesige Menge an Pflichttests durchführen sollte, kam sofort die Forderung nach **Kostenminimierung** auf. Sofort wurden die Tests der einzelnen Labore untereinander verglichen und es wurden entsprechende Forderungen gestellt. Schleswig-Holstein entschied sich für den Aufbau von staatlichen Testkapazitäten. Diese sind zwar anfangs teurer. Aber man hat so die direkte Kontrolle über das, was dort geschieht.

Sofort wettete der Bauernverband, dass die Tests viel zu teuer seien und die Landwirtschaft über Gebühr belastet werde. Auch in diesem Hause haben manche Abgeordnete diese Argumentation übernommen und entsprechende Aktivitäten entfaltet; das sollten wir nicht vergessen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Holger Astrup [SPD]: Wer war das denn?)

Kurzfristig populär bei den Landwirten, aber langfristig geschäftsschädigend für die Landwirtschaft.

Nun erklärt Bauernpräsident Sonnleitner, dass er nicht zwangsläufig dafür plädiere, die Tests nur noch in staatlichen Laboren durchzuführen, sondern dass die privaten Labore bloß noch besser kontrolliert werden müssten. Dazu sage ich nur: Keine Besserung in Sicht bei dem Mann. Kein Wort von ihm zu der Frage, warum die privaten Testlabore so getestet haben, wie sie es getan haben. Sie wollten ihren Gewinn maximieren und haben aus Kostengründen auf manches Detail bei den Tests verzichtet. Die Wahrheit ist einfach und bitter.

Wenn man dann betrachtet, welche Rolle beispielsweise der Bauernverband in der Diskussion um die BSE-Tests und die Kosten spielte, könnte man eigentlich etwas mehr Selbstkritik erwarten. Erst möglichst niedrige Preise verlangen und staatliche Labore schlechttreden und sich dann noch über die Folgen wundern, das ist schon wirklich starker Tobak.

In **Schleswig-Holstein** ist man den richtigen Weg gegangen, indem man neue **Testkapazitäten** aufgebaut hat und weiter ausbaut, um in der Regel die Tests in staatlichen Laboren vornehmen zu können. Hierfür hat das Land trotz knapper Kassen 3,72 Millionen € aufgebracht; das sind 3,72 Millionen € auch für die Landwirtschaft.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Für diese Entscheidung möchte ich mich bei unserer Landwirtschaftsministerin bedanken. Sie findet die Unterstützung des SSW, wenn sie fordert, eine finanzielle Beteiligung Schleswig-Holsteins bei den möglichen Rückforderungszahlungen abzulehnen. Frau Ministerin, bleiben Sie in diesem Fall ein schleswig-holsteinischer Sturkopf; denn Sie haben eindeutig Recht. Ich meine, die Bayern sollten für den Unsinn, den sie verzapft haben, aufkommen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU zur Beratung dem Agrarausschuss zu überweisen. Wir sollten den Bericht zur abschließenden Beratung ebenfalls in den Agrarausschuss überweisen.

Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den für heute letzten Tagesordnungspunkt, den Tagesordnungspunkt 30, auf:

**Einführung einer Maut für den Schwerlastverkehr und seine Folgen für die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1597

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache. Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Strauß.

**Roswitha Strauß [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Verkehrsfinanzierungsgesetzgebung des Bundes wurden wiederholt Zweckbindungen der Mineralölsteuer für den Straßenbau verankert, zuletzt mit 50 % im Verkehrsfinanzierungsgesetz von 1971. Die betreffende Klausel wird seither jedes Jahr mit einer stereotypen Formulierung im Haushaltsgesetz außer Kraft gesetzt. Es gibt keine gesicherte Finanzierung für den Fernstraßenbau, ja für die gesamte Verkehrsinfrastruktur.

Dieser Missstand sollte mit der Umstellung von der Haushaltsfinanzierung auf die Nutzerfinanzierung zukunftsweisend behoben werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

So weit, so gut. Aber, meine Damen und Herren, was jetzt von der Bundesregierung mit dem Gesetz zur Einführung von streckenbezogenen Gebühren für den Schwerlastverkehr auf Autobahnen auf den Tisch gelegt wurde, bedeutet nicht nur das Aus für die allermeisten einheimischen Speditionsbetriebe, sondern sichert auch in keinster Weise, dass die Einnahmen aus der LKW-Maut ausschließlich für **Investitionen der Verkehrswege** ausgegeben werden.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt es daher ausdrücklich, dass die Bundesregierung mit diesem Gesetz im Bundesrat eine glatte Bauchlandung hingelegt hat und dass mit den Stimmen aller Bundesländer der Vermittlungsausschuss angerufen wurde.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schon heute beziffert sich der Wettbewerbsnachteil deutscher Lastkraftwagen aufgrund der ausstehenden **Harmonisierung** jährlich auf etwa 8.000 €. Es kann nicht hingenommen werden, dass sich dieser ohnehin schon gravierende Wettbewerbsnachteil durch die Einführung einer Maut weiter zuspitzt. Eine LKW-Maut ohne Harmonisierung wird nichts bringen, aber viel kosten, vor allem Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Schleswig-Holstein ist durch seine periphere Lage und durch die Struktur seiner Wirtschaft, die im **Speditionsgewerbe** überdurchschnittlich viele kleine und mittlere Betriebe aufweist, überproportional betroffen.

Die bisherigen Ankündigungen der rot-grünen Bundesregierung sind völlig unzureichend. Die äußerst nebulös in Aussicht gestellte Entlastung bei der Mineralölsteuer beläuft sich noch nicht einmal auf 8 % der tatsächlich zu Buche schlagenden Belastungen.

Darüber hinaus betrifft das Mautgesetz eine entscheidende Zukunftsfrage für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Wettbewerbsnachteile durch Transportkosten schrecken jeden Investor ab.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dies gilt insbesondere für die Produktion von Niedrigpreisprodukten, zum Beispiel aus der Ernährungswirtschaft. „MORA C“, den Rückzug der DB Cargo aus der Fläche, dürfen wir bei der Bewertung der Verkehrsinfrastruktur auch nicht vergessen.

Die Folge werden Standortverlagerungen sein. Das kann sich Schleswig-Holstein als Schlusslicht bei der wirtschaftlichen Entwicklung nun wirklich nicht leisten.

Bislang sieht das Gesetz der Bundesregierung vor, die Einnahmen aus der LKW-Maut zu 100 % von Haushaltsentscheidungen abhängig zu machen.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

- Das ist nicht zu beklatschen.

Diese Mogelpackung fordert den Wegezoll, sichert aber nicht die Finanzierung der Wege, für die der Zoll erhoben werden soll.

So begrüßenswert es ist, dass die Länder in dieser Sache einstimmig votiert haben, so bedauerlich ist es, dass für eine regionale Differenzierung der Mauthöhe keine Mehrheit gefunden wurde. Das darf aber nicht dazu führen, dass Schleswig-Holstein die Segel streicht. Diesem Ziel dient der Punkt 3 unseres Antrages. Wenn die **regionale Differenzierung** nicht mehr-

**(Roswitha Strauß)**

heitsfähig ist, muss unser Einsatz der Entlastung politisch gewollter Streckennutzung gelten.

Es ist für die Streckennutzung der zukünftigen A 20 mit westlicher Elbquerung und für die besonders von der Maut betroffenen Betriebe im Norden unseres Landes unverzichtbar, dies im Gesetz oder in den entsprechenden Verordnungen zu verankern.

Ich komme zu meinem letzten Punkt, vielleicht aber zu meinem wichtigsten: Sie alle kennen die Methoden, mit denen die Bundesregierung sich die Zustimmung für ihre Interessenslage bei den Ländern erkaufte. Es ist deshalb nicht abwegig, dass die Bundesregierung versuchen wird, sich die Zustimmung der Bundesländer zum Mautgesetz durch Konzessionen bei den **Regionalisierungsmitteln** für den Schienenverkehr zu erkaufen. Das Ziel unseres Antrages ist es, der Landesregierung den Rücken zu stärken, damit sie in diesem Punkt nicht einknickt. Alles andere wäre verheerend für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Es ist an der Zeit, dass in Deutschland endlich eine kompetente Verkehrspolitik betrieben wird, die den Ausbau der Verkehrswege sichert, ohne die Wirtschaft abzuwürgen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Fuß das Wort.

**Wolfgang Fuß [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns in der Vergangenheit häufiger über die Situation der Bauwirtschaft in diesem Haus unterhalten. Wir stehen heute unter einem gewissen Zeitdruck, weil wir gleich eine besondere Investition im Baubereich zu würdigen haben. Deshalb bemühe ich mich, mich kurz zu fassen, auch wenn das Thema dazu reizt, die eine oder andere grundsätzliche Bemerkung zu machen.

Ich kann mich auch deshalb kurz fassen, weil es zwischen dem Antrag der CDU und den Denkanlässen bei uns in einer Reihe von Punkten Übereinstimmung gibt.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Wir verstehen den Antrag der CDU als einen Diskussionsansatz für die Beratungen innerhalb des Wirtschaftsausschusses. Von daher begrüßen wir die Überweisung des Antrages in den Ausschuss und hoffen auf eine gemeinsame gute Beratung.

(Beifall bei SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das gibt mir Gelegenheit, der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort zu erteilen.

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Etwas mehr als der Kollege Fuß muss ich zu diesem Thema dann doch sagen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich glaube, im Prinzip sind wir uns in diesem Haus darüber einig, dass die LKW-Maut grundsätzlich ein sinnvolles Instrument ist, um die Nutznießer des Schwerlastverkehrs zielgenau an den **Kosten des Straßennetzes** zu beteiligen. Sie ist ebenfalls ein sinnvolles Instrument auf dem Weg zu nutzerfinanzierten Verkehrswegen. Frau Kollegin Strauß hat das auch schon gesagt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die FDP hat sich in der bisherigen Diskussion dafür ausgesprochen, die gesamten Einnahmen für die Erhaltung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur einzusetzen. Dabei bleiben wir. Es erschien uns bis zur Gesetzesvorlage der Bundesregierung allerdings auch selbstverständlich, dass dies eindeutig im Gesetz festgeschrieben wird.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP], Roswitha Strauß [CDU] und Lars Harms [SSW])

Aber wahrscheinlich hat der Bundesfinanzminister wieder einmal glasige Augen und klebrige Finger bekommen, als er von 3,4 Milliarden € Einnahmen pro Jahr las. Reflexartig dachte er vermutlich sofort daran, dass da doch etwas für die rot-grünen Haushaltslöcher abzuzweigen sein müsste. Sei es, wie es sei: Angesichts der wachsenden Verkehrsströme und der damit verbundenen Herausforderungen sollten die Einnahmen der LKW-Maut vollständig in **Investitionen der Verkehrsinfrastruktur** fließen, hauptsächlich in das Straßennetz, aber auch in Schienen- und Wasserwege, zum Beispiel auch - und darin sind wir uns einig - in den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Die FDP begrüßt daher die von der Landesregierung mitgetragene Entscheidung des Bundesrates, das Gesetz in den Vermittlungsausschuss zu ziehen, um die

**(Christel Aschmoneit-Lücke)**

Verwendung der Einnahmen im Gesetz festzuschreiben. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Frau Kollegin Strauß, wir stimmen deshalb dem Punkt 1 Ihres Antrages zu.

Selbstverständlich sind wir auch dafür, Wettbewerbsnachteile deutscher Spediteure zu verringern, und zwar unabhängig von der Einführung der LKW-Maut. Deshalb stimmen wir auch Punkt 2 Ihres Antrages zu. Allerdings müssten die Finanzminister von Bund und Ländern auf Einnahmen verzichten. Angesichts der vollmundigen Versprechungen Hans Eichels - die wir heute Morgen ja besprochen haben - zur Haushaltskonsolidierung in Bund, Ländern und Gemeinden bis zum Jahr 2004, ist nicht damit zu rechnen, dass Steuern gesenkt werden. Darauf müssen die Spediteure vermutlich noch etwas warten.

Probleme sehen wir allerdings bei Punkt 3 Ihres Antrages, Frau Kollegin Strauß. Damit wollen Sie offensichtlich eine **regionale Differenzierung** der Mauthöhe fordern. Darüber haben wir schon gesprochen. Der Antrag ist aus unserer Sicht nicht ganz eindeutig. Die Landesregierung hat bereits einen Antrag zur regionalen Differenzierung der Mauthöhe für das Vermittlungsverfahren gestellt. Sie ist meines Wissens allerdings damit gescheitert. Ich nehme zu Gunsten der CDU an, dass sie die Landesregierung nicht zu etwas auffordern wollte, was diese bereits eine Woche vor der Antragstellung getan hat. Die CDU und Sie, liebe Frau Kollegin, hatten bestimmt noch etwas Anderes im Sinn. Aus meiner Sicht ist es allerdings fraglich, ob es außer der regionalen Differenzierung der Maut für alle Nutzer, unabhängig von ihrer geografischen Herkunft, eine weitere Möglichkeit gibt, marktferne oder strukturschwache Regionen bei der Mauthöhe zu begünstigen, und zwar eine Möglichkeit, die nicht den Regeln des EU-Binnenmarktes zuwider läuft. Das ist ganz wichtig. Deshalb lehnen wir diesen dritten Punkt, so wie er jetzt vorliegt, ab, Frau Kollegin.

Das ändert nichts an den Nachteilen für strukturschwache Regionen und unserer Überzeugung, dass diese auch bei der LKW-Maut berücksichtigt werden müssen. Eine von der Mauthöhe unabhängige Möglichkeit zum Ausgleich dieser Nachteile liegt in der Verteilung der Einnahmen aus der Maut. Strukturschwache Regionen sollten überdurchschnittlich von den Einnahmen profitieren. Hier liegt die wahre Herausforderung für die Landesregierung. Sie muss nach Einführung der Maut oder noch besser bei Einführung der Maut erreichen, dass ein überdurchschnittlicher Anteil der Mauteinnahmen in Investitionen in Schleswig-Holstein fließt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Das würde dann auch die Infrastruktur ganz besonders stützen und die Marktferne dadurch etwas erträglicher machen. Ob das der jetzigen Landesregierung gelingt, erscheint mir fraglich - aber zum Wohl der Menschen in Schleswig-Holstein ist es ihr auf jeden Fall zu wünschen.

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, wir bitten, über den Antrag der CDU abschnittsweise abzustimmen, und zwar so, dass über die Ziffern 1 und 2 gemeinsam und über die Ziffer 3 extra abgestimmt wird.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Er soll in den Ausschuss!)

- Es wird Ausschussüberweisung beantragt? Damit sind wir natürlich einverstanden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag hat mich etwas überrascht. Die CDU fordert mit dem ersten Punkt ihres Antrages eine **Zweckbindung** der Mauteinnahmen. Das ist bereits Bestandteil der Länderforderung im Bundesrat, die jetzt im Vermittlungsausschuss liegt.

(Roswitha Strauß [CDU]: Das ist noch nicht beschlossen, Herr Kollege Hentschel!)

Zweitens wird eine Verbesserung der Situation der **Spediteure** in der EU-Wettbewerbssituation gefordert. Auch dieser Punkt ist mit der Zusage von Minister Bodewig weitgehend erledigt, den Spediteuren die Mineralölsteuer zu erlassen.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Das ist nur eine Zusage! - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch typisch, zusagen und nichts halten!)

Mit dem dritten Punkt wird eine **Differenzierung** der Maut gefordert. Diese Forderung hat Schleswig-Holstein bereits in den Bundesrat eingebracht.

Insofern stelle ich fest, dass die Opposition - etwas verspätet, aber immerhin - die Aktivitäten und Vorschläge der Landesregierung unterstützt. Das finde ich begrüßenswert und kann mich dem nicht widersetzen. Ich schlage vor, wir behandeln das noch einmal aus-

(Karl-Martin Hentschel)

fürlich im Ausschuss, damit wir das dort vertiefen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben nur keine Lust mehr!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst dem Kollegen Eichelberg danken, dass es mithilfe seines Antrages möglich ist, hier im Haus die LKW-Maut noch einmal zu diskutieren. Dass die CDU konkrete Voraussetzungen vorlegt, unter denen sie eine Maut befürworten würde, sehe ich als einen wichtigen und positiven Schritt an. Das war schließlich nicht immer so.

Der erste Punkt des Antrages legt fest, dass die Maut zweckgebunden für die Verkehrsinfrastruktur genutzt werden soll. Dem können wir voll und ganz zustimmen. Am 1. Februar 2002 ist die Einführung der Maut im Bundesrat behandelt worden und die Mehrheit der Bundesländer hat gerade diese Forderung nach einer **Zweckbindung** in den Vordergrund gestellt. Vornehmlich auf Grund des Wunsches, eine Zweckbindung zu erreichen, ist der Vermittlungsausschuss einberufen worden. Insofern glaube ich, dass wir auf einem guten Weg sind.

Zur Verkehrsinfrastruktur gehören aber nicht nur die Straßen- und Schieneninfrastruktur sowie die Infrastruktur unserer Wasserwege, sondern auch der Aufbau von Logistikzentren. Die Schweiz macht uns derzeit vor, was in diesem Bereich möglich ist. In der Schweiz werden Logistikzentren errichtet und es werden konkrete Angebote bereitgehalten, die es ermöglichen, die Schweiz auf alternativen Verkehrsträgern zu durchqueren. Wir haben hier in Schleswig-Holstein ebenfalls ein Güterverkehrskonzept, das entsprechende Logistikzentren vorsieht. Damit dieses Güterverkehrskonzept nun endlich mit Leben erfüllt werden kann, müssen vonseiten des Bundes entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

Die Mautgebühren sollten deshalb gerade für solche **Logistikzentren** eingesetzt werden. Das macht ökonomisch und ökologisch Sinn.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Etwas mehr Aufmerksamkeit bitte!

**Lars Harms [SSW]:**

Weiter wird im Antrag gefordert, dass dem **Speditionsgewerbe** Wettbewerbsvorteile gegenüber den ausländischen Spediteuren eingeräumt werden sollen. Es handelt es sich hier ja nicht um Kompensationen für Ausgaben, die nur die deutschen Spediteure zu zahlen haben. Die **ausländischen Spediteure** werden die Maut ebenfalls zahlen müssen. Somit sollten wir das Kind ganz deutlich beim Namen nennen. Was die CDU unter Punkt 2 fordert, sind Subventionen.

Im Bundesrat diskutiert man diesen Wunsch selbstverständlich auch. Hier allerdings unter der Maßgabe, dass man schon für Subventionen eintritt, diese aber nicht auf Kosten der Länder gewährt werden sollen. Ich glaube, es wird sehr schwer werden, die EU davon zu überzeugen, dem Speditionsgewerbe im Zusammenhang mit der LKW-Maut Subventionen zu gewähren. Ich würde eigentlich eher empfehlen, die Fragen der **Wettbewerbssituation** zwischen deutschen und ausländischen Spediteuren unter anderen Vorzeichen zu diskutieren. Abgekoppelt von der LKW-Maut hätten Abgabentlastungen für das Speditionsgewerbe eher eine Chance. Außerdem sollte man meiner Meinung nach auch über die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten reden und versuchen, was Sicherheit und Tarife angeht, deutsche Standards stärker zu berücksichtigen.

Als dritten Punkt führt die CDU aus, dass sie eine Differenzierung der Maut zu Gunsten marktferner Produktionsbetriebe und mittelständischer Speditionsbetriebe in **strukturschwachen Regionen** wünscht. Die Landesregierung hat hierzu einen Antrag im Bundesrat eingebracht, der genau dies vorsieht. Danach soll die Maut nach Benutzungszeiten, Streckenabschnitten und Regionen differenziert erhoben werden. Dies hätte nicht nur zur Folge, dass man marktfernen Betrieben und Spediteuren die gleichen Startbedingungen gewähren würde wie ihren Kollegen in den Ballungszentren, sondern dass man beispielsweise auch viel befahrene Streckenabschnitte mit einer höheren Maut belegen könnte, um so den Verkehr auf weniger befahrene Strecken umleiten zu können.

Auch wäre eine zeitliche Differenzierung möglich gewesen. Das heißt, man hätte zum Beispiel abends und nachts geringere Gebühren erheben können als tagsüber zu den Verkehrsspitzenzeiten. So hätten die Verkehrsströme entzerrt werden können. All dies wollte die Landesregierung mit ihrem Antrag zumindest möglich machen. Leider fand sich für diesen guten Vorschlag keine Mehrheit im Bundesrat. Vielleicht haben wir ja noch über den Vermittlungsausschuss eine Chance.

(Lars Harms)

Die CDU hat nun ihre Forderungen bezüglich der Einführung der Maut unter den Vorbehalt gestellt, dass ihre Forderungen Wort für Wort erfüllt werden. Das können wir natürlich so nicht mittragen. Mit Kompromissen werden wir alle leben müssen. Wir hätten zum Beispiel gern noch einmal darüber nachgedacht, ob es nicht gerechter wäre, von alle Autofahrern - vom kleinsten Auto bis zum größten LKW - eine Maut zu erheben.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Vielleicht können wir noch einen Augenblick zuhören!

**Lars Harms [SSW]:**

Andere Länder machen das ja auch und wir finanzieren deren Verkehrsinfrastruktur bei jeder Ferienreise mit. Warum also nicht auch bei uns eine **PKW-Maut**? Die Zeit ist aber noch nicht reif dafür und somit werden auch wir manchen Kompromiss tragen müssen. Gleiches erwarten wir von allen Beteiligten. Deshalb sollten wir den Antrag noch einmal im Ausschuss beraten und dort überlegen, mit welcher einzelnen Forderung wir den Landesinteressen am besten dienen können, denn das ganze Paket werden wir sicherlich nicht durchsetzen können.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Strauß das Wort.

**Roswitha Strauß [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hentschel, wenn Sie hier auftreten und so tun, als wäre alles in trockenen Tüchern, dann ist das einfach nicht wahr. Das Pokern geht jetzt im Vermittlungsausschuss los. Meine Oma hat an dieser Stelle immer gesagt: „Ich kenne meine Schweine auf dem Gang.“ Darum geht es bei diesem Antrag.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann habe ich das falsch verstanden!)

- Das mag sein. Es ist nett, dass Sie das dazu sagen. Herr Kollege Harms, wenn Sie bei der Harmonisierung von Subventionen reden, dann ist das natürlich ein Thema. Es gibt aber genügend Untersuchungen darüber, dass man Teile der Mineralölsteuer als Verkehrsinfrastrukturbeitrag der deutschen Lastkraftwagen werten kann.

(Unruhe)

Insofern ist das der Ansatz der Harmonisierung. Das, was bisher auf dem Tisch liegt, ist einfach gar nichts. Ich gehe davon aus, dass wir alle miteinander der Meinung sind, dass wir unser deutsches Speditions- und Logistikgewerbe nicht platt machen wollen.

(Beifall bei CDU und FDP - Anke Spooren-donk [SSW]: Herr Harms hatte gute Vorschläge in seinem Beitrag!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen, denn das Meiste wurde gesagt. Erstens. Die Redebeiträge haben gezeigt, dass das gesamte hohe Haus inzwischen für die Einführung der LKW-Maut ist. Das ist erfreulich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Lars Harms [SSW])

Zweitens. Der Antrag der CDU hilft zwar nicht viel, er schadet aber auch nicht viel. Die drei genannten Punkte sind richtig. Sie sind nämlich Gegenstand des laufenden **Vermittlungsverfahrens**. Alle drei Punkte sind in differenzierterer Form als in ihrem Antrag enthalten im Verfahren. Frau Aschmoneit-Lücke hat dies sehr deutlich gemacht. Daher besteht im Grundsatz kein Dissens. Bei der Einzelformulierung ist das schon der Fall. Darüber müssen wir aber nicht hier reden.

Drittens. Ich möchte betonen: Die LKW-Maut darf nicht scheitern. Sie darf deshalb nicht scheitern, weil die Einführung einen erheblichen Fortschritt im Übergang zu einer **Nutzerfinanzierung** in der deutschen Verkehrswegefinanzierung ist. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der SPD - Unruhe)

Sie darf nicht scheitern, weil Schleswig-Holstein von der Einführung der LKW-Maut überproportional profitiert, und zwar beim Anti-Stau-Programm und beim Betreibermodell für den mehrstreifigen Autobahnausbau.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Minister, ich darf das Haus noch einmal darauf hinweisen, dass Sie etwas aufmerksamer zuhören sollten!

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Da die Ruhe wieder eingekehrt ist, wiederhole ich es noch einmal: Lassen Sie uns im Vermittlungsverfahren für die Umsetzung der drei Punkte kämpfen. Lassen Sie uns aber auch dafür sorgen, dass wir am Schluss ein Paket bekommen, mit dem wir auch eine LKW-Maut haben, damit wir die Verkehrsfinanzierung für Schleswig-Holstein verbessern.

(Beifall bei SPD, FDP BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, diesen Antrag federführend an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wird Mitberatung beantragt? - Das ist nicht der Fall. Das ist also der Vorschlag. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir haben einstimmig so beschlossen.

Der unter mancherlei Aspekten bemerkenswerte Redebeitrag des Abgeordneten Fuß hat schon darauf hingewiesen, was für uns als die Bauherren folgt. Es folgt der schöne Höhepunkt eines Richtfestes für unser neues Plenarsaalgebäude. Ich denke, darauf haben wir uns schon lange gefreut. Vielleicht noch einige Hinweise dazu: Es wird am Gerüst eine kurze Außenzeremonie stattfinden müssen. Wer daran nicht teilnehmen mag, kann im Zelt verbleiben. Ich denke aber, dass wir aus Respekt vor denjenigen, die dort stundenlang herumgeturnt sind und dies vorbereitet haben, dabei sind.

(Beifall)

Wir gehen dann aber in jedem Fall ins Zelt und werden dort eine kurze offizielle Zeremonie haben. Dann gibt es einen zünftigen Richtschmaus. Das Zelt kann durch den Zwischengang zur Tiefgarage trocken erreicht werden. Der Weg ist ausgeschildert. Das Zelt ist selbstverständlich beheizt. Regenschirme werden vor dem Drehkreuz zur Tiefgarage bereitgehalten.

(Beifall)

- Ja, das ist der Servicebetrieb der Verwaltung. Die nächste Tagung, die 21. Tagung, beginnt am 20. März 2002 um 10 Uhr. Ich schließe die Tagung und wünsche uns ein schönes Richtfest.

**Schluss: 13:39 Uhr**